

**Beschlüsse-Nr. 1, 33 und 42**  
**Sitzung vom 12.09.1991, TOP 3.5**  
**Sitzung vom 17.02.2000, TOP 7.2.5**  
**Sitzung vom 24.08.2000, TOP 7.2.4**

**Verbesserung der Anbindung der Krankenanstalten Merheim und der Psychiatrischen Landesklinik an den öffentlichen Nahverkehr**  
**Antrag der SPD-Fraktion**

Die BV 8 bittet die zuständigen Ausschüsse, die Anbindung der Kliniken Merheim an den ÖPNV zu verbessern. Dabei sollte die Möglichkeit von Pendelbussen bei Schichtwechsel und den Hauptbesuchszeiten sowie eine Änderung der Linienführung der Linie 157 durch die Krankenanstalten hindurch erwogen werden.“

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Anbindung der Merheimer Kliniken an den ÖPNV**  
**Antrag der CDU-Fraktion und der Vertreterin der FDP**

Die Bezirksvertretung Kalk bittet den Rat und die Verwaltung der Stadt Köln die KVB zu veranlassen, dass ab Fahrplanwechsel Mai 2000 die Buslinie 157 mit geänderter Linienführung durch das Klinikgelände Merheim fährt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Anbindungen der Kliniken Merheim an den ÖPNV**  
**Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Vertreterin der F.D.P**

1. Die BV 8 bittet die Verwaltung zunächst abzuklären, ob ein privates Busunternehmen bereit wäre eine Buslinie von der Haltestelle Köln-Merheim nach Köln-Ostheim und zurück durch das Klinikgelände zu betreiben. Gleichzeitig müsste abgeklärt werden, welche verkehrlichen Voraussetzungen hierfür seitens der Stadt erbracht werden müssen.
2. Kann kein Unternehmen für die Etablierung einer privaten Buslinie gewonnen werden, so bittet die BV 8 die zuständigen Ausschüsse, den Rat und die Verwaltung der Stadt Köln die KVB mit der Einrichtung einer Zusatzbuslinie nie zwischen Ostheim-Frankfurter Straße und Merheim-Kieskaulerweg zu beauftragen. Ein Teil des der KVB entstehenden Defizits soll durch direkte Zuschüsse der Kliniken gedeckt werden. Die dazu notwendigen Mittel könnten im Rahmen der Bewirtschaftung von Parkplätzen erworben werden.
3. Die BV 8 bittet die zuständigen Ausschüsse und die Verwaltung den Ausbau des Busweges (Wilhelm-Griesinger-Straße und Ostmerheimer Straße) mit höchster Priorität durchzuführen, da diese Straßen z. Zt. In einem Zustand sind, der einen Linienverkehr nicht zulässt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Mit dem Fahrplanwechsel der KVB AG im Dezember 2009 wurden die Kliniken der Stadt Köln sowie die Rheinische Landeslinik in Merheim durch eine neue Buslinie und der Veränderung einer bestehenden Buslinie an den ÖPNV angebunden.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesen beiden Beschlüssen erledigt.*

**Beschluss-Nr. 4**  
**Sitzung vom 08.09.1994, TOP 3.5** (zuständige Dienststelle: 66)

**Ausbau der Wilhelm-Griesinger-Straße in Ostheim**  
**Antrag der SPD-Fraktion**

Die BV 8 bittet die Verwaltung, nunmehr unverzüglich mit der Ausbauplanung der Wilhelm-Griesinger-Straße zu beginnen. Zur Schulwegsicherung und zur Sicherung von Fußgängern und Radfahrern auf dem Wege zur Psychiatrischen Klinik und dem Krankenhaus Merheim soll auf der Südseite der Straße ein kombinierter Rad- und Fußweg angelegt werden.

Die Planungen sollen der BV 8 vorgestellt und die Realisierung möglichst bald vorgenommen werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Alte Sachstände:**

20.09.2001:

Es ist provisorisch ein Geh- und Radweg abmarkiert worden. Die Ausbauplanung besteht noch nicht, da noch Klärungsbedarf besteht.

20.08.2003:

Mit der Ausbauplanung kann nicht begonnen werden, da kein Planrecht vorliegt. Das Stadtplanungsamt muss erst einen Bebauungsplan erstellen.

03.05.2004:

Kein neuer Sachstand.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Kein neuer Sachstand.

Es soll zunächst abgewartet werden, in welchem Umfang dies erfolgt u. dann eine Parkkonzeption entwickelt werden.

Die Einrichtung einer Busverbindung zwischen den Straßenbahnlinien 1 u. 9 – wie von der BV 8 gefordert -, ist aus Sicht der Kliniken grundsätzlich zu begrüßen, jedoch in der Vergangenheit u. auch aktuell jeweils daran gescheitert, dass die Kölner Verkehrsbetriebe eine Beteiligung von mindestens 175 000 € pro Jahr zu der neuen Linie forderten.

**Sachstand zum 28.05.2010:**

Zurzeit wird der Vorentwurf erstellt. Die Bezirksvertretung wird in einer der nächsten Sitzungen über den Sachstand informiert.

**Beschluss-Nr. 6**  
**Sitzung vom 08.06.1995, TOP 3.1** (zuständige Dienststelle: 66)

**Radwanderweg Köln - Königsforst**  
**Antrag der CDU-Fraktion, geändert und ergänzt auf Vorschlag der SPD-Fraktion**

Die Bezirksvertretung fordert die Verwaltung auf zu prüfen, ob die folgende Verbindung als Radwanderweg Köln – Königsforst in beiden Richtungen durch Verkehrsschilder gekennzeichnet werden kann:

Olpener Straße – Im Brücker Bruch – Diesterwegstraße – Petersenstraße – Auf dem Klausenberg.

Es ist zu prüfen, auf welche Weise durch eindeutige Radwegemarkierung oder andere Maßnahmen im Bereich der Diesterwegstraße die Sicherheit der Radfahrer und ebenfalls der Schulkinder gewährleistet werden kann.

Die Wegeführung Olpener Straße – Flehbachstraße – Petersenstraße – Fußweg zum Mauspfad soll zusätzlich geprüft werden.

Vor Ausführung soll die Verwaltung eine Vorlage zur Entscheidung vorlegen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Alter Sachstand:**

In West-Ost-Richtung besteht bereits heute parallel zur Olpener Straße zwischen Flehbachstraße/ Markt und Am Wildwechsel eine ausgewiesene Parallelroute für Radfahrer (Route R20). Da diese Parallelverbindung eindeutig ausgeschildert ist, sieht die Verwaltung für stadtauswärtige Fahrtrichtung keinen weiteren Handlungsbedarf. In Anlehnung an die bereits vorhandene parallele West-Ost-Beschilderung der Radwanderoute R20 wird in Ost-West-Richtung ebenfalls eine entsprechende Parallelroute zur Olpener Straße durch die Verwaltung eingerichtet. Voraussetzung dafür war, die Petersenstraße für Radfahrer in Gegenrichtung als unechte Einbahnstraße einzurichten. Diese Maßnahme ist umgesetzt worden. Daraufhin wird die Verwaltung in Kürze die Parallelroute in Ost-West-Richtung für Radfahrer beschildern. Die Verwaltung erarbeitet zurzeit einen Beschilderungsplan für die Ost-West-Richtung.

**Sachstand zum HJB 2006:**

Der vorgesehene Beschilderungsplan für die Ost-West-Richtung konnte auf Grund von anderen Maßnahmen im Radwesen (z.B. Planungen im Rahmen der WM 2006, zum Radverkehrsnetz NRW und zu Fahrradboxen) nicht abschließend fertig gestellt werden. Die Verwaltung beabsichtigt, die Beschilderungsplanung im Rahmen der personell zur Verfügung stehenden Kapazitäten wieder aufzunehmen und kurzfristig abschließend fertig zu stellen.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Kein neuer Sachstand.

**Sachstand zum 28.05.2010:**

Kein neuer Sachstand.

**Beschluss-Nr. 10**

**Sitzung vom 19.11.1998, TOP 7.2.1** (zuständige Dienststelle: 61)

**Fußweg Kalker Güterbahnhof  
Antrag der CDU-Fraktion zu**

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung mit der Bahn AG in Verhandlungen darüber zu treten, eine fußläufige Verbindung zwischen Humboldt/Gremberg und Kalk im Bereich des Haltepunktes „Kalker Güterbahnhof“ zukünftig wieder zu ermöglichen. Die Verwaltung wird gebeten, bei der Entwicklung des Städtebaukonzeptes „Kalk-Süd“ die entsprechenden Voraussetzungen für eine Durchwegung von Kalk nach Humboldt(Gremberg zwischen Lüderichstraße und Dillenburger Straße sicherzustellen.“

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**Alter Sachstand:**

Eine aktuelle Stellungnahme liegt nicht vor.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Ein aktueller Sachstand liegt nicht vor.

**Sachstand zum 31.03.2010**

Das Stadtplanungsamt erarbeitet zurzeit den Bebauungsplan „Nördlich Odenwaldstraße“, welcher die Ziele der Rahmenplanung „Humboldt/Gremberg“ für den Bereich des ehemaligen Güterbahnhofs Kalk planungsrechtlich sichern soll. Parallel hierzu erfolgt in Abstimmung zwischen dem Stadtplanungsamt und dem Amt für Stadtentwicklung und Statistik eine Weiterentwicklung der Planungen für den Bereich Kalk-Süd zwischen Neuerburg- und Wiersbergstraße. Zum derzeitigen Planungsstand sind noch keine Aussagen möglich, inwieweit sich der Wunsch der Bezirksvertretung nach einer fußläufigen Verbindung umsetzen lässt.

**Beschluss-Nr. 15**

**Sitzung vom 18.03.1999, TOP 7.2.1** (zuständige Dienststelle: 66)

**Sicherung des Weges zu den Sportanlagen Brück/Neubrück Beleuchtung  
(Rather Kirchweg/ Pohlstadtweg)**

Die BV 8 bittet die Verwaltung, dafür Sorge zu tragen, dass der Rad- und Fußweg am Rather Kirchweg sowie der Pohlstadtweg bis zu den Sportanlagen Brück/Neubrück ausreichend mit Straßenbeleuchtung versehen wird, so dass die gefahrlose Benutzung dieses Weges gewährleistet ist.

**Alter Sachstand:**

Grundsätzlich werden anbaufreie Strecken nicht öffentlich beleuchtet. Die Installation einer Beleuchtungsanlage, die mit Kosten in Höhe von 130.000,- DM verbunden wäre, kommt deshalb nicht in Betracht. Falls der Betroffene Weg in Zusammenhang mit einem Baugebungsplan zur Erschließungsanlage ausgebaut wird und hierdurch die verkehrliche Situation des derzeit anbaufreien Weges verändert wird, kann eine Beleuchtungsanlage im Rahmen der Erschließungsmaßnahme errichtet werden. Die Unterhaltskosten einer solchen Beleuchtungsanlage würden seitens der Stadt getragen werden.

Der Endausbau des Pohlstadtwegs erfolgt nach Fertigstellung der Hochbebauung im Baugebiet im Oberen Bruch. Im Zuge des Ausbaus wird der Pohlstadtweg beleuchtet.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Kein neuer Sachstand.

**Sachstand zum 31.03.2010:**

Kein neuer Sachstand.

**Beschluss-Nr. 49**

**Sitzung vom 28:09:2000, TOP 7.2.5 (zuständige Dienststelle: 02-8)**

**Einrichtung von zwei Aufzügen bzw. auf- und abwärtsgerichteten Rolltreppen  
an der KVB-Haltestelle Vingst  
Antrag der CDU-Fraktion**

Die Verwaltung wird gebeten mit der KVB auf dem Verhandlungsweg zu klären, ob die Einrichtung einer behindertengerechten Haltestelle in Vingst möglich ist.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Alter Sachstand:**

Eine Behindertengerechtigkeit der Stadtbahnhaltestelle kann nicht durch den Einbau von Fahrtreppen erreicht werden. Die u.a. vom Behindertengleichstellungsgesetz bei Neuanlagen geforderte Barrierefreiheit bedingt den Einbau von Rampen oder Aufzügen und ermöglicht in Verbindung mit der zum Fahrzeug passenden Bahnsteighöhe den niveaugleichen, behindertengerechten Einstieg.

Alle neu zu bauenden Haltestellen werden daher abhängig von der örtlichen Situation mit Rampen und Aufzügen ausgestattet. Bereits bestehende Haltestellen werden im Rahmen eines Nachrüstungsprogramms mit Aufzügen ausgestattet. Zuletzt wurden gemäß Ratsbeschlüssen die Haltestellen Neumarkt und Boltensternstraße mit Aufzügen versehen. Vom Rat ebenfalls planerisch bereits beschlossen wurden Maßnahmen an den Haltestellen Dom/Hauptbahnhof, Ebertplatz, Friesenplatz und Bahnhof Deutz/Messe.

Für weitere Nachrüstungen liegen noch keine Ratsbeschlüsse vor. Da sich zwischenzeitlich die Haushaltssituation des Landes hinsichtlich der Förderung von ÖPNV-Vorhaben dramatisch verschlechtert hat, wurde die Stadt Köln aufgefordert für neue Maßnahmen Prioritäten zu bilden.

Mit Beschluss vom 19.12.2002 hat der Rat – ohne explizite Nennung der Haltestelle Vingst – weitere Projekte zur Aufzugsnachrüstung nachrangig in Priorität III eingestuft. Auch wegen der städtischen Haushaltslage werden daher derzeit keine Maßnahmen an der Haltestelle Vingst betrieben.

Der Beschluss ist mit dieser Stellungnahme aus Sicht der Verwaltung abschließend erledigt.

**Sachstand zum 31.07.2010:**

In der U-Bahn Haltestelle Vingst wurden bereits im Jahre 2008 die Rolltreppen in der Weise umgerüstet, dass diese in beide Fahrrichtungen benutzt werden können.

In der ersten Jahreshälfte 2010 wurden beide Bahnsteige mit einer Rampe versehen, so dass beim Benutzen der Haltestelle keine Stufen mehr zu überwinden sind.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.



**Beschluss-Nr. 82**

**Sitzung vom 21.02.2001, TOP 7.2.4 (zuständige Dienststelle:02-8, Wv. 2012)**

**Bevorzugter Ausbau des Rad-Gehweges (Wanderweg Deutz-Königsforst) am Alten Deutzer Postweg zwischen Vingster Ring und Frankfurter Straße  
Antrag der CDU-Fraktion**

Die BV Kalk bittet die zuständigen Ausschüsse und die Verwaltung der Stadt Köln zur Sicherung der Fußgänger und Radfahrer und zur Lückenschließung des Radwanderweges Deutz-Königsforst im Rahmen des Ausbau des Alten Deutzer Postweges zwischen Vingster Ring und Frankfurter Straße einen Rad-Fuß-Weg zu planen und nach Sicherung der Finanzierung zu bauen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Alter Sachstand (unverändert):**

Gemäß Entscheidung im Rahmen des IVC (Investitions-Controlling) in der SV-Sitzung am 27.01.2004 ist der Ausbau des Radweges auf nach 2012 verschoben.

**Beschluss-Nr. 99**

**Sitzung vom 30.08.2001, TOP 7.1.3 (zuständige Dienststelle: 61)**

**Gesamtkonzept für die Wilhelm-Griesinger-Straße in Köln-Ostheim  
Antrag der CDU-Fraktion**

Die Verwaltung wird aufgefordert, für den Bereich der Wilhelm-Griesinger-Straße in Köln-Ostheim ein Gesamtkonzept vorzulegen. Dieses Konzept sollte vor allen Dingen den Aus- und Umbau der Wilhelm-Griesinger-Straße berücksichtigen, sowie Aussagen darüber treffen, inwieweit die Flächen um die Wilhelm-Griesinger-Straße herum wann und wie genutzt werden sollen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Alter Sachstand:**

Da sich der östliche Bereich von Ostheim im Gewerbe- Bereitstellungskonzept (aufgrund u.a. schwieriger Grundstücksverfügbarkeit und mangelnder Erschließung) nicht in vorderer Priorität befindet, sieht die Verwaltung zurzeit keine Veranlassung, hier ein Planungskonzept zu erarbeiten.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Kein neuer Sachbestand.

**Sachstand zum 31.03.2010**

Das Stadtplanungsamt führt Gespräche mit den betroffenen Grundstückseigentümern, welche an einer Entwicklung der Flächen nördlich und südlich der Wilhelm-Griesinger-Straße interessiert sind, mit dem Ziel, ein Gesamtkonzept zu erarbeiten. Grundsätzlich ist die Entwicklung der Flächen aufgrund der Grundstückszuschnitte, Lage im Hinterland, vorhandener Strukturen und der Emissionssituation (Fluglärm, Autobahn) aber schwierig, so dass ein konkreter Zeitraum für die Entwicklung nicht angegeben werden kann.

**Beschluss-Nr. 109**

**Sitzung vom 27.09.2001, TOP 7.2.6** (zuständige Dienststelle: 66 zu 1., 69 zu 2.)

**Verkehrssituation vor dem Gold-Krämer-Haus  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

1. Die Verwaltung wird deshalb gebeten, die Rolshover Straße nochmals eingehend zu begutachten, um kurzfristig eine Lösung zu finden, die dem Klientel des Gold-Krämer-Hauses gerecht wird. Wir schlagen hierbei die Einrichtung eines Zebrastreifens und eine entsprechende Beschilderung z.B. „Vorsicht Kinder“ vor.
2. Aufnahme der U-Bahn Haltestelle Kalk Post in die Prioritätenliste zum Einbau eines Aufzugs.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Alter Sachstand:**

Zu 1:

Die Planung für den Einbau einer Insel als Querungshilfe liegt vor. Hierzu ist eine beidseitige Aufweitung der Fahrbahn erforderlich. Dies kann nicht geschehen, so lange die Zufahrt zu der ehemaligen Firma Huwald Hamacher noch vorhanden ist. Sollte die Zufahrt entfallen, kann in Abhängigkeit der Finanzierung mit der Umsetzung der Maßnahmen begonnen werden.

Sachstand zum HJB 2006:

Eine Umnutzung des ehemaligen Gewerbegebietes ist in Aussicht. Bis dahin: Kein neuer Sachstand.

Zu 2:

Für die Errichtung des Aufzuges ist das Amt für Brücken und Stadtbahnbau zuständig.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Zu 1.

Der Verwaltung liegen weiterhin keine neuen Informationen über eine zukünftige Nutzung der Fläche vor.

Zu 2.

Am 11.06.2008 hat der Verkehrsausschuss eine Prioritätenliste zu Aufzugseinbauten und Bahnsteiganhebungen beschlossen. Die Aufzüge Kalk Post sind ab 2011 vorgesehen. Die Verwaltung hat die Planungen aufgenommen.

## **Sachstand zum 31.03.2010:**

### Zu 1:

kein neuer Sachstand

### Zu 2:

Am 11.06.2008 hat der Verkehrsausschuss eine Prioritätenliste zu Aufzugseinbauten und Bahnsteiganhebungen beschlossen. Danach sind die Aufzüge an der Haltestelle Kalk Post ab 2011 vorgesehen. Die Verwaltung hat die Planungen aufgenommen, um die Standorte der Aufzüge festzulegen. Da die Haltestelle unmittelbar unter der Hauptverkehrsstraße liegt, sind für eine Durchführung der Aufzüge an die Oberfläche Anpassungen des Straßenraumes erforderlich. Es ist vorgesehen, bis zum Herbst 2010 die Planungen soweit abzustimmen, dass eine entsprechende Vorlage für die politischen Gremien erstellt werden kann.

**Beschluss-Nr. 166**

**Sitzung vom 27.06.2002, TOP 7.2.11** (zuständige Dienststelle: 61)

**Planung und Ausbau der Festwiese im Grünzug Gremberg (B-Plan 70439/06)  
Antrag aller Fraktionen und der Vertreterin der FDP**

Die BV 8 hebt ihren Beschluss vom 11.05.2000 unter TOP 7.2.2 (Antrag der CDU Fraktion „Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten für den Festplatz an der Westerwaldstraße in Humboldt/Gremberg“) auf. Die BV 8 bittet die Verwaltung eine Nutzung der Festwiese auch bei regnerischem Wetter zu gewährleisten. Dazu soll das Grundstück überprüft, ein Ausbauplan erstellt und nach Sicherung der Finanzierung der Ausbau der Festwiese durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Alter Sachstand:**

Eine aktuelle Stellungnahme liegt nicht vor.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Die Platzfläche an der Westerwaldstraße ist im rechtsverbindlichen Bebauungsplan als „Festplatz“ festgesetzt. Aus diesem Grunde kann diese Fläche nicht das ganze Jahr als Parkfläche genutzt werden. Da eine Refinanzierung der nicht unerheblichen Ausbaukosten somit nicht möglich ist, kann ein Ausbau dieser Fläche auch aufgrund der angespannten Haushaltslage der Stadt Köln in absehbarer Zeit nicht erfolgen. Bei den Ausbaukosten ist die Herstellung einer Entwässerungsleitung für die Platzfläche zu berücksichtigen, die einen Großteil der Ausbaukosten ausmacht.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*

**Sachstand zum 31.12.2009:**

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss nach wie vor erledigt.*

**Beschluss-Nr. 168**

**Sitzung vom 15.07.2002, TOP 7.2.2 (zuständige Dienststelle: 61)**

**Nutzung des Ottmar-Pohl-Platzes am Kalk-Karree als Festplatz  
Geänderter Antrag der CDU-Fraktion**

Die Verwaltung wird gebeten, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit der Ottmar-Pohl-Platz am Kalk-Karree in Zukunft auch als Festplatz für verschiedenste Feste und Veranstaltungen und als Öko/Wochenmarkt genutzt werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**Alter Sachstand:**

Der Ottmar-Pohl-Platz kann erst hergerichtet werden und einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden, wenn die angrenzende Bebauung errichtet/ saniert ist. Zurzeit ist es nicht absehbar, wann und in welcher Form – auf der westlichen Seite – der Investor das vorgesehene Gebäude (V/VII, Kerngebietsnutzung) herrichtet und – auf der östlichen Seite, die Verwaltung über die Zukunft der denkmalgeschützten Hallen entscheidet.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Mit der Realisierung der Neubebauung wurde in der Zwischenzeit begonnen (V/VII, Kerngebietsnutzung) Über die Zukunft der auf der östlichen Seite angrenzenden denkmalgeschützten Hallen hat die Verwaltung noch keine Entscheidung getroffen.

**Sachstand zum 31.03.2010**

Für das Grundstück Sieversstraße 19 (ehem. KHD-Verwaltung) konnte ein Investor gefunden werden. Nach Vollendung der Bebauung an der westlichen Platzseite kann die städtebauliche Entwicklung am Ottmar-Pohl-Platz in absehbarer Zeit abgeschlossen werden. Über die weitere Nutzung der denkmalgeschützten Hallen an der östlichen Platzseite liegt noch keine Entscheidung der Verwaltung vor.

**Beschluss-Nr. 179**

**Sitzung vom 19.09.2002, TOP 7.2.8** (zuständige Dienststelle: 02-8, DB AG)

**Ausbau der S-Bahntrassen Deutz-Opladen und Gremberg-Kalk-Deutz  
Gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Vertreterin der FDP**

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen:

1. wann mit den ersten Erweiterungsarbeiten an der S-Bahntrasse zwischen Gottfried-Hagen-Straße und S-Bahn Haltepunkt Trimbornstraße zu rechnen ist,
2. ob die Erweiterung zwischen Haltepunkt Trimbornstraße und Deutzer Bahnhof von der Deutschen Bahn AG noch ernsthaft verfolgt wird und welche Planvorbereitungen für den konkreten Ausbau vorliegen bzw. kurzfristig vorgelegt werden können und
3. ob kurzfristig eine genauere Planung des S-Bahn Haltepunktes CSC/Köln/ Kalk erarbeitet und vorgelegt werden kann.

Ferner bittet die Bezirksvertretung Kalk die Verwaltung in 3-Monats-Abständen, über den Fortgang der Ereignisse zu berichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Alter Sachstand:**

**Zu 1:**

Nach Auskunft der DB AG werden die Planungen für die o.a. Erweiterungen nach Abschluss des Ausbaus von Deutz-Tief, in Angriff genommen. Für die Erweiterung ist ein Planfeststellungsverfahren erforderlich dessen Dauer nicht präzise vorhergesagt werden kann. Im günstigsten Falle dauert ein solches Verfahren ein gutes Jahr, wenn jedoch Einsprüche erfolgen und Klagen erhoben werden, kann die Dauer des Verfahrens auch mehrere Jahre erreichen. Daher ist derzeit keine Aussage möglich, wann Bauarbeiten begonnen werden.

**Zu 2:**

Die Ausbauvorstellungen werden weiter verfolgt, da mit der Zunahme des ICE-Verkehrs die beiden vorhandenen Ferngleise in diesem Bereich für den Regionalverkehr (ohne S-Bahn) und den schnellen Fernverkehr nicht ausreichen werden. Die zusätzlichen Gleise werden in jedem Falle auf der Südseite anzulegen sein, da die S-Bahn-Gleise nicht mehr verändert werden sollen. Über Details der Ausgestaltung lassen sich noch keine Aussagen machen, da noch keine Entwurfspläne gefertigt worden sind. Zu den Zeitvorstellungen s. o..

Zu 3:

Es besteht noch kein Planentwurf.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Ein aktueller Sachbestand liegt nicht vor.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Kein neuer Sachstand.



**Beschluss-Nr. 238**

**Sitzung vom 22.04.2004, TOP 7.2.1 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Gestaltung der Freifläche Rösrather Straße/Ecke Eiler Straße  
Geänderter Antrag der CDU-Fraktion**

Die Verwaltung und die zuständigen Ausschüsse werden gebeten, den Platz Rösrather Straße Ecke Eiler Straße in Köln-Rath/Heumar auf der Grundlage der vorliegenden Pläne der Interessengemeinschaft Rath/ Heumar zu gestalten. Für Planung, Ausbau und Unterhalt dieses Platzes entstehen der Stadt keine Kosten, sie werden von der Interessengemeinschaft übernommen. Ferner wird die Verwaltung gebeten, sich mit den Eigentümern der Privatfläche (ein Teil des Platzes) ins Benehmen zu setzen um zu erreichen, dass sie die Gestaltung des Platzes und die Baumpflanzungen entsprechend dem Bebauungsplan auf ihrem Grundstück mit tragen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Alter Sachstand:**

Der Eigentümer der Privatfläche hat eine Umgestaltung bisher abgelehnt. Aus personellen Gründen kann dies von hier nicht weiter verfolgt werden. Die Ausführungsplanung sowie der zukünftige Ausbau werden vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik begleitet. Ein Ausbauezeitpunkt kann von hier nicht benannt werden, da der Zeitrahmen von der IG abhängt.

**Sachstand zum 30.04.2008**

Der Verwaltung liegen weiterhin keine neuen Informationen über eine zukünftige Nutzung der Fläche vor.

**Sachstand zum 31.03.2010:**

Die Neugestaltung der öffentlichen Flächen in diesem Bereich wurde im letzten Jahr realisiert.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Beschluss-Nr. 245**  
**Sitzung vom 27.05.2004, TOP 7.2.1** (zuständige Dienststelle: 02-8)

**Buslinie 157**  
**Antrag der SPD-Fraktion**

1. Die Verwaltung wird gebeten mit der KVB zu vereinbaren, zur nächsten Fahrplanänderung mit der Buslinie 157 die Merheimer Kliniken mit anzufahren.
2. Alternativ die Buslinie 157 komplett neu zur Vergabe zwecks Serviceverbesserung auszuschreiben.
3. Die Bezirksvertretung Kalk ist noch im laufenden Quartal über das Verhandlungsergebnis zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Alter Sachbestand:**

Eine aktuelle Stellungnahme liegt nicht vor.

**Sachbestand zum 30.04.2008:**

Im Rahmen der derzeitigen Diskussion zum Busnetz Rechtsrheinisch Nord wird eine Anbindung des Wohngebiets „Merheimer Gärten“ durch eine Verschwenkung der Linie 157 geprüft. Es werden zurzeit Verhandlungen mit dem Investor zwecks Beteiligung an den entstehenden Mehrkosten geführt. Sollte die Linienführung geändert werden können, würde auch das Merheimer Krankenhaus durch eine bessere Erschließung und kürzere Wege profitieren.

Eine Ausschreibung von Busleistungen der KVB ist gemäß bestehender Betrauungsregelung zwischen Stadt Köln und KVB (Ratsbeschluss vom 15.12.2005) bis Ende 2010 ausgeschlossen.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Das Wohngebiet Merheimer Gärten wurde zum Fahrplanwechsel im Dezember 2009 durch eine neue Buslinie der KVB AG an den ÖPNV angebunden.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Beschluss-Nr. 247**

**Sitzung vom 27.05.2004, TOP 7.2.3 (zuständige Dienststelle: 61)**

**Planung und Erschließung Bebauung „Im Oberen Bruch“, Köln-Brück  
Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Vertreterin der FDP**

1. Der Rat hatte den Bebauungsplan mit der Maßgabe beschlossen, eine Bebauung östlich des Eiskaulenweges nicht zu ermöglichen ohne im damaligen Entwurf die entsprechenden Baufelder entfernen zu lassen. Die Bezirksvertretung bittet den Stadtentwicklungsausschuss, im Rahmen eines vereinfachten Bebauungsplanverfahrens die dort noch ausgewiesenen Baufelder zu entfernen und damit Klarheit zu schaffen.
2. Die Entscheidung über den B-Plan „Im Oberen Bruch“ war mit Planungen über den Ausbau des Pohlstadtswegs und den Neubau der Kreuzung Neubrücker Ring/ Rather Kirchweg verbunden. Da die Verwaltung offensichtlich die Erschließung des Neubaugebietes zeitlich von diesen Baumaßnahmen abkoppeln will, bittet die Bezirksvertretung Rat und Verwaltung, ein zeitlich abgestimmtes Konzept zu erarbeiten, das den Ausbau des restlichen Straßensystems insbesondere der oben genannten Kreuzung sichert. Dabei ist auch eine ausreichende Beleuchtung des Pohlstadtsweg und der inneren Erschließung des Neubaugebietes sicherzustellen.
3. Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, ob der Ausbau des Pohlstadtswegs zwischen Zufahrt Neubaugebiet und Rather Kirchweg zumindest teilweise über die im Neubaugebiet zu erhebenden Erschließungsbeiträge abgerechnet werden kann.  
*(Die Berichterstattung zu Ziffer 3 wurde bereits mit dem letzten Halbjahresbericht abgeschlossen)*

**Alter Sachstand zu 1. und 2.:**

Wegen anderer wichtiger Planungsaufgaben kann die Verwaltung dieses Planänderungsverfahren in nächster Zeit nicht durchführen, die Grundstücke südlich des Eiskaulenweges sind jedoch blockiert und werden nicht bebaut.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Kein neuer Sachbestand

**Sachstand zum 31.03.2010:**

Die Umwandlung soll im Rahmen der 1. Änderung des Bebauungsplanes „Im oberen Bruch“ erfolgen. Da die Freiwillige Feuerwehr Brück keinen Standort im Bebauungplangeltungsbereich durch Verbleib an der Hovenstraße mehr benötigt, wird das Planverfahren nicht mit besonderer Priorität bearbeitet.

**Beschluss-Nr. 263**

**Sitzung vom 14.04.2005, TOP 7.1.5** (zuständige Dienststelle: 66)

### **Markierungen auf der Mannheimer Straße in Ostheim**

#### **Antrag der CDU-Fraktion**

Die Verwaltung wird gebeten, die Markierungen auf der Mannheimer Straße sowie auf der Freiburger Straße, Ettlinger Straße, Appenweier Straße und Schwetzinger Straße vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und pro Köln bei Enthaltung der NPD zugestimmt.

#### **Alter Sachstand:**

Der überwiegende Teil der Einmündungen innerhalb der Tempo-30-Zone ist mit einer Markierung nach dem Verkehrszeichen 341 StVO (Wartelinie) markiert. Wegen der Einheitlichkeit werden die Einmündungen der im Beschluss aufgeführten Straßen ebenfalls mit einer Wartelinie markiert. Die Ausführung erfolgt nach Sicherstellung der Finanzierung.

#### **Sachstand zum 30.04.2008:**

Ein Ortstermin mit der Polizei wird kurzfristig erfolgen.

#### **Sachstand zum 31.03.2010:**

Die Einmündungen in das östlich der Konstanzer Straße gelegene Teilstück der Mannheimer Straße sind bis auf die Einmündung der Saarbrücker Straße mit Markierungen nach VZ 341 StVO (Wartelinie) markiert. Im westlich der Konstanzer Straße liegenden Teilstück der Mannheimer Straße sind Markierungen nach VZ 341 StVO nicht vorhanden. Wegen der Einheitlichkeit der Verkehrsregelung werden an allen noch nicht markierten Einmündungsbereichen im Zuge der Mannheimer Straße die Markierungen nach VZ 341 StVO nach Sicherstellung der Finanzierung aufgetragen.

Die Mannheimer Straße ist die Haupteerschließungsstraße dieses, als Tempo-30-Zone ausgewiesenen Wohngebietes. Die Markierung der Einmündungsbereiche dieser Erschließungsstraße ist nach den verkehrsrechtlichen Bestimmungen in der StVO und der hierzu ergangenen Verwaltungsvorschrift (VwV) gerechtfertigt, da die Mannheimer Straße auf Grund ihrer Breite und des Ausbaustandes den Eindruck einer bevorrechtigten Straße erwecken kann. Dies ist bei allen anderen Einmündungsbereichen in diesem Wohngebiet nicht der Fall, hier weisen alle übrigen Straßen nahezu den gleichen Fahrbahnquerschnitt und die gleiche Verkehrsbelastung/-bedeutung auf. Daher war und ist in diesen Bereichen keine zusätzliche Markierung der Einmündungen erforderlich.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Beschluss-Nr. 269**

**Sitzung vom 14.04.2005, TOP 7.1.1 (zuständige Dienststelle: 51)**

**Neukonzeption der Jugendpflege im Stadtbezirk Kalk  
Antrag der SPD-Fraktion zu**

Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit den betroffenen Diensten u. Trägern ein Konzept für die Neuorganisation der Jugendpflege im Stadtbezirk Kalk zu entwickeln u. den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung zuzuleiten.

Dabei sind folgende Punkte ausdrücklich zu berücksichtigen:

1. Die zukünftigen Arbeitsschwerpunkte der Jugendpflege sollen präzisiert werden.
2. Die einzelnen Sozialräume im Stadtbezirk Kalk sind zu benennen.
3. Bereits bekannte u. mögliche Konfliktfelder sollen gekennzeichnet u. Lösungsansätze entwickelt werden.
4. Die brachliegende Netzwerkarbeit ist wieder zu intensivieren. Die Vorgehensweise ist zu erläutern.
5. Es sollen Möglichkeiten geprüft werden, wie die betroffenen Jugendlichen stärker beteiligt werden können.
6. Der Bezirksvertretung soll über die Aktivitäten berichtet werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Alter Sachstand:**

Folgende Arbeitsschwerpunkte der Jugendpflege wurden für 2005 und 2006 festgelegt:

- Sicherung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Unterstützung bei der Entwicklung von Angeboten in den Bereichen Freizeit, Bildung und Kultur
- Vertiefung der Kooperation mit dem ASD
- Entwicklung von bedarfsgerechten Maßnahmen unter sozialraumanalytischen und auch thematischen Gesichtspunkten (z. B. Jugendschutz, Gender Mainstream, Integration, Gewaltprävention)
- Ausbau von Kooperationsstrukturen im Bereich Jugendhilfe / Schule
- Mitarbeit in Arbeitskreisen und Stadtteilkonferenzen
- Sicherung des Informationsflusses zwischen den Arbeitskreisen mit unterschiedlicher Thematik und der Sozialraumkoordination in Höhenberg / Vingst, Ostheim / Neubrück und dem AD Kalk
- Förderung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen sowie Entwicklung von Formen der Bürgerbeteiligung
- Koordination der LOS Projekte

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Seit dem 01.09.2007 ist die Jugendpflege wieder ausschließlich für den Stadtbezirk Kalk tätig. Die beschriebenen Schwerpunkte haben sich nicht verändert.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Sachstand zum 31.07.2010**

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss nach wie vor erledigt.

**Beschluss-Nr. 271**

**Sitzung vom 19.05.2005, TOP 7.1.2 (zuständige Dienststelle: 61)**

## **Musical Dome**

### **Antrag der CDU Fraktion und Änderungsantrag der SPD-Fraktion**

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob eine Realisierung des Urban-Entertainment-Centers auf dem CFK-Gelände in Kalk in absehbarer Zeit geschehen wird. Wenn dem nicht so ist, werden die Verwaltung, der Rat der Stadt Köln sowie der Stadtentwicklungsausschuss gebeten zu prüfen, ob statt dessen der Umzug des Musical Domes auf das CFK-Gelände in Kalk stattfinden kann, oder als Ersatz für den bisherigen Musical Dome eine neue feste Musicalspielstätte für Köln auf dem CFK Gelände in Kalk errichtet werden kann. Daneben soll auch weiterhin versucht werden, ein Kino auf dem Gelände anzusiedeln.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung des Einzelvertreters Herrn Kirchner (NPD) zugestimmt.

### **Alter Sachstand:**

Die Verwaltung ist mit dem Grundstückseigentümer bemüht, für den Standort des Urban-Entertainment-Centers auf dem ehemaligen CFK-Gelände eine kulturwirtschaftliche Nutzung anzusiedeln. Für ein Musicaltheater ist im rechtsrheinischen Köln das Interesse am Standort ICE-Terminal in Deutz derzeit größer.

### **Sachstand zum 30.04.2008:**

Derzeit wird auf dem ehemaligen CFK-Gelände das Odysseum gebaut. Das Richtfest wird am 15.08.2008 stattfinden.

Für den Standort eines Musicaltheaters wird im rechtsrheinischen Köln immer noch der am Standort ICE-Terminal in Deutz bevorzugt.

### **Sachstand zum 31.03.2010:**

Trotz großer Anstrengungen von Politik und Verwaltung ist die Ansiedlung eines Musical Theaters (Bebauungsplan „Musical Theater Köln“ in Köln-Kalk) bislang nicht gelungen. Mit dem genannten Bebauungsplan liegt Planungsrecht für eine entsprechende Einrichtung vor, so dass eine kurzfristige Umsetzung möglich ist.

Für das Baufeld MK 1 des Bebauungsplans „Ehemaliges CFK-Gelände“, welches eine dem Antrag entsprechende Nutzung ermöglicht, sind der Verwaltung zurzeit keine konkreten Entwicklungsabsichten des Eigentümers bekannt.

**Beschluss-Nr. 276**

**Sitzung vom 30.06.2005, TOP 7.1.3 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Umgestaltung der Kalker Hauptstraße, Durchführung eines Pilotprojekts  
Gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen sowie dem als Pkt. 5 von der FDP mündlich  
eingebrachten Vorschlag:**

1. Die Verwaltung möge eine Einbahnstraßenregelung für die Kalker Hauptstraße aus Richtung der südöstlichen Stadtteile (Brück, Merheim, Neubrück, Rath/Heumar) in Richtung Deutz/Polizeipräsidium prüfen. Dabei sind sowohl die Kosten der Maßnahme als auch die rechtliche Zulässigkeit eines solchen Vorhabens in die Prüfung einzubeziehen.
2. Darüber hinaus bitten wir die Verwaltung zu prüfen, ob die Einrichtung eines durchgängigen Radwegs auf der Kalker Hauptstraße für jede Fahrtrichtung mithilfe gesonderter Angebotsstreifen dauerhaft möglich ist.
3. Die Verwaltung wird um Mitteilung gebeten, ob bei Führung der Buslinie 159 nicht über die Kalker Hauptstraße, sondern beispielsweise über die Dillenburger Straße die Fahrbahnbreite der Kalker Hauptstraße verringert werden kann, um zusätzlichen Platz für andere Nutzungen (z.B. Radstreifen/-weg, Fußgänger) zu gewinnen.
4. Zur umgehenden Verbesserung der Radwegsituation bitten wir die Verwaltung ein Pilotprojekt vorzubereiten, das auf einem Teilstück der Kalker Hauptstraße Angebotsstreifen für RadfahrerInnen vorsieht und der Bezirksvertretung Kalk zur Beschlussfassung zuzuleiten.
5. Die Verwaltung wird weiterhin gebeten zu prüfen, ob die Einführung „15 Minuten kostenfreies Parken“ möglich ist.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen den Einzelvertreter Herrn Kirchner (NPD) zugestimmt.

**Alter Sachstand:**

Die Verwaltung hat die Vorschläge der Bezirksvertretung Kalk geprüft und kommt zu folgenden Ergebnissen:

**Zu 1.**

Die Umwandlung der Kalker Hauptstraße in eine Einbahnstraße hätte erhebliche Konsequenzen auf das Verkehrsgeschehen im gesamten Stadtbezirk. Die Verkehrsströme aus Deutz in Richtung der südöstlichen Stadtteile Brück, Merheim, Neubrück, Rath-Heumar würden vollständig auf andere Straßen verlagert. Mehrbelastungen z.B. auf der Dillenburger Straße, der Rolshover Straße und der Kapellenstraße wären die Folge. Die Kalker Hauptstraße ist in ihrem gesamten Verlauf zwischen der Rolshover Straße und der Kapellenstraße als Geschäftszentrum anzusehen. Gleichzeitig ist sie Wohnort für eine große Bevölkerungszahl. Das bedeutet, ein großer Teil des hier auftretenden Kfz-Verkehrs



ist Quell- und Zielverkehr, der nicht verlagerbar ist. Dieser Verkehr wäre erheblich von der Neuregelung betroffen. In der Folge kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Anliegerverkehre künftig ihre Wege durch die nördlich der Kalker Hauptstraße angrenzenden Wohnquartiere (z.B. Thumbstraße, Eythstraße) suchen. Hier handelt es sich gerade um die Wohnbereiche, die im Zusammenhang mit der Rahmenplanung Kalk von unerwünschten Kfz-Verkehren befreit und zum teil verkehrsberuhigt wurden. Da die Kalker Hauptstraße als Geschäftszentrum auch Ziel von Lieferverkehr – hier sind nicht nur die vereinzelt, großen Lkw zu berücksichtigen, sondern auch die Vielzahl von Kleintransporten – wäre zusätzlich der Lieferverkehr erheblich von der Einbahnstraße zu einer erheblichen Zunahme der Verkehrsbelastung auf den umliegenden Straßen führen würden, die Erreichbarkeit der Kalker Hauptstraße als Wohngebiet und Geschäftszentrum verschlechtert würde und beträchtliche Umwegfahrten die Folge wären.

Neben den geänderten Verkehrsbelastungen auf den Nebenstrecken der Kalker Hauptstraße ergeben sich weitere Probleme an den jeweiligen Knotenpunkten. Da vorgeschlagen wurde, die Einbahnstraße aus Richtung Merheim in Richtung Deutz anzulegen, bedeutet dies im Umkehrschluss, dass der gesamte Verkehr von Deutz Richtung Merheim über den Rechtsabbieger am Knoten Rolshover Straße/Kalk-Mülheimer Straße/Kalker Hauptstraße abgewickelt werden müsste. Dieser Rechtsabbieger ist bereits heute stark belastet und nicht leistungsfähig. Eine bauliche Anpassung ist aufgrund der örtlichen Gegebenheiten nicht möglich. Die Umwandlung der Kalker Hauptstraße in eine Einbahnstraße ist aus den o.a. Gründen nicht möglich.

#### zu 2.

Die Prüfung der Einrichtung eines so genannten Schutzstreifens für Radfahrer (ehemals Angebotsstreifen) hat ergeben, dass der heute vorhandene Querschnitt eine für alle Verkehrsteilnehmer sichere Lösung nicht ermöglicht. Für die Einrichtung einer Radverkehrsanlage sind größere Umbaumaßnahmen der Kalker Hauptstraße erforderlich. Hierzu wurden der Bezirksvertretung Kalk verschiedene Varianten durch Herrn Beigeordneten Streitberger vorgestellt.

#### zu 3.

Bereits im Jahr 2003, im Zuge der Errichtung des Kalk Karrees, wurde seitens der Bezirksvertretung Kalk angeregt, die Buslinie 159 so zu führen, dass auch der Technologiepark Kalk angebunden wird. Die damalige Untersuchung hat ergeben, dass eine Verlegung der Buslinie von der Kalker Hauptstraße auf die Dillenburger Straße/ Kapellenstraße eine erhebliche Verschlechterung für alle Nutzer der Haltestellen Kalk Post und Kalk Kapelle bedeutet und dass im Gegenzug nur wenige Nutzer eine eventuell neue Haltestelle Kalk Karree oder Dillenburger Straße/ Kapellenstraße nutzen würden. Daher hat der Stadtentwicklungsausschuss in seiner Sitzung am 27.11.2003 beschlossen, die Buslinienführung vorerst beizubehalten. An den Umständen, die zu dem Untersuchungsergebnis geführt haben, hat sich seither nichts geändert, daher wird eine Verlegung der Buslinie 159 abgelehnt.

zu 4.

Wie unter 2. bereits erwähnt, ist es im derzeitigen Querschnitt der Kalker Hauptstraße nicht möglich, mit geringem Aufwand (nur Markierung) einen Schutzstreifen für Radfahrer anzulegen. 3 Aufgrund der gegebenen Breiten käme es zu einer Aneinanderreihung von Mindestmaßen, so dass dem Radfahrer eine Sicherheit vorgetäuscht wird, die tatsächlich nicht vorhanden ist. Durch die Enge neben dem Landstreifen ist nicht auszuschließen, dass gerade bei größerem Lieferverkehr Fahrzeuge in den Schutzstreifen hineinragen und den Radfahrer zu Ausweichmanövern zwingen. Die Verwaltung wird in Anlehnung an die durch Herrn Beigeordneten Streitberger vorgestellten Varianten der Bezirksvertretung Kalk in einer der nächsten Sitzungen einen Pilotversuch für einen Teilabschnitt der Kalker Hauptstraße zum Beschluss vorlegen.

zu 5.

Die Einführung von „15-Minuten-kostenfreiem-Parken“ befindet sich derzeit noch in politischer Beratung. Daher kann zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage getroffen werden, ob diese Regelung auch auf der Kalker Hauptstraße zur Anwendung kommen kann. Sobald hier eine Entscheidung vorliegt, wird die Einführung auf der Kalker Hauptstraße geprüft und das Ergebnis der Bezirksvertretung Kalk mitgeteilt. Mit o.a. Mitteilung der Verwaltung zur Sitzung am 20.06.2006 betrachtet die Verwaltung Punkt 1 bis 4 als erledigt.

Die Einführung des 15 Minuten freien Parkens befindet sich noch in Prüfung.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

zu 2. und 4.

In Abstimmung mit der Bezirksvertretung Kalk und den anliegenden Geschäftsleuten läuft seit Juni 2007 ein Pilotversuch im Bereich zwischen Breuerstraße und Neuerburgstraße. Nach einem Jahr wird die Bezirksvertretung Kalk über den Verlauf des Projektes unterrichtet.

zu 5.

Gegenwärtig wird das interne Mitzeichnungsverfahren zur Vorlage eines Kriterienkataloges zur Einführung des 15 Min. kostenfreien Parkens beim Verkehrsausschuss durchgeführt. Sobald dieses Verfahren abgeschlossen ist, wird die Vorlage an den Verkehrsausschuss zur Beratung weitergegeben.

## **Sachstand zum 31.03.2010:**

### Zu 1.

*Die Berichterstattung zu diesem Punkt wurde bereits mit dem ersten Sachstandsbericht (siehe oben) abgeschlossen.*

### Zu 2. und 4.

Mit Beschluss vom 10.12.2009 hat die Bezirksvertretung der Ausdehnung des Pilotversuchs bez. Einrichtung von Schrägstellplätzen mit davorliegenden durchgehenden Schutzstreifen für Radfahrer und somit der Ausweitung der Maßnahmen zugestimmt. Zurzeit wird die Ausführungsplanung erarbeitet. Die Ausführungsplanung wird der Bezirksvertretung im Herbst 2010 vorgelegt.

*Aus Sicht der Verwaltung ist mit dem o.a. Beschluss vom 10.12.2009 eine weitere Berichterstattung zu diesen beiden Punkten hinfällig.*

### Zu 3.

*Die Berichterstattung zu diesem Punkt wurde bereits mit dem ersten Sachstandsbericht (siehe oben) abgeschlossen.*

### Zu 5.

Der dazu erforderliche Rahmenbeschluss des Verkehrsausschusses war für Ende 2009 vorgesehen. Aufgrund der gegenwärtigen prekären Haushaltslage konnte die Vorlage jedoch nicht realisiert werden. Eine neue zeitliche Perspektive ist abhängig vom Ergebnis der Haushaltsberatungen.

**Beschluss-Nr. 280**

**Sitzung vom 22.09.2005, TOP 7.2.1** (zuständige Dienststelle: 02-8)

**Verwaltung in den Stadtbezirken / Zukunft Bürgeramt Kalk  
Antrag der SPD-Fraktion und Änderungsantrag des Einzelvertreters Herrn  
Kirchner (NPD) sowie ein gemeinsamer Ersetzungsantrag der Fraktionen CDU  
und SPD**

Die Bezirksvertretung Kalk begrüßt den Ratsbeschluss vom 05.07.2005 zum Thema optimierter Bürgerservice in den Stadtbezirken – Ds-Nr.: 0798/005 und bittet die Verwaltung für die Durchführung des Modellversuches zur Erprobung weiterer Einrichtungen des Bürgerservice (Punkt 4 des Beschlusses) einen oder mehrere Stadtteile im Stadtbezirk Kalk

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der EV Herrn Demirel (Die Linke.PDS) und Herrn Speck (pro Köln) zugestimmt.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Das Konzept „Optimierte Dienste – im Bezirk und im modernen Europa“ befindet sich zurzeit in der verwaltungsinternen Abstimmung. Inhalt dieses Konzeptes ist die Neuausrichtung des Bürgerservice in Köln. Es ist vorgesehen, dass der Rat nach Beteiligung des AVR, des FA und der Bezirksvertretungen noch vor der Sommerpause abschließend über das Konzept entscheidet.  
(Anmerkung: Die Bezirksvertretung wird die Beschlussvorlage am 26.08.2008 beraten).

**Sachstand zum 31.07.2010:**

Am 25.09.2008 hat der Rat das Konzept „Optimierte Dienste – im Bezirk und im modernen Europa“ beschlossen.

Die Inhalte, die den Stadtbezirk Kalk bzw. das Bezirksrathaus in Kalk betreffen, wurden inzwischen größtenteils umgesetzt. Bis zum Ende des Jahres 2010 soll auch das Bezirksjugendamt, das seine Büroräume derzeit noch im Stadthaus Deutz hat, wieder im Bezirksrathaus Kalk untergebracht sein.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Beschluss-Nr. 282**

**Sitzung vom 27.10.2005, TOP 7.1.1 (zuständige Dienststelle: 50)**

**Seniorenberatung im Stadtbezirk Kalk**

**Antrag der SPD-Fraktion bzw. gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Die Verwaltung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass im Bezirksrathaus Kalk wieder regelmäßig die Seniorenberatung und die dazugehörige Sachbearbeitung in Sozialhilfeangelegenheiten für Seniorinnen und Senioren eingerichtet werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

**Alter Sachbestand:**

Es liegt keine Stellungnahme vor.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Die Seniorenberatung für den Stadtbezirk Kalk ist im Stadthaus Deutz angesiedelt.

Im Rahmen des Konzeptes „Optimierung des Bürgerservice“ soll die Seniorenberatung wieder im Bezirksrathaus Kalk angesiedelt werden (siehe auch Sachstand zum Beschluss Nr. 280)

**Sachstand zum 31.07.2010**

Die Außenstelle Kalk der Seniorenberatung befindet sich seit Herbst 2009 wieder im Bezirksrathaus Kalk.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*

**Beschluss-Nr. 286**

**Sitzung vom 27.10.2005, TOP 7.1.6 (zuständige Dienststelle: 51)**

## **Ausbau bzw. Schaffung von Angeboten für Jugendliche und junge Erwachsene in Merheim**

### **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD**

1. Die Verwaltung und der Rat der Stadt Köln werden aufgefordert, kurzfristig die Einrichtung weiterer Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene insbesondere mit Hilfe des vorhandenen Trägers und unter besonderer Berücksichtigung integrativer Aspekte in ihre Planung aufzunehmen.
2. Ferner soll geprüft werden, ob bauliche Maßnahmen, wie z.B. im Hinblick auf sportliches Engagement und die Errichtung eines Jugendtreffs, z.B. durch die Nutzung von bestehenden Leerständen in Ladenlokalen, in Betracht zu ziehen sind.
3. Die Bezirksvertretung Kalk ist in angemessener Frist über die getroffenen Maßnahmen zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Enthaltung des Einzelvertreters Herrn Kirchner (NPD) beschlossen.

### **Alter Sachstand:**

Bis September 2006 führte der Fachdienst Integration und Migration (FIM) des Caritasverbandes in Merheim Winterberger Straße das Projekt „Miteinander leben“ durch.

Ziel des Projektes war der Aufbau eines Netzwerkes von Institutionen und Vereinen vor Ort sowie das Initiieren von Angeboten für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

Es wurde ein „Runder Tisch Jugendarbeit“ eingerichtet, an dem sich neben dem FIM die E. und Kath. Kirchengemeinde, der Bürgerverein, die Bezirkspolizei, der Internationale Bund für Sozialarbeit, sowie die Stadt Köln, Amt für Soziales-Fachstelle Wohnen, Amt für Kinder, Jugend und Familie – Allgemeiner Sozialer Dienst, Jugendpflege und Kindertagesstätten sowie die Offene Jugendeinrichtung Ostheim beteiligten.

Es wurden unterschiedliche Projekte für Jugendliche durchgeführt und langfristig ein Jugendcafe in den Räumen der Ev. Kirchengemeinde eingerichtet. In der Winterberger Strasse werden die Hausaufgabenhilfe und der Spielenachmittag und in der Kindertageseinrichtung die Elterngesprächskreise fortgeführt.

Seit September 2006 führt der Caritasverband im Rahmen des LOS-Programms das Projekt „Merheimer engagieren sich für Jugend“ durch. Hierbei handelt es sich um die Gewinnung von Mentoren, die Jugendliche im Übergang Schule / Beruf begleiten, unterstützen und fördern.

### **Sachstand zum 30.04.2008:**

Nach längerer Pause wurde der AK „Runder Tisch Jugendarbeit“ Merheim im Herbst 2007 reaktiviert. Ziel ist nach wie vor die Verbesserung der Angebote für Kinder und Jugendliche. Z. Zt. Werden mehrere Projektideen auf ihre Umsetzbarkeit geprüft.

### **Sachstand zum 31.03.2010**

Aktuell ist vor Ort die Bereitstellung einer Wohnung durch die GAG im Gespräch, in der verschiedene soziale Projekte umgesetzt werden sollen. Nähere Absprachen hierzu finden im Juli 2010 statt.

Die Evangelische Kirchengemeinde Merheim-Brück beschäftigt seit ca. einem Jahr eine Jugendarbeiterin, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten versucht, die Jugendlichen zu erreichen.

**Beschluss-Nr. 291**

**Sitzung vom 13.12.2005, TOP 7.1.9** (zuständige Dienststelle: 48)

**Aufbereitung des alten Kalker Friedhofs**  
**Antrag der CDU-Fraktion**

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Grabsteine auf dem alten Kalker Friedhof an der Kapellenstraße wieder so hergerichtet werden können, dass sie weiterhin erhalten bleiben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Alter Sachstand:**

Auf dem alten Kalker Friedhof befinden sich ca. 15 historische Grabanlagen, die sich aus Grabsteinen, Inschriftentafeln und Einfassungen zusammensetzen.

Grundsätzlich besteht Instandsetzungsbedarf, da ein Teil der Grabsteine (aus Weichgestein) verwittert, ein weiterer Teil (aus Hartgestein und aus mehreren Teilen bestehend) auseinandergefallen ist und weiterhin Grabeinfassungen, die aus dem Lot geraten sind.

Die historischen Objekte sind grundsätzlich restaurierbar.

Die Grabmale aus Weichgestein müssten von einem Fachbetrieb demontiert, zur weiteren Bearbeitung (Konservierung und Ergänzungsarbeiten) in die Werkstatt transportiert und abschließend auf neuen Fundamenten am historischen Ort wieder aufgebaut werden.

Die Grabsteine aus Hartgestein können vor Ort zusammengesetzt werden, verbunden mit eventuellen kleineren Ergänzungsarbeiten. Die Einfassungen müssen mit neuen Punktfundamenten neu verlegt werden. Fehlende Teilstücke sollten im gleichen Material ergänzt werden.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Der Sachstand ist aufgrund einer längeren Erkrankung des zuständigen Sachbearbeiters unverändert.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Es hat zwischenzeitlich ein Sachbearbeiterwechsel stattgefunden. Die zuständige Mitarbeiterin befindet sich noch in der Einarbeitungsphase. Die Prüfung der Angelegenheit steht auf der Agenda.



**Beschluss-Nr. 292**

**Sitzung vom 13.12.2005, TOP 7.1.10** (zuständige Dienststelle: 66)

**Ausschilderung der Zufahrt zur Autobahn von der Kalker Hauptstraße  
Antrag der CDU-Fraktion**

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob nach der Neugestaltung des CFK-Geländes die Kalk-Mülheimer Straße entlastet werden kann und der Verkehr durch entsprechende Beschilderung um das Polizeipräsidium herum zur Autobahn geleitet werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

**Alter Sachstand:**

Die Führung zur Autobahn auf der Kalker Hauptstraße wird – entsprechend dem Antrag der CDU-Fraktion – geändert. Der Vorgang befindet sich zurzeit in Bearbeitung. Mit der Realisierung ist Mitte November 2006 zu rechnen.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Die Neubeschilderung der Kalker Hauptstraße/Olpener Straße befindet sich zurzeit in der Ausführung; d.h. momentan werden die Wegweiser und Aufstellvorrichtungen produziert. Mit der endgültigen Realisierung der Maßnahme ist Ende Juli zu rechnen.

**Sachstand zum 31.03.2010:**

Die Neubeschilderung der Kalker Hauptstraße/Olpener Straße ist abgeschlossen und die Verkehrsführung zur Autobahn verläuft jetzt über den Walter-Pauli-Ring/Straße des 17.Juni.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*

**Beschluss-Nr. 300**

**Sitzung vom 11.05.2006, TOP 7.1.1** (zuständige Dienststelle: 66)

**Zweirichtungsverkehr für Fahrradfahrer in Köln-Höhenberg**  
**Antrag der CDU-Fraktion**

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, in welchen Einbahnstraßen im Bereich der Tempo 30-Zone zwischen Germaniastraße, Stadtautobahn, Frankfurter Straße, Fuldaer Straße, und Olpener Straße für Fahrräder das Fahren gegen die Fahrtrichtung erlaubt werden kann.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimme des Einzelvertreters Herrn Kirchner (NPD) zugestimmt.

**Alter Sachstand:**

Entsprechend der geänderten Vorgehensweise zur Einführung von Tempo 30-Zonen (s. Mitteilung zur Sitzung am 21.09.2006) werden in erster Priorität die neuen Zonen eingerichtet. Die Bearbeitung der Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr in den bestehenden Tempo 30-Zonen erfolgt im Rahmen der Optimierung der Zonen gegebenenfalls erst nach der Umsetzung aller Tempo 30-Zonen u. a. auch in Köln-Höhenberg enthalten sind, abgearbeitet. Zurzeit kann keine Aussage bezüglich des Umsetzungstermins gemacht werden.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Kein neuer Sachstand.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Kein neuer Sachstand.

**Beschluss-Nr. 309**

**Sitzung vom 20.06.2006, TOP 7.2.6 (zuständige Dienststelle: 51)**

**Initiative für Kinder in bedrohlichen Situationen  
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Der Jugendhilfeausschuss wird gebeten zu prüfen, ob ein Aktionsprogramm zum Schutz und zur schnellen Hilfe für Kinder in bedrohlichen Situationen in Köln zu realisieren ist. Dieses soll an die Programme anderer Kommunen, wie z.B. der „Guten Fee“ in Stuttgart, angelehnt sein. Es wird darüber hinaus gebeten, die Möglichkeit eines zeitnahen Modellversuchs in Kalk zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: Bei Enthaltung des Einzelvertreters Herrn Kirchner (NPD) einstimmig beschlossen

**Alter Sachstand:**

Stellungnahme zur Sitzung vom 21.09.2006:

Dem JHA wurde die Stellungnahme der Fachverwaltung am 22.08.2006 zur Kenntnis gegeben. Aus Sicht der Jugendverwaltung sollte dieses Projekt ähnlich wie in Stuttgart modellhaft in einem Stadtbezirk (z.B. Kalk) durchgeführt werden. In die Umsetzung sollten verlässliche und seriöse Partner wie Vorsitzende von Interessengemeinschaften und den Innungen eingebunden werden. Stellungnahme der Fachverwaltung und Auszug aus dem Entwurf des JHA wurde der BV zur o.a. Sitzung vorgelegt.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Auf Grund mangelnder Kooperationspartner sieht die Verwaltung zurzeit keine Möglichkeit der Umsetzung.

**Sachstand zum 31.03.2010**

Notinsel / Aktion Gute Fee

Bezüglich des Projektes „Notinsel“/„Die Gute Fee“, gab es auch in Köln Ansätze zur Realisierung, welche sich jedoch letztendlich nicht umsetzen ließen. In Kalk konnte das Projekt nicht vorangetrieben werden und demzufolge auch nicht stattfinden. Die Idee war schwierig umzusetzen, da dies zum einen Menschen benötigt, die vor Ort konkret wirken und zum anderen auch finanzielle Mittel aufzuwenden sind. Anfragen zur Mitwirkung z.B. an den Kinderschutzbund, an ein Familienzentrum und die Interessensgemeinschaft Immobilienbesitzer blieben erfolglos. U.a. wurde das Konzept vor Ort von vielen Akteuren sehr kritisch bewertet. Aus diesen Erfahrungen erscheint das Konzept für ein effektives Hilfs- und Schutzangebot an Kinder- und Jugendliche in Köln wenig zielführend.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Beschluss-Nr. 311**

**Sitzung vom 24.08.2006, TOP 7.2.3 (zuständige Dienststelle: 02-8)**

**Hundekotbeutel im Stadtbezirk  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen ihrer Testphase ebenfalls in dem neu zuschaffenden Bürgerpark auf dem ehemaligen CFK-Gelände Hundekottütenautomaten aufzustellen. Dabei ist es erwünscht, die Mithilfe der örtlich ansässigen Unternehmen (z. B. die KölnArcaden), des Bürgervereins und der zukünftigen Anlieger zu erwirken. Diese könnte etwa in einem Sponsoring von Hundekottütenautomaten bestehen.

Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Einzelvertreterin Frau Wirtz (FDP) mehrheitlich zugestimmt.

**Alter Sachstand:**

Grundsätzlich ist die Testphase von Automaten für Hundekotbeutel, die durch die AWB durchgeführt wird, abzuwarten. Erst nach Ablauf dieses Versuchs und bei positivem Auswertungsergebnis wäre zu klären, ob auch in Grünanlagen Kottütenspenden aufgestellt und wie diese finanziert werden können.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Kein neuer Sachstand.

**Sachstand zum 31.07.2010:**

Aufgrund des Beschlusses des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 26.05.2008 sowie des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen vom 03.11.2008 wurde eine Kooperationsvereinbarung mit den Abfallwirtschaftsbetrieben der Stadt Köln abgeschlossen, mit der Zielrichtung, eine flächendeckende Einführung von Hundekottütenspendern zu realisieren.

Die AWB hat gemeinsam mit den Bürgerämtern unter Beteiligung der Bezirksvertretung Kalk zunächst die nachfolgend aufgeführten ersten zehn Standorte im Stadtbezirk Kalk abgestimmt:

Ostheim

Frankfurter Straße/Ostheimer Straße (nordwestliche Seite)

Vingst

Ostheimer Straße (Zuweg zur Grünanlage bzw. zur Schule GGS Heßhofstraße)

### Gremberg

Taunusstraße/Gremberger Straße (am Marktplatz)  
An der Pulvermühle (Höhe Zugang zum Luna-Park)

### Kalk

Kalker Hauptstraße vor dem Bezirksrathaus  
Ottmar-Pohl-Platz (im Bereich der Halle Kalk)  
Eythstraße/Remscheider Straße  
Vorsterstraße (Eingang zum Bürgerpark)

### Neubrück

An St. Adelheid/Weismantelweg (Markt)  
Heinrich-Lersch-Straße (an der Grünanlage)

Die Stadtteile Vingst und Höhenberg wurden noch nicht berücksichtigt, da in diesen beiden Stadtteilen aufgrund von Privatinitiativen (HöVi-Land) schon zahlreiche Spender vorhanden sind.

Nach einer Testphase werden der Bezirksvertretung auch für die Stadtteile, die jetzt noch nicht berücksichtigt werden konnten (z.B. Rath/Heumar, Merheim, Brück) Standortvorschläge unterbreitet. Auch die Betreuung der Standorte in den Stadtteilen Vingst und Höhenberg soll die AWB zu einem späteren Zeitpunkt übernehmen.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*

**Beschluss-Nr. 313**

**Sitzung vom 24.08.2006, TOP 7.2.5 (zuständige Dienststelle: 23)**

**Wegeverbindung Am Sonnenhut und Olpener Straße  
Antrag der SPD-Fraktion**

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Schaffung der Rechtsgrundlage die benötigten Flächen soweit notwendig zu erwerben und die Wegeverbindung erschließungsbeitragspflichtig herzustellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**Alter Sachstand:**

Der Stadtentwicklungsausschuss hat am 18.01.2007 die Offenlage des Bebauungsplanentwurfes Madausstraße/2. Änderung beschlossen. In diesem Entwurf ist die öffentliche Wegeverbindung, wie von der Bezirksvertretung Kalk gewünscht, vorgesehen. Erst nach Rechtskraft des Bebauungsplanes kann mit dem Grundstückseigentümer über den Ankauf der Wegefläche verhandelt werden.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Die 2. Änderung des Bebauungsplanes, in dem die öffentliche Wegeverbindung, wie von der Bezirksvertretung Kalk gewünscht, vorgesehen ist, ist seit dem 27.06.2007 rechtskräftig.

Derzeit ist die Liegenschaftsverwaltung dabei, die erforderlichen Grundstücke zu erwerben.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Straßenbauverwaltung hat die Liegenschaftsverwaltung Mitte Januar 2008 beauftragt, für die genannte Planungsumsetzung das notwendige Straßenland zu erwerben.

Nachdem die erforderlichen Stellungnahmen der Fachdienststellen und das Ergebnis der Bewertung vorlagen, wurde dem Eigentümer am 08.08.2008 ein Kaufangebot unterbreitet. Als Alternative zum Kauf wurde auch ein Grundstückstausch angeboten. Der Eigentümer war bisher aber nicht bereit, einem Verkauf bzw. einem Tausch zuzustimmen.

Er begründete seine Entscheidung mit dem Hinweis auf ein schwebendes Verfahren vor dem OVG Münster, das sich gegen die Genehmigung des Planverfahrens richtet. Die vom Eigentümer beauftragte Rechtsanwältin wird den Stand des Verfahrens mitteilen.

Sobald das Ergebnis vorliegt, wird die Liegenschaftsverwaltung wieder mit dem Eigentümer die Verhandlungen zum Verkauf bzw. Tausch aufnehmen.

Der Ausgang der Verhandlungen ist derzeit aber noch offen.

Möglicherweise ist die Einleitung eines Enteignungsverfahrens zu prüfen.

**Beschluss-Nr. 314**

**Sitzung vom 24.08.2006, TOP 7.2.6 (zuständige Dienststelle: 61)**

**Bebauungsplan im Bereich Wasserblech in Köln – Rath Heumar**

**Antrag der CDU – Fraktion**

**Ersetzungsantrag der Fraktionen CDU und SPD**

***Nummer 3 offen, sonst erledigt***

1. Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung, bei Bauanträgen im o. a. Bereich die Spielräume des Bebauungsplanes so eng wie möglich auszulegen, um das vorhandene Siedlungsbild so einheitlich wie möglich zu bewahren.

Abstimmungsergebnis: Gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich zugestimmt

2. Weiter wird die Verwaltung gebeten, zu prüfen, durch welche Maßnahmen im Rahmen des bestehenden Bebauungsplanes (z. B: durch Festlegung der Geschossflächenzahl, der Traufhöhen, der Dachneigungswinkel, der Anzahl der Wohneinheiten) der Charakter der Siedlung erhalten werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3. Die Verwaltung wird gebeten, zu gegebener Zeit – spätestens jedoch nach Ablauf von drei Jahren – der Bezirksvertretung Köln-Kalk über die gesammelten Erfahrungen zu berichten.

Abstimmungsergebnis: Bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich zugestimmt

### **Alter Sachstand:**

Der bestehende Bebauungsplan Nr. 77439/05 –Arbeitstitel: Im Wasserblech in Köln-Rath/Heumar- ist seit dem 16.07.1973 rechtsverbindlich. Er setzt ein „Allgemeines Wohngebiet (WA) mit offener Bauweise fest. Die Ausnutzung der Baugrundstücke wird durch die festgesetzte Geschossigkeit (II) in Verbindung mit den Baugrenzen und der Grundflächenzahl (GRZ) 0,2 hinreichend abgesichert.

Diese Festsetzungen sind relativ eng, lassen aber gewollte Spielräume in der städtebaulichen Entwicklung zu. Von einem einheitlichen Siedlungscharakter im strengen Sinne kann nicht gesprochen werden. Es gibt sowohl ein- als auch zweigeschossige Gebäude mit unterschiedlichen Grund- und Dachformen. Aber gerade dieses entspricht dem Charakter eines Wohngebietes in offener Bauweise ohne strenge Einengung. Eine strukturelle und behutsame Nachverdichtung im Rahmen der engen Baufelder, die bislang mehr oder weniger intensiv ausgenutzt wurden, ist durchaus erwünscht, da das Baugebiet mitten im Ortsteil Rath nicht weit von der Endhaltestelle der KVB-Linie 9 liegt.

Da ein einheitlicher Siedlungscharakter im engeren Sinne nicht gegeben ist, ist eine Modifizierung des Bebauungsplanes, durch gestalterische Festsetzungen von Dachneigungswinkel und Traufhöhen, nicht sinnvoll. Auch die Festsetzung einer Geschossflächenzahl (GFZ) ist nicht notwendig, weil die städtebauliche Aussage

bereits aus der Kombination der Geschossigkeit, der GRZ und den durch Baugrenzen umfahrenden Bauflächen festliegt.

Die Verwaltung wird auch gebeten auf die Einhaltung der Festsetzungen des Bebauungsplanes zu achten, um bauliche Auswüchse zu verhindern.

**Sachstand zum 30.04.2008 zum dritten Beschluss:**

Die Verwaltung wird Mitte 2009 einen Bericht über die gesammelten Erfahrungen vorlegen.

**Sachstand zum 31.03.2010 zum dritten Beschluss:**

Im Zeitraum von 2001 bis 2010 nahm das Stadtplanungsamt zu neun Bauanträgen Stellung. Von diesen wurden fünf abgelehnt, weil sie nicht den Festsetzungen des Bebauungsplans entsprachen, zwei zur Kenntnis genommen, da sie städtebaulich nicht zu vertreten, aber keine planungsrechtliche Ablehnung möglich war und zwei positiv beurteilt. Aus den vorliegenden Fällen ergibt sich kein Änderungsbedarf, der alte Sachstand hat weiterhin Bestand.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem dritten Punkt des Beschlusses erledigt.*



**Beschluss-Nr. 317**

**Sitzung vom 21.09.2006, TOP 7.2.3** (zuständige Dienststelle: 23)

**Nutzung der Fläche neben der DB-Trasse an der Germaniastraße in Köln  
Höhenberg**

**Antrag der SPD-Fraktion**

1. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Wiese zwischen der Germaniastraße und den Gleisen der DB in Köln-Höhenberg in eine Parkplatzfläche für die Besucherinnen und Besucher des Höhenbergbades umgewandelt werden kann

Abstimmungsergebnis: Zugestimmt bei Gegenstimmen

2. Im Bereich vor dem Bad ist zu prüfen, ob die bestehende Haltemöglichkeit für Busse verbessert werden kann.

Abstimmungsergebnis: Bei Enthaltung von Einzelvertreterin Frau Sobania (pro Köln) einstimmig beschlossen

3. die zuständigen Ausschüsse im Rat der Stadt Köln mögen sich mit der Sache beschäftigen.

Abstimmungsergebnis: Bei Enthaltung von Einzelvertreterin Frau Sobania (pro Köln) einstimmig beschlossen.

Herr Bezirksvorsteher Dohm lässt über den gesamten Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: gegen den Einzelvertreter Herrn Kirchner sowie bei Enthaltung von Frau Sobania (pro Köln) und Frau Diemer (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) mehrheitlich beschlossen.

**Alter Sachstand:**

Für die in der BV angesprochene Grünfläche östlich der DB-Trasse besteht der Bebauungsplan Nr. 71459/03. Nach den Festsetzungen des B-Planes kann das Grundstück einer baulichen Nutzung (MI) zugeführt werden. Angesichts der städt. Haushaltssituation ist eine Vermarktung des Grundbesitzes auf der Grundlage des B-Planes beabsichtigt. Dies schließt eine Mindernutzung als PKW-Parkplatz aus.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Die o. g. Stellungnahme wird wie folgt ergänzt:

Die durchgeführte Modernisierung des Höhenberger Bades erfordert baurechtlich keine zusätzlichen Stellplätze für Besucher des Bades. Die Bäder GmbH als Betreiber des Bades hält zusätzliche Parkplätze für das Bad nicht für erforderlich und hat entsprechend auch keinen Kauf- oder Mietantrag für die angesprochene Fläche an das Amt für Liegenschaften gerichtet.

Sollte kurzfristig ein solcher Antrag der Bäder GmbH noch bei der Liegenschaftsverwaltung eingehen, würde eine Entscheidung des

Liegenschaftsausschusses herbeigeführt, ob das städtische Grundstück entweder als Parkplatzfläche für die Badnutzer oder – auf der Grundlage des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes – zur Bebauung mit einem Wohn-/Bürogebäude genutzt werden soll.

Sollte in absehbarer Zeit kein Kauf-/Mietantrag der Bäder GmbH eingehen, wird die Liegenschaftsverwaltung das Ziel verfolgen, das Grundstück entsprechend der Bebauungsplanausweisung als Baugrundstück zu vermarkten.

### **Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Liegenschaftsverwaltung ist weiterhin mit der Stadtwerke Köln GmbH, die die KölnBäder GmbH vertritt, zur Nutzung des Grundstückes in Verhandlung. Es wird von den Stadtwerken weiterhin die Meinung vertreten, dass die vorhandenen Besucherparkplätze des Höhenberger Bades ausreichen und daher vorgeschlagen, dass die Stadt Köln diese Fläche selbst als Parkplatz ausbaut. Unabhängig davon wird jedoch auch um Vorlage eines Kaufangebotes und Stellplatzplanes gebeten, um prüfen zu können, ob bei einer eigenen Parkraumbewirtschaftung durch die KölnBäder nicht doch noch einem Ankauf zugestimmt werden könnte. Ein Kaufangebot wird den Stadtwerken in den nächsten Tagen übersandt.

Die Liegenschaftsverwaltung hat zusätzlich geprüft, ob als Alternative auch eine Bebauung mit einem Wohn/Bürogebäude möglich ist. Die Prüfung hat ergeben, dass sich die Fläche nicht für eine Wohnbebauung eignet. Wegen der das Grundstück unterfahrenden U-Bahn sind nicht nur Abstandsflächen für eine Bebauung zu berücksichtigen, sondern es ist zusätzlich mit Lärm und Erschütterungen zu rechnen. Darüber hinaus wird das gesamte Areal durch den direkt westlich angrenzenden Verschiebebahnhof Köln-Kalk und den benachbarten Gewerbebetrieb beeinträchtigt. Inwieweit das Areal für eine Gewerbenutzung geeignet ist, muss noch geprüft werden.

Derzeit wird geprüft, ob die brachliegende Fläche den Stadtentwässerungsbetrieben Köln, befristet bis zum 31.12.2010, für eine Baustelleneinrichtung verpachtet werden kann. Für die bevorstehende, umfangreiche Kanalsanierung der Germaniastraße stehen sonst keine geeigneten Ausweichflächen zur Verfügung. Eine weitere Vermarktung der Fläche wird durch eine befristete Verpachtung aber nicht beeinträchtigt.

**Beschluss-Nr. 318**

**Sitzung vom 21.09.2006, TOP 7.2.4 (zuständige Dienststelle: 02-8)**

**Ausstattung mit Sitzbänken im Stadtteil Kalk, insbesondere auf der Kalker Hauptstraße**

**Antrag der SPD-Fraktion**

Mit Hilfe von Sponsoren ist zu überlegen, wo im o. g. Bereich sowie im Stadtgarten das Aufstellen von neuen Bänken sinnvoll ist.

Abstimmungsergebnis: bei Enthaltung von Frau Diemer (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sowie Herrn Demirel (Die Linke.PDS) einstimmig beschlossen.

**Alter Sachbestand:**

Im Jahr 2006 hat der Bürgerverein Kalk der Stadt Köln Bänke gespendet, die in Zusammenarbeit auf der Kalker Hauptstraße aufgestellt wurden. Leider kann die Verwaltung die Suche nach weiteren Sponsoren nicht übernehmen. Sofern der Bezirksvertretung Kalk jedoch Sponsoren bekannt sind, wird das Amt für Straßen und Verkehrstechnik gerne an der Auswahl und Prüfung der Standorte mitwirken.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Aus Sicht der Verwaltung wurde die Berichterstattung mit dem o. g. Sachstandsbericht bereits abgeschlossen.

**Sachstand zum 31.12.2009**

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss nach wie vor erledigt.

**Neue Wege in der Kalker Drogenpolitik beschreiten  
Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Gemeinsamer Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion und der Vertreterin der FDP  
Gemeinsamer Ersetzungsantrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die  
Grünen sowie der Einzelvertreterin Frau Wirtz (FDP)**

Es ist eine gesicherte Erfahrung aus 15 Jahren Kölner Drogenpolitik, dass niederschwellige Einrichtungen wie Kontaktcafés mit ärztlicher Beratung, offenen Gesprächsangeboten und Spriztentausch notwendig sind. Diese Einrichtungen müssen dort angesiedelt sein, wo die Drogenabhängigen erreichbar sind. Sie sind gleichzeitig ein Instrument dafür, die Nutzerinnen und Nutzer zu stabilisieren und in die Gesellschaft zu reintegrieren. Nicht gesellschaftskonformes Verhalten wird dadurch oftmals minimiert.

Vor diesem Hintergrund beschließt die Bezirksvertretung Kalk:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu untersuchen, wie sich die Arbeit der Kontaktstelle des Junkie-Bundes in den letzten Jahren angesichts der beschriebenen Aufgabenstellung entwickelt hat. Dabei ist auch zu prüfen, inwieweit der Ausbau der Öffnungszeiten, verbesserte Zusammenarbeit mit der Nachbarschaft und noch stärkere Aktivierung der Klientel für öffentliche Belange erreicht werden kann. Die finanziellen Konsequenzen erweiterter Aufgabenstellung sind darzustellen.
2. Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt die Verwaltung, für die Einrichtung eines niederschweligen Drogenhilfe- und Beratungsangebotes einen besser geeigneten Standort zu suchen, der für die Drogenabhängigen des Stadtteils erreichbar ist, um die bisherige Einrichtung in der Taunusstraße bald möglichst dorthin zu verlagern. Die Einrichtung sollte finanziell so ausgestattet werden, dass die bisherigen Öffnungszeiten und Angebote deutlich ausgeweitet werden können.
3. Die Arbeit der bereits tätigen Arbeitsgruppen in Humboldt/Gremberg, wie der Kriminalpräventive Rat und die Dialogrunde in Form einer Ordnungspartnerschaft ist zu intensivieren. Die dort bereits erzielten und die künftigen Ergebnisse sowohl im jugend- als auch im sozialpolitischen und im ordnungsrechtlichen Bereich sind weiterhin umzusetzen, insbesondere auch mit dem Ziel:
  - der Verzahnung und Intensivierung lokaler Präventionsarbeit (z.B. Schulsozialarbeit, unterrichtlichen Aufklärung)
  - der Möglichkeit des flexiblen Einsatzes eines Ambulanzbusses
  - durch die erhöhte Anwesenheit von Ordnungskräften im Viertel Straftaten im öffentlichen Raum vorzubeugen und zu verfolgen und den Bürgern damit auch das Gefühl von Sicherheit wiederzugeben, insbesondere
  - Eindämmung der Prostitution
  - Bekämpfung von Eigentumsdelikten, insbesondere Einbruch und Diebstahl
  - Bekämpfung der Belästigung und Bedrohung von Anwohnern

- Gegenüber Dealern darf es keine Toleranz geben
- den öffentlichen Drogenhandel und – konsum unter anderem durch die Verhängung von Platzverboten etc. zu verhindern
- eventuellen Sichtschutz durch Rückschnitt von Gehölzen und ähnlichen Maßnahmen zu entfernen, um den Drogenkonsum im öffentlichen Raum zu erschweren
- Abbau von Gefährdungssituationen insbesondere von Kindern, wobei es vor allem um die Verhinderung und Vermeidung des Herumliegens von Spritzen geht
- verstärkte Beobachtung von und ggf. Intervention gegen Örtlichkeiten und Einrichtungen, die Raum für Kriminalität bieten
- stärkere Ausübung des Hausrechts durch KVB und DB und Schwerpunktkontrollen , um den Raum für Drogenhandel und Drogentourismus einzudämmen
- Verbesserung der Ausleuchtung des Kinderspielplatzes Taunusstraße

Die Bevölkerung ist in geeigneter Form von den Maßnahmen und über städtische und polizeiliche AnsprechpartnerInnen zu unterrichten.

#### 4. Analyse und Verbesserung der Wohn- und Wohnumfeldsituation

Eine weitere Konzentration von Problemgruppen muss auch durch eine veränderte Zuweisungspraxis in städtische Wohnungen verhindert werden, um mittelfristig eine ausgewogene Bevölkerungsmischung zu erreichen. Dazu muss die Wohnsubstanz in öffentlich geförderten Wohnungen und das Wohnumfeld verbessert werden.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend die Einrichtung eines rechtsrheinischen für die Kalker Szene gut erreichbaren Gesundheitsraumes/Drogenkonsumraumes an einem geeigneten Standort zu prüfen. Der Gesundheitsraum/Drogenkonsumraum soll in eine niederschwellige Einrichtung zur Drogenhilfe mit Beratung zum Ausstieg und der Möglichkeit zur medizinischen Versorgung eingebettet werden. Die Erfahrungen mit dem Betrieb des ersten Kölner Gesundheitsraumes/ Drogenkonsumraumes am Hauptbahnhof sind in die Planungen einzubeziehen. Die haushaltsmäßigen Auswirkungen sind angesichts der Haushaltsplanberatungen kurzfristig darzustellen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, der Bezirksvertretung Kalk über das bestehende gesamtstädtische Konzept zur Drogenhilfe und –prävention regelmäßig zu berichten und darzulegen, ob sich angesichts der aktuellen Problemlage in Humboldt/Gremberg weiterer Handlungsbedarf ergibt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

### **Alter Sachstand:**

#### Zu 1.

Die Verwaltung hat gemeinsam mit dem Junkie-Bund dessen Arbeit der letzten Jahre und die Erreichung bestimmter Zielgruppen analysiert. Daraufhin wurde vom Junkie-Bund in Abstimmung mit der Gesundheitsverwaltung eine verbesserte Betriebskonzeption entwickelt. Die künftige Aufgabenstellung des Junkie-Bundes

wurde durch die zusätzlich in den Haushalt eingestellte Fördersumme von weiteren 50.000,- € finanziell abgesichert.

#### Zu 2.

Dezernat V hat gemeinsam mit dem Träger Junkie-Bund einen besser geeigneten Standort zur Verlagerung der Einrichtung aus der Taunusstraße gesucht. Verhandlungen mit einem potenziellen Vermieter sind derzeit noch nicht abgeschlossen.

#### Zu 3.

Die Arbeitsgruppen haben ihre Arbeit in regelmäßiger Form fortgesetzt. Darüber hinaus hat Dezernat V einen kontinuierlichen Dialog mit der Bürgerinitiative aufgenommen.

#### **Sachstand zum 30.04.2008:**

Die Verwaltung hat die sozialen und wohnungsbezogenen Strukturen in Humboldt/Gremberg analysiert. In Gesprächen mit der GAG als der größten Vermieterin von öffentlich geförderten Wohnungen im Stadtteil wurden Überlegungen angestellt, mit welchen Maßnahmen die Aufwertung des Stadtteiles unterstützt werden kann.

Insbesondere die bereits begonnene Sanierung des Häuserbestandes in der Odenwaldstraße, Rolshover Straße, Nassauer Straße und Wattstraße mit ca. 350 Wohnungen wird zu einer wesentlichen Verbesserung der Wohnsubstanz und des Wohnumfeldes beitragen.

Zu den Aufgaben des Ordnungsdienstes der Stadt Köln gehört es, auf der Grundlage der Kölner Straßenordnung gegen störendes Verhalten in der Öffentlichkeit vorzugehen. Grundsätzlich findet die Kölner Straßenordnung ihre Anwendung auf allen Flächen im Kölner Stadtgebiet, die tatsächlich dem öffentlichen Verkehr dienen. Nach § 12 der Kölner Straßenordnung ist störendes Verhalten in der Öffentlichkeit untersagt, das geeignet ist, andere zu gefährden, mehr als nach den Umständen vermeidbar zu behindern oder zu belästigen sowie Sachen zu beschädigen, insbesondere durch

- wiederkehrende Ansammlung von Personen, von denen Störungen ausgehen, wie z. B. Verunreinigungen, Belästigungen von Passanten, etc.,
- Störungen in Verbindung mit Alkoholkonsum (z. B. Verunreinigungen, Grölen, Belästigung von Passanten, Gefährdung anderer durch herumliegen lassen von Flaschen,
- Verrichtung der Notdurft,
- Benutzung als Lager- oder Schlafplatz und
- Lärmen, das geeignet ist, die Allgemeinheit, die Nachbarschaft oder Einzelne zu belästigen, z. B. durch Rufen, Schreien, sonstigen Erzeugen überlauter Geräusche.

Aufgrund der bekannten Beschwerdelage war der Ordnungsdienst – in enger Abstimmung mit der zuständigen Polizeiwache – zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten unterwegs. Zur Überwachung der Situation erfolgten die Einsätze teilweise gemeinsam durch Außenkräfte des Ordnungsdienstes und der Polizei; In diesem Zusammenhang werden Kontrollen auch in ziviler Kleidung durchgeführt. Im Bereich des Stadtteiles Humboldt/Gremberg (Taunusplatz, Taunusstraße,

Humboldtpark) und des Unmittelbaren Umfeldes der Haltestelle Kalker Post werden seit dem Jahr 2006 sehr intensiv Überwachungen des öffentlichen Raumes durchgeführt.

Werden bei ordnungsbehördlichen Kontrollen Personen angetroffen, die gegen die genannten Vorschriften verstoßen, werden Maßnahmen zur Beendigung der Störung eingeleitet und regelmäßig Platzverweise gegen die störenden Personen erteilt. Die Kontrollen des Ordnungsdienstes erfolgen – je nach Beschwerdelage und eigenen Feststellungen – in unregelmäßigen Abständen und zu unterschiedlichen Tageszeiten.

Im Rahmen der Ordnungspartnerschaften werden die Überwachungen oftmals mit weiteren Sicherheitspartnern (KVB-Sicherheitsdienst, Bundespolizei, Gesundheitsamt – Drogenkoordination usw.) durchgeführt, um die Ursachen für das störende Verhalten nachhaltig analysieren zu können und geeignete, abgestimmte Maßnahmen durchführen zu können. Des Weiteren wurden zur Verbesserung der Situation in der Vergangenheit zahlreiche Gespräche zwischen verschiedenen städtischen Dienststellen (Grünflächenamt, Ordnungsdienst, Gesundheitsamt usw.) sowie externen Partnern (Polizei, KVB usw.) geführt, der Ordnungsdienst steht auch weiterhin als Ansprechpartner für die Problematik zur Verfügung.

Die Verfolgung und Ahndung von Eigentumsdelikten, Drogenhandel und Bedrohungen obliegen dem Zuständigkeitsbereich der Polizei, da es sich hierbei um Straftaten handelt.

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass Beschwerden und Feststellungen über störendes Verhalten in der Öffentlichkeit – insbesondere im Umfeld von Anlagen des öffentlichen Personennachverkehrs – in den letzten Jahren ständig zunehmen. Die Personalstärke des Ordnungsdienstes reicht jedoch nur dazu aus, um Problemlagen schwerpunktmäßig zu bearbeiten; eine ständige Präsenz an neurologischen Punkten kann nicht gewährleistet werden.

Grundsätzlich haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit bei Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die Leitstelle des Ordnungs- und Verkehrsdienstes der Stadt Köln telefonisch unter 0221/221-32000 bzw. die zuständige Polizeiwache telefonisch zu informieren. Im Rahmen der personellen Verfügbarkeiten erfolgt dann eine Überprüfung der Beschwerden vor Ort. Sollten hierbei Verstöße festgestellt werden, die eine Ordnungswidrigkeit bzw. Straftat darstellen, werden die Personalien der Betroffenen aufgenommen, geeignete Maßnahmen zur Beendigung der angetroffenen Störung und zur Ahndung eingeleitet.

Der Beschluss ist hinsichtlich der Zuständigkeit des Ordnungsdienstes umgesetzt.

Die Kontaktstelle des SKM u. V. Köln bietet Aufklärungsveranstaltungen in Schulen an. Darüber hinaus bestehen Angebote der Suchtprävention (Informationsveranstaltungen und Fortbildungsangebote) für die gesamte Stadt, u. a. für Köln-Kalk. Aus Kapazitätsgründen werden vorwiegend Multiplikatoren geschult.

Die Suche nach geeigneten Räumen für den Junkie-Bund ist inzwischen abgeschlossen. Diese Einrichtung wird in Kürze von der Taunusstraße in die Neuerburgstraße umziehen.

### **Sachstand zum 31.12.2009:**

Bereits zum Stand 30.04.2008 wurde ein umfangreicher Sachstandbericht zu dem Beschluss der Bezirksvertretung abgegeben.

Neue Sachstände haben sich seit dieser Zeit nicht mehr ergeben, ausgenommen der Tatsache, dass der Junkie-Bund (heute Vision e.V.) am 01.10.2008 die neuen Räumlichkeiten in der Neuerburgstraße in Köln-Kalk bezogen hat.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*



**Beschluss-Nr. 322**

**Sitzung vom 12.12.2006, TOP 7.2.1** (zuständige Dienststelle: 669)

**Wiedereinführung der Einbahnstraßenregelung in den Straßen Marbergweg und Auf dem Kitzberg  
Antrag der CDU-Fraktion**

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob es möglich ist, die Straßen Auf dem Kitzberg beginnend ab Einmündung Kuthstraße (Vingster Hof) und Marbergweg endend an der Sibeliusstraße wieder als Einbahnstraßen zu führen, um die Verkehrssituation zu entschärfen.

Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen der CDU – Fraktion, der Einzelvertreter Herrn Kirchner (NPD) sowie Frau Sobania (pro Köln) gegen die Stimmen der Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie dem Einzelvertreter Herrn Demirel (Die Linke.Köln) mehrheitlich zugestimmt.

**Alter Sachstand:**

Die Einrichtung der Einbahnstraße wird zurzeit geprüft.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Bezüglich der Wiedereinführung der vor Jahren auf Wunsch der Anlieger aus verkehrssicherheitlichen Gründen (zu hohe Geschwindigkeiten mangels Begegnungsverkehr) abgeschafften Einbahnstraßenregelung haben mehrere Ortstermine mit den Vertretern des Verkehrsdezernates und der Polizei zu verschiedenen Tageszeiten stattgefunden. Hierbei konnten keine Gründe festgestellt werden, die eine Änderung der jetzigen Regelung erforderlich machen würden. Darüber hinaus sind keine Verkehrsunfälle, -gefährdungen oder Beschwerden von den dortigen Anwohnern bekannt. Sowohl die Polizei als auch die Verwaltung lehnen eine Änderung der jetzigen Verkehrsführung somit ab.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Sachstand zum 31.12.2009**

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss nach wie vor erledigt.

**Beschluss-Nr. 323**

**Sitzung vom 12.12.2006, TOP 7.2.2** (zuständige Dienststelle: 02-1)

**Einrichtung des Projekts „Mobile Bürgerdienste“ im Stadtbezirk Kalk  
Antrag der SPD–Fraktion**

1. Die Verwaltung möge bezüglich des Standortes prüfen, ob im Stadtbezirk ein Pilotprojekt organisiert werden kann.
2. Sachlich soll die Verwaltung bei der Konzeption des Projektes die Erfahrungen anderer Städte wie Dortmund und Berlin berücksichtigen sowie dafür sorgen, dass keine unnötigen Hürden für Seniorinnen und Senioren bei der Umsetzung errichtet werden wie bei der Zahlung für Produkte (Ermöglichung der Barzahlung)
3. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR) im Rat möge sich mit diesem Antrag befassen.

Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen der Fraktionen CDU und SPD sowie der Einzelvertreter Herr Kirchner (NPD) und Frau Sobania (pro Köln) gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung des Einzelvertreters Herrn Demirel (Die Linke.PDS) mehrheitlich beschlossen.

**Alte Sachstände:**

**Stellungnahme vom 07.12.2006:**

Das Projekt Mobile Bürgerdienste hat das Ziel, im Rahmen eines Testes bis Jahresende die Machbarkeit mobiler Verwaltungsdienstleistungen zu prüfen. In diesem Zusammenhang wurde auf der Basis einer ausgewählten Produktpalette aus den Meldehallen ein Terminplan zur Testung bis Jahresende erstellt. Hierbei ist vorgesehen, in allen Meldehallen und Bezirksrathäusern Praxistests durchzuführen. Hinsichtlich weiterer möglicher Standorte erfolgen Verwaltungsinterne Abstimmungen mit den Leitungen der Bezirksbürgerämter. Zwar ist die Vielzahl der dabei vorgeschlagenen Standorte in der Kürze des vorgesehenen Testzeitraumes leider nicht realisierbar, aber weitere Sparvorschläge werden von der Verwaltung gerne aufgenommen. Bei der Konzeption Mobiler Bürgerdienste der Stadt Köln wurde auf die Erfahrungen einiger anderer Städte und Gemeinden zurückgegriffen. Für die hiesige Vorgehensweise haben alle dabei festgestellten positiven wie negativen Aspekte Berücksichtigung gefunden. Die Machbarkeit der Barzahlungen wird seitens der Verwaltung geprüft.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Das Projekt Mobile Bürgerdienste befindet sich weiter in technischen Tests. Für die Auswahl zusätzlicher Standorte ist es nach wie vor zu früh. Sobald ein Projektstand erreicht wird, in dem über weitere Standorte entschieden werden kann, erfolgt eine entsprechende Information. Im Übrigen wird jedoch auf das Konzept zur Optimierung des Bürgerservice in den Stadtbezirken verwiesen. Danach ist ausdrücklich vorgesehen, diesen Service künftig auch dezentral anzubieten.

### **Sachstand zum 31.03.2010:**

Im Rahmen der Überlegungen wie Service und Dienstleistungen in Köln noch bürgerfreundlicher werden können, testete die Verwaltung mobile Angebote. Inzwischen werden erfolgreich und mit großer Nachfrage regelmäßig Termine mit den Sozialbetrieben Köln durchgeführt. Das Angebot beinhaltet ca. 50 Produkte aus dem Meldewesen wie z.B. An-, Ab- und Ummeldungen, Personalausweis- und Reisepassausstellung, Beglaubigungen, Anschriftenänderung. Darüber hinaus werden die mobilen Bürgerdienste im Studierendenservice an der Uni Köln eingesetzt.

Die Beschaffung von weiteren drei Koffern mit Hardware für die mobilen Bürgerdienste ist angestrebt. Noch ungeklärte technische Rahmenbedingungen bei der Einführung des neuen Personalausweises (nPa) verzögern die Beschaffung der mobilen Technik. Bis zur Klärung, wie die notwendige mobile Technik die Sicherheitsanforderungen des nPa erfüllen kann, muss die Beschaffung ausgesetzt werden.

Weitere Standorte und Einsätze der mobilen Bürgerdienste werden mit der fortschreitenden Realisierung des Konzeptes zur Optimierung des Bürgerservice in den Stadtbezirken umgesetzt.

**Beschluss-Nr. 327**

**Sitzung vom 12.12.2006, TOP 7.2.7 (zuständige Dienststelle: 40)**

**Mitwirkung der Bezirksvertretungen bei der Wahl der Schulleitungen durch die Schulkonferenzen**

**Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Der Schulausschuss wird gebeten, seine im Rahmen der von § 61 Schulgesetz n. F. eingeräumten Kompetenz, einen/eine stimmberechtigte VertreterIn zur Wahl der Schulleitung in die jeweilige Schulkonferenz sowie drei nicht-stimmberechtigte VertreterInnen zu entsenden, für die Grundschulen auf die jeweiligen Bezirksvertretungen zu übertragen. Die Verwaltung soll einen einheitlichen Verfahrensvorschlag für alle BV erarbeiten.

Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters Herrn Demirel (Die Linke.PDS) gegen die Stimmen der Einzelvertreter Herrn Kirchner (NPD) und Frau Sobania (pro Köln) mehrheitlich beschlossen.

**Alter Sachstand:**

Die Verwaltung hat den Beschluss der Bezirksvertretung Kalk aufgegriffen und wird dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung für seine Sitzung vom 12.03.2007 folgendes empfehlen:

„Bei der Novellierung der Zuständigkeitsordnung erhalten die Bezirksvertretungen das Recht, ein stimmberechtigtes Mitglied und bis zu drei beratende Mitglieder in die Schulkonferenz von in ihrem Bereich liegenden Grundschulen zu entsenden, um dort das Recht aus § 61 Abs. 2 Schulgesetz auszuüben. Weiter wird das Vetorecht gem. § 61 Abs. 4 Schulgesetz für den Bereich der Grundschulen auf die Bezirksvertretung übertragen.“

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Kein neuer Sachstand.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Kein neuer Sachstand.

**Beschluss-Nr. 328**

**Sitzung vom 01.02.2007, TOP 7.2.1** (zuständige Dienststelle: 02-8/0)

**Möblierung des Gehwegs im Bereich Kalker Hauptstraße/Vietorstraße  
Antrag der CDU-Fraktion und der Einzelvertreterin Frau Wirtz (FDP)  
Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

1. Die auf dem Fußweg der Kalker Hauptstraße 101 a/b befindlichen Werbeträger (Litfaßsäule, Stadtplan) sind an einen neuen Ort zu versetzen.
2. Die Einfassung und die Sturzsicherung des U-Bahn-Abgangs ist in gleicher Weise zu gestalten wie an den Köln Arcaden befindliche U-Bahn-Abgang.
3. Der Höhenversatz im Fußweg ist kurzfristig aus Verkehrssicherungsgründen zu beseitigen.
4. Die Beleuchtung des Fußweges im Innenbereich des neuen Block Vietorstraße/Kalker Hauptstraße/Kalk-Mülheimer Straße ist herzustellen.

Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

5. Die Verwaltung wird gebeten, alternative Verkehrsführungen für die Ecke Vietorstraße/ Kalker Hauptstraße zu entwickeln und der BV zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zu Punkt 5:

Bei der Entwicklung der alternativen Verkehrsführung ist eine aktive Bürgerbeteiligung erforderlich. Die unmittelbaren Anwohner, Einzelhändler sowie die Förderschule Vietorstraße (Der kleine Prinz) sind in die Planungen einzubinden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

**Zu 1.**

Hierzu hat die Verwaltung in der Sitzung am 10.05.2007, TOP 7.2.1, abschließend Stellung genommen.

**Zu 2.**

Grundsätzlich kann die Einfassung und die Absturzsicherung des U-Bahn-Abgangs östlich der Vietorstraße in gleicher Weise gestaltet werden wie der Abgang westlich der Vietorstraße.

Da zurzeit aus baulichen Gründen kein Anlass zur Umgestaltung besteht, sondern eine Umgestaltung lediglich aus städtebaulichen Gründen durchgeführt werden würde, werden in diesem Zusammenhang keine finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt.

Der Abgang an den Köln Arcaden wurde im Zusammenhang mit dem Neubau der Köln Arcaden umgestaltet bzw. erneuert.

Zu 3.

Anhand der Planungsunterlagen aus dem Jahr 1974 muss davon ausgegangen werden, dass der Höhenversatz im Gehweg nicht beseitigt werden kann, da es sich dabei um eine zusätzliche Verankerung der Betonbrüstung handelt. Sollte zu gegebener Zeit, wie bereits unter Punkt 2 erwähnt, die Brüstung abgebrochen werden, kann in diesem Zusammenhang auch der Höhenversatz beseitigt werden.

Zu 4.

Die Beleuchtung wurde wieder installiert.

Zu 5.

Eine andere Verkehrsführung an dieser Stelle ist aufgrund des hohen Fußgängerverkehrsaufkommens und des starken Kfz-Verkehrs nicht möglich. Die Einrichtung eines Kreisverkehrs ist aufgrund nicht ausreichender Leistungsfähigkeit ausgeschlossen.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*

**Sachstand zum 31.12.2009**

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss nach wie vor erledigt.*

**Beschluss-Nr. 330**

**Sitzung vom 01.02.2007, TOP 7.2.3** (zuständige Dienststelle: 66)

**Einrichtung von legalen Parkplätzen in der Steprathstraße in Köln-Kalk  
Antrag der SPD-Fraktion**

1. Die Verwaltung möge prüfen, inwiefern die Legalisierung von Parkplätzen im Bereich der Steprathstraße möglich ist.
2. Die Verwaltung wird gebeten darzustellen ob dazu bauliche Maßnahmen erforderlich sind oder ob Markierungsarbeiten erforderlich sind.
3. Falls bauliche Maßnahmen notwendig sein sollten, wird die Verwaltung gebeten, die Kosten zu ermitteln und der Bezirksvertretung einen Finanzierungsvorschlag zu unterbreiten und einen Zeitpunkt für die Umsetzung zu benennen.

Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der CDU-Fraktion und der Einzelvertreter Kirchner (NPD) und Sobania (pro Köln) mehrheitlich beschlossen.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Die Einrichtung von legalen Parkplätzen in der Steprathstraße ist zwischen den vorhandenen Beeten möglich. Aufgrund der Ausweisung als verkehrsberuhigter Bereich ist das Parken nur in gekennzeichneten Flächen erlaubt. Eine Markierung auf Pflaster ist nicht dauerhaft möglich, daher muss der Pflasterbelag in einigen Bereichen ausgetauscht werden. Die Verwaltung ermittelt derzeit die Kosten und wird die Maßnahme nach Sicherstellung der Finanzierung umsetzen.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Realisierung erfolgt schnellstmöglich nach Sicherstellung der Finanzierung.

**Beschluss-Nr. 331**

**Sitzung vom 22.03.2007, TOP 7.2.1 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Querungshilfe in der Rösrather Straße/Ecke Brück-Rather-Steinweg in Rath/Heumar  
Antrag SPD-Fraktion**

Die Verwaltung wird aufgefordert, eine geeignete Fußgängerquerung an der Kreuzung Rösrather Straße/Brück-Rather-Steinweg oder in nächster Nähe zu errichten.

Abstimmungsergebnis: Gegen die Stimmen der CDU – Fraktion und des Einzelvertreters Kirchner (NPD) mit den Stimmen der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie des Einzelvertreters Demirel mehrheitlich beschlossen.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Die Verwaltung prüft derzeit, mit welchen Mitteln die Querung für Fußgänger erleichtert werden kann. Die Ergebnisse werden der Bezirksvertretung Kalk kurzfristig vorgestellt.

**Sachstand zum 26.08.2008:**

Zu diesem Beschluss wurde bereits in der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am 26.08.2008, TOP 10.2.5, folgender Sachstand abgegeben:

Die Verwaltung plant im Verlauf der Achse Brück-Rather-Steinweg eine Querungshilfe zu errichten. Dabei soll die Furt für landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge gequert bzw. überfahren werden können. An beiden Inselkopfenden sollen Bäume gepflanzt werden, um einen Torcharakter zu erzielen. Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt nach Sicherstellung der Finanzierung bzw. wird entsprechend der Prioritätenliste realisiert.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Ausschreibung der Maßnahme ist vorbereitet. Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt nach Sicherstellung der Finanzierung bzw. wird entsprechend der Prioritätenliste realisiert.



**Beschluss-Nr. 335**

**Sitzung vom 10.05.2007, TOP 7.2.4 (zuständige Dienststelle: 67)**

**Aufstellung eines Müllbehälters am Grillplatz in Köln-Brück  
Antrag der CDU – Fraktion**

1. Die Verwaltung wird gebeten, am Grillplatz in der Flehbachau in Köln-Brück einen ausreichend dimensionierten Müllbehälter – zumindest in der Warmwetterphase – aufzustellen und regelmäßig zu leeren.
2. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wer entsprechenden in Beuteln gesammelten Müll, der neben überfüllten Müllbehältern abgestellt wurde, von dort mitnehmen kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Die Grillfläche wird zusätzlich zur AWB vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen in der Sommerzeit wöchentlich angefahren. Ein Müllbehälter ist aus Sicht des Amtes nicht empfehlenswert, da diese Fläche sonst als wilde Müllkippe genutzt werden würde.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*

**Sachstand zum 31.12.2009**

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss nach wie vor erledigt.*

**Beschluss-Nr. 336**

**Sitzung vom 10.05.2007, TOP 7.2.5 (zuständige Dienststelle: 66)**

## **Wildes Parken von LKW und Reisebussen im Bereich Neubrück**

### **Antrag der CDU-Fraktion**

### **Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion**

Antrag der CDU-Fraktion

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen (Markierungen, Kontrollen, Gespräche, zur Not ergänzende Beschilderung) das Parken an den Standorten Heinrich-Lersch-Straße zwischen Hausnummern 23 und 25 und Joseph-Gockeln-Straße/Rather Kirchweg zu regeln bzw. zu untersagen, soweit z. B. öffentliches Straßenland für gewerbliche Zwecke in Anspruch genommen wird.
2. Die Verwaltung wird weiter gebeten zu prüfen, inwieweit für ortsansässige Fahrer, die am Wochenende ihre Fahrzeuge im Bereich Neubrück abstellen wollen, entsprechende Bereiche ausdrücklich ausgewiesen werden können (z. B. Rather Kirchweg, Autobahnunterführung Merheim).

Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion:

Punkte 1 und 2 wie im Antrag angegeben.

3. Die Verwaltung wird gebeten, ihre Maßnahmen auch auf die Stadtteile Vingst und Humboldt/Gremberg auszudehnen und geeignete LKW – Plätze zu finden.

Abstimmungsergebnis: Dem Antrag der CDU-Fraktion mit den Änderungen der SPD-Fraktion wird einstimmig zugestimmt.

### **Sachstand zum 30.04.2008:**

Die Ausweisung von LKW-Parkplätzen ist nicht nur auf ein Köln-Brück beschränktes Problem, sondern ein bundesweites Anliegen, in das sich nach Kenntnisstand der Verwaltung bereits die Verkehrsminister des Bundes und der Länder eingeschaltet haben. Hier sind zunächst grundsätzliche Klärungen bzw. Planungen erforderlich.

### **Sachstand zum 31.12.2009:**

Kein neuer Sachstand.

**Beschluss-Nr. 337**

**Sitzung vom 10.05.2007, TOP 7.2.7 (zuständige Dienststelle: 40)**

**Bau einer Überdachung im Eingangsbereich der Sporthallen der Katharina-Henoth-Gesamtschule**

**Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen**

Die zuständigen Fachausschüsse werden gebeten, die Verwaltung mit entsprechenden Planungen zu beauftragen, um, auch wenn aus bautechnischen Gründen eine Überdachung direkt an den Sporthalleneingängen nicht möglich sein sollte, für die Schülerinnen und Schüler einen überdachten Bereich in der Nähe der Eingänge zu schaffen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Der Antrag wird noch geprüft.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

In der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am 10.12.2009 wurde unter TOP 9.1.9 die Anfrage der SPD-Fraktion vom 03.12.2007 zum thematisch gleichen Thema wie folgt beantwortet:

„Warum ist das zugesagte Vordach noch nicht errichtet worden?“

**Antwort der Verwaltung:**

Von der Schule bestand der Wunsch, im Eingangsbereich einen überdachten Verbindungsgang zwischen den Eingängen der alten und neuen Turnhalle zu schaffen. In diesem Bereich liegen umfangreiche Versorgungsleitungen. Der einzig mögliche Plan, eine ca. 20 qm große Seil- und Membrankonstruktion zu installieren, war für die Schule aufgrund der geringen Unterstellmöglichkeit unbrauchbar.

Eine weitere Planung wurde aus den vorgenannten Gründen nicht weiter verfolgt.

**Frage 2:**

Wann ist nunmehr voraussichtlich mit der Errichtung zu rechnen?

**Antwort der Verwaltung:**

Im Rahmen des jetzt geplanten Neubaus der Mensa wird geprüft, ob durch einen Anbau eine größere Unterstellmöglichkeit für die Schüler geschaffen werden kann.“

**Beschluss-Nr. 339**

**Sitzung vom 14.06.2007, TOP 7.2.2 (zuständige Dienststelle: 32)**

**Picknicker auf der Merheimer Heide und ihre besonderen Hinterlassenschaften  
Antrag der CDU – Fraktion**

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, wie durch geeignete Maßnahmen- z. B. Kontrollen durch den Ordnungsdienst, Aufstellung sogenannter „Dixie-Klos“, Absprachen mit Betreibern umliegender Gaststätten und Vereinsheimen oder Installation fester Toilettenanlagen – das missliche Problem, dass die Grillbesucher der Merheimer Heide den zur Wohnsiedlung Merheimer Heide hin gelegenen Grünstreifen zunehmend zur Verrichtung der Notdurft („kleine und große Geschäfte“) benutzen, beseitigt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Das große Besucheraufkommen und die Nutzung der Grünfläche als Grillplatz in der Merheimer Heide sind der Verwaltung bekannt. Die Fläche wurde und wird unter Berücksichtigung der personellen Verfügbarkeiten durch den Ordnungsdienst kontrolliert. Fehlverhalten (z. B. achtloses Grillgerät, Wildpinkler) werden konsequent geahndet. Bei warmen Temperaturen entstehen in vielen Grünanlagen des Kölner Stadtgebietes ähnliche Problemlagen; dies hat zur Folge, dass der Ordnungsdienst nicht dauerhaft im Bereich der Merheimer Heide präsent sein kann.

Aufgrund der derzeitigen Situation wird der Ordnungsdienst der Stadt Köln speziell entlang der Wohnsiedlung Merheimer Heide ordnungsbehördliche Kontrollen durchführen. Grundsätzlich wird es jedoch durch Kontrolltätigkeiten nicht möglich sein, die Geruchsbelästigung gänzlich zu verhindern.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Sachstand zum 31.12.2009**

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss nach wie vor erledigt.

**Beschluss-Nr. 340**

**Sitzung vom 14.06.2007, TOP 7.2.3** (zuständige Dienststelle: 02-8)

**Neuer Standort für die Freiwillige Feuerwehr in Köln-Brück  
Antrag der CDU-Fraktion**

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wo für die Freiwillige Feuerwehr in Köln-Brück ein neuer, geeigneter Standort gefunden werden kann.

Abstimmungsergebnis: Bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Mögliche neue Standorte für das Feuerwehrgerätehaus der Löschgruppe Brück werden zurzeit von der Verwaltung geprüft.

**Sachstand zum 31.07.2010:**

Der Gesundheitsausschuss hat am 16.03.2010 die Verwaltung beauftragt, im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 GO, den Standort Hovenstraße 38 - 42 für den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses der Löschgruppe Brück zu entwickeln und mit der Planung des Feuerwehrgerätehauses mit geschätzten Gesamtkosten von 1.100.000 € ( davon 80.000 € Planungskosten und 60.000 € Einrichtungskosten) zu beginnen.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*

**Beschluss-Nr. 346**

**Sitzung vom 13.09.2007, TOP 7.2.3** (zuständige Dienststelle: 67)

**Grünpflegemaßnahmen in Humboldt/Gremberg**  
**Antrag der SPD-Fraktion**

Die Verwaltung wird beauftragt

1. in der Grünfläche zwischen der Taunusstraße/ Gremberger Straße/Odenwaldstraße unverzüglich Pflegemaßnahmen durchzuführen.
2. an den Baumbeeten in der Odenwaldstraße zwischen der Gremberger Straße und der Taunusstraße sowie im Bereich der S-Bahnhaltestelle Trimbornstraße ebenfalls Pflegemaßnahmen durchzuführen (insbesondere Entfernung von wild wucherndem Unkraut)
3. in den derzeit nicht genutzten Baumbeeten in o. g. Bereich nach Möglichkeit neue Bäume zu pflanzen und
4. gemeinsam mit den örtlichen Vereinen, Initiativen und Geschäftsleuten zu überlegen, ob von dort Patenschaften für die regelmäßige Pflege von Grünflächen oder Baumbeeten in Humboldt/Gremberg übernommen und vermittelt werden können.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen mit der Änderung der CDU-Fraktion

**Sachstand zum 30.04.2008:**

zu 1.

Die Unterhaltungspflege läuft turnusmäßig.

zu 2.

Die Baumscheiben werden vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen 1-2 x im Jahr gepflegt.

zu 3.

In der laufenden Pflanzenperiode 2007/2008 sind in der angegebenen Bereich keine Baumpflanzungen vorgesehen. Für die nächste Pflanzenperiode 2008/2009 werden die Fehlstellen im Bereich Odenwaldstraße, Gremberger Straße und Taunusstraße mit hoher Priorität in das Baumpflanzprogramm aufgenommen. Es wird versucht, die Fehlstellen in der nächsten Pflanzenperiode zu beheben.

zu 4.

Gespräche mit örtlichen Vereinen bezüglich Patenschaften haben noch nicht stattgefunden.

### **Sachstand zum 31.12.2009 zu den Punkten 3. und 4.:**

*Die Berichterstattung zu den Punkten 1. und 2. ist aus Sicht der Verwaltung erledigt.*

#### Zu 3.

Die Fehlstellen im Bereich Odenwaldstraße, Gremberger Straße und Taunusstraße wurden bepflanzt.

Eine Fehlstelle im Bereich der S-Bahn Haltestelle Trimbornstraße wurde geschlossen, da die Baumscheibe zur Hälfte im Bereich eines Fußgängerüberwegs liegt und eine Laterne die andere Hälfte blockiert.

Im Jahr 2009 wurden in Humboldt/Gremberg 25 Bäume ersetzt. Im Frühjahr 2010 sind zwei weitere Ersatzpflanzungen in der Lüderichstraße vorgesehen.

#### Zu 4.

Die Eigentümer-Standort-Gemeinschaft (ESG) Taunusstraße hat es sich zur Aufgabe gemacht sich für die Verschönerung des Quartiers rund um die Taunusstraße zu engagieren. Die Mitglieder sprechen Bewohner und Geschäftsleute in der Taunusstraße an und bitten um Unterstützung und Mitpflege der Baumbeete, die die ESG im Frühjahr bepflanzen möchte.

*Aus Sicht der Verwaltung ist nunmehr die Berichterstattung zu diesem kompletten Beschluss erledigt.*

**Beschluss-Nr. 349**

**Sitzung vom 06.11.2007, TOP 7.2.2 (zuständige Dienststelle: 02-8)**

**Führung der KVB Buslinie 159 durch die Dillenburger Straße  
Gemeinsamer Antrag der CDU–Fraktion, SPD–Fraktion und der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen**

Bei der Neuplanung des Busnetzes im Teilraum Rechtsrheinisch-Nord soll die KVB-Buslinie 159 zwischen den Haltestellen Kalk Kapelle und Kalk Post in beiden Fahrtrichtungen nicht mehr über die Kalker Hauptstraße, sondern über die Dillenburger Straße und die Kapellenstraße geführt werden. Die beiden genannten Haltestellen sollen nicht verändert werden. An der Dillenburger Straße, Höhe Sozialamt/Kalk-Karree und an der Dillenburger Straße, Höhe Handwerkerhof (Nähe Kreisverkehr Kapellenstraße), sowie an der Kapellenstraße in Höhe Heinrich-Bützler-Straße/Seniorenstift sollen drei neue Haltestellen eingerichtet werden, und zwar jeweils für beide Fahrtrichtungen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

**Sachstand zum 30.04.2008:**

In der Sitzung der Bezirksvertretung am 17.04.2008 wurde die Beschlussvorlage „Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln; hier: Busnetz im Teilraum Rechtsrheinisch Nord“ behandelt; über die Wünsche der Bezirksvertretung entscheidet der Verkehrsausschuss voraussichtlich am 06.05.2008.

(Anmerkung: Der Verkehrsausschuss hat in seiner Sitzung am 02.06.2008 die genannte Beschlussvorlage u.a. mit folgender Ergänzung beschlossen:

Im Zusammenhang mit dem Umbau der Kreuzungen und Lichtsignalanlagen im Rahmen der geplanten Umgestaltung der Kalker Hauptstraße soll eine geänderte optimierte Linienführung der Buslinie 159 im Sinne des BV Kalk-Beschlusses vom 17.04.2008 mittelfristig realisiert werden.)

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Sachstand zum 31.12.2009**

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss nach wie vor erledigt.



**Beschluss-Nr. 350**

**Sitzung vom 06.11.2007, TOP 7.2.3 (zuständige Dienststelle: 40)**

**Städtische Immobilie Gräfenhof  
Antrag der CDU – Fraktion**

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob das städtische Grundstück „Gräfenhof“

1. zunächst als Ersatzstandort für ausgelagerte Klassenräume und
2. langfristig als Schulhofausgleichsfläche und Zufahrt für Rettungsfahrzeuge genutzt werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Der Antrag wird noch geprüft. Eine Auslagerung von Klassen käme im Zuge von Sanierungsmaßnahmen auch frühestens im Jahr 2009 in Betracht.

**Sachstand zum 31.07.2010:**

Zu 1.:

Derzeit ist die Grundstücksfläche als Baustelleneinrichtung für die Dauer der Generalinstandsetzung des Klassentraktes der Grundschule durch die Gebäudewirtschaft bis voraussichtlich zum Schuljahresbeginn 2011/2012 angemietet. Nach Abschluss der Anmietung wird das Grundstück an das Amt für Liegenschaften zurückgegeben. Auskünfte bezüglich der weiteren Nutzung des Grundstückes können nur seitens des Amtes für Liegenschaften erteilt werden.

Zu 2.:

Die Schulhoffläche der KGS Olpener Straße ist mehr als ausreichend groß; sie beträgt rd. 14 m<sup>2</sup> statt der geforderten 5 m<sup>2</sup> Sollwert pro Schüler. Eine breitere Zufahrt zum Schulgrundstück, die auch die Anforderungen als Feuerwehrezufahrt mit einer Mindestbreite von 3 m erfüllen würde, war aus baurechtlicher Sicht hier nicht gefordert, so dass eine erforderliche Mindestbreite der Einfahrt nicht einzuhalten war. Daher wurde die vorhandene Zufahrt als reine Pflegezufahrt nach Abstimmungen mit der Schule, der Schulverwaltung und dem Amt für Gebäudewirtschaft mit einer Breite von 2,50 m geplant.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Beschluss-Nr. 352**

**Sitzung vom 06.11.2007, TOP 7.2.5 (zuständige Dienststelle: 02-8)**

**Optimierung des Bürger- und Vereinsservices im Stadtbezirk Kalk  
Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen**

1. Die Verwaltung möge darstellen, welche Dienstleistungen in den einzelnen Stadtteilen vor Ort in Form eines sogenannten front-office angeboten werden können und welche Leistungen einer Bearbeitung in einem sogenannten back-office erledigt werden müssten. Dabei soll auch berücksichtigt werden, dass viele Menschen derzeit und künftig keinen oder nur einen erschwerten körperlichen und elektronischen Zugang zu den Dienstleistungen haben.
2. Die Verwaltung möge prüfen, inwieweit die Einrichtung einer regelmäßigen Ansprechbarkeit für die Vereine und Initiativen im Bereich des Bürgeramtes herbeigeführt werden kann.
3. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen im Rat der Stadt Köln möge sich ebenso mit diesem Antrag befassen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimme des Einzelvertreters Kirchner (NPD) beschlossen

**Sachstand zum 30.04.2008:**

zu 1.

Die Verwaltung hat inzwischen das Konzept „Optimierte Dienstleistung – im Bezirk und im modernen Europa“ erarbeitet, dass derzeit in den Gremien des Rates und der Bezirksvertretungen beraten wird.

zu 2.

In den Bürgerämtern ist prinzipiell nicht nur eine „regelmäßige“, sondern eine permanente Ansprechbarkeit für die Vereine und Initiativen gegeben. Im Rahmen ihrer ihnen vom Rat der Stadt Köln zugewiesenen Managementfunktion nehmen alle Bürgeramtsleitungen diese Aufgabe wahr, in vielen Fällen (z. B. bezirksbezogene Mittel) im Zusammenwirken mit dem Bezirksbürgermeister oder der Bezirksbürgermeistern und der Bezirksvertretung. Amtsintern ist die Aufgabe bei der Bürgerberatung angesiedelt; der Sportsachbearbeiter kümmert sich naturgemäß um die Anliegen der Sportvereine.

Wenn mit „regelmäßige Ansprechbarkeit“ eine Art Sprechstunde gemeint ist, muss davon nach bisheriger Erfahrung mit anderen Sprechstunden (z. B. Sprechstunde des Amtes für öffentliche Ordnung in den Bezirksrathäusern) eher abgeraten werden, da die Resonanz gering ist.

## **Sachstand zum 31.07.2010:**

### zu 1.

Am 25.09.2008 hat der Rat das Konzept „Optimierte Dienste – im Bezirk und im modernen Europa“ beschlossen.

Die Inhalte, die den Stadtbezirk Kalk bzw. das Bezirksrathaus in Kalk betreffen, wurden inzwischen größtenteils umgesetzt. Bis zum Ende des Jahres 2010 soll auch das Bezirksjugendamt, das seine Büroräume derzeit noch im Stadthaus Deutz hat, wieder im Bezirksrathaus Kalk untergebracht sein.

### zu 2.

Zu diesem Punkt wurde bereits mit Sachstand zum 30.04.2008 abschließend berichtet.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*

**Beschluss-Nr. 353**

**Sitzung vom 06.11.2007, TOP 7.2.7** (zuständige Dienststelle: 40 zu 3.)

**Verbesserung der Umgebung des Spielplatzes Weimarer Platz in Köln  
Höhenberg**

**Antrag der SPD-Fraktion:**

1. Die Verwaltung möge aufzeigen, welche Möglichkeiten existieren, eine angemessene Einfriedung für den Spielplatz Weimarer Platz herbeizuführen. Denkbar ist etwa eine kleine Mauer.
2. Die abgebauten Schaukeln sollen so schnell wie möglich wieder angebracht werden.
3. Die Verwaltung soll darstellen, inwiefern die Grünfläche vor der GGS Weimarer Straße sinnvoll genutzt werden kann. Dabei sollen vor allem die Ideen der Schülerinnen und Schüler der GGS Weimarer Straße mit einfließen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Die Kinder- und Jugendverwaltung nimmt hierzu wie folgt Stellung:

1. Die Kinder- und Jugendverwaltung sieht die Notwendigkeit einer angemessenen Einfriedung. Eine naturbelassene Einfriedigung ist aber aus Platzgründen nicht möglich. Unter Berücksichtigung der zu wahrenden Abstandsflächen und des Fallschutzes sowie angesichts knapper finanzieller Mittel werden derzeit Alternativen geprüft.
2. Die zwecks Reparatur abgebaute Vogelnestschaukel wurde mittlerweile wieder angebracht.
3. Für das Schulgrundstück vor der GGS Weimarer Straße besteht keine Verfügungsberechtigung seitens der Kinder- und Jugendverwaltung. Darüber hinaus stehen der Kinder- und Jugendverwaltung auch keine finanziellen Mittel für eine Ausstattung mit Spielgeräten zur Verfügung.

**Sachstand zum 31.12.2009 zu Punkt 3.:**

*(Die Berichterstattung zu den Punkten 1. und 2. wurde mit dem letzten Sachstandsbericht bereits abgeschlossen.)*

**Beschluss-Nr. 354**

**Sitzung vom 06.11.2007, TOP 7.2.8** (zuständige Dienststelle: 40 (26), 66)

## **Verbesserung der Verkehrssituation am Schulgebäude Vietorstraße 38 in Köln-Kalk**

### **Antrag der SPD-Fraktion**

Die Verwaltung wird gebeten, unter Beteiligung von Schulleitung und Schulkonferenz der Förderschule „Der kleine Prinz“ geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der verkehrlichen Situation im Bereich des Schulgebäudes Vietorstr. 38 zu entwickeln und diese der Bezirksvertretung Kalk zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

### **Sachstand zum 30.04.2008:**

Die Aufstellung der Verkehrszeichen (Achtung Kinder) auf der Vietorstraße im Bereich der Schule ist zwischenzeitlich erfolgt. Die Anlegung eines Fußgängerüberweges im Bereich der Einmündung Vietorstraße/Vorsterstraße wird im Zusammenhang mit der Umplanung bzw. dem Umbau dieser Einmündung im Zuge des Bürgerparks Köln-Kalk berücksichtigt. Erst nach erfolgtem Umbau im Kreuzungsbereich kann dort ein Fußgängerüberweg in Form eines Zebrastreifens angelegt werden. Die Absicherung des Schulzuganges durch ein Gitter unmittelbar in Höhe der Zufahrt zum Schulhof, welches nur bei Bedarf geöffnet wird, ist nicht möglich. Von der Schulleitung wurde darauf hingewiesen, dass die Schuleinfahrt nicht auf Dauer blockiert werden darf, da weiterhin Lieferverkehr, Lehrer und Handwerker sowie Rettungsfahrzeuge ungehindert Zufahrt zum Schulgelände haben müssen. Aus der Sicht der Verwaltung gibt es hier zur Verbesserung der Sicherheit für Schulkinder, die das Schulgelände verlassen zwei Möglichkeiten:

1. Die Einfahrt zum Schulhof wird durch das vorhandene Tor geschlossen und während der Schulzeit nur noch in Notfällen für Rettungsfahrzeuge geöffnet. Die Schüler betreten und verlassen das Schulgelände nur über die für diesen Zweck vorhandene (ebenfalls mit einem Tor versehene) Eingangstür rechts neben der Zufahrt zum Schulhof.
2. Der Zugang zum Schulgelände wird in die südliche Grundstückseinfriedung (unmittelbar an der öffentlichen Fußwegverbindung durch die Grünanlage zwischen Vietorstraße und Kalk-Mülheimer Straße) verlegt. Hierdurch wird ein direkter Zugang vom Schulgelände auf die Vietorstraße unterbunden.

### **Sachstand zum 31.12.2009:**

Der Fußgängerüberweg wurde baulich hergestellt. Die Markierung und die Beschilderung werden witterungsabhängig schnellstmöglich ergänzt.

**Beschlüsse-Nr. 355 und 356**  
**Sitzung vom 06.11.2007, TOP 7.2.10**  
**Sitzung vom 06.11.2007, TOP 7.2.11**

### **Verbesserung der Lebensqualität in Humboldt/Gremberg**

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristige, mittelfristige und langfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Humboldt/Gremberg zu ergreifen. Im Einzelnen sind hierzu folgende Maßnahmen umzusetzen:

*Kurzfristig* soll ein *Stadtteilbüro* in Humboldt eingerichtet werden, das mit einer oder mehrerer Ansprechpersonen mit im Hinblick auf die Aufgaben ausreichendem Beschäftigungsumfang ausgestattet ist.

Allgemein sind als *Aufgaben* des Stadtteilbüros festzulegen, dass

- a) die Funktion eines Ansprechpartners für die Sorgen und Nöte der BürgerInnen mit Mittlerfunktion in die zuständigen Fachverwaltungen hinein erfüllt,
- b) Teilfunktionen eines Stadtraummanagers insbesondere im Hinblick auf die Pflege des Grüns und die Verhinderung von Müllablagerungen im Stadtteil erfüllt werden, und
- c) *dass das Ziel besteht*, in Humboldt/Gremberg insbesondere im Bereich um die Taunusstraße das Instrument des *Housing Improvement District* (HID) zu nutzen...

Kurzfristig sollen von der/den Ansprechperson/en zur Erfüllung der Aufgabe 2a) die Vermittlung der BürgerInnen an bestehende Einrichtungen und die Fachverwaltung in sozialen Belangen, die Initiierung von gemeinsamen Projekten und Aktionen der BürgerInnen und Institutionen im Stadtteil sowie zur Erfüllung der Aufgabe 2b) die Aufnahme und Behebung von stadtgestalterischen Problemen im Wohnumfeld unter Einbeziehung der BürgerInnen realisiert werden. Hierbei sind die Ressourcen des Bürgeramtes Kalk mitzunutzen.

Mittelfristig ist zur Erfüllung der Aufgabe 2c) vom Stadtteilbüro der Prozess zur Installation eines HID voranzutreiben, indem es einen Kontakt zwischen Bürgerinnen und Bürgern, privaten und öffentlichen ImmobilienbesitzerInnen herstellt, die notwendigen Daten recherchiert, Moderationsaufgaben übernimmt und inhaltlich konzeptionelle Lösungen mit den o. a. Beteiligten für das HID erarbeitet. Dabei sind die Bedürfnisse der BürgerInnen einzubinden.

Die Stadt Köln soll die Finanzierung des Personals und der Räumlichkeiten für das Stadtteilbüro befristet für zwei Jahre beginnend mit dem Jahr 2008 übernehmen. Die dazu notwendigen Mittel sollen über den Veränderungsnachweis noch im Hpl. 2008 bereitgestellt werden. Ergebnis dieser Maßnahme soll es sein, eine Initiative zu gründen, die die Weiterführung des Stadtteilbüros und die weitere Umsetzung des HID`s übernimmt.

Eine Kooperation mit privaten Partnern zur zukünftigen Finanzierung des Stadtteilbüros und eine begleitende Evaluierung des Stadtteilbüros in Kooperation mit der Fachhochschule Köln und/oder anderen Forschungsinstitutionen soll angestrebt werden.

Die Akquisition von EU,- Bundes- oder Landesfördermitteln zur Weiterführung des Stadtteilbüros nach Ablauf der Befristung wird von der Verwaltung erwartet. Eine öffentliche Förderung zum Aufbau des Stadtteilbüros mit den oben ausgeführten Aufgaben ist anzustreben.

Die Bezirksvertretung Kalk begrüßt eine Unterstützung der Landesregierung NRW durch Aufnahme von Humboldt/Gremberg als Pilotprojekt zum HID.

Abstimmungsergebnis: Gegen die Stimme des Einzelvertreters Kirchner mehrheitlich beschlossen

### **Humboldt/Gremberg – Ein Stadtteil braucht Zukunft**

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie

1. eine Reduzierung der Belästigung der Anwohner um den Kalker Bahnhof durch Lärm, Gestank und Staub sowie der Fehlnutzung von öffentlichem Straßenland zu gewerblichen Zwecken (z.B. Abstellen von Containern) und
2. eine Reduzierung der Geruchsbelästigung der Anwohner im Bereich Poll-Vingster Straße/Aggerstraße erreicht werden kann.
3. Die Verwaltung wird zudem gebeten, die bestehenden Eigentums- und Nutzungsverhältnisse auf dem Gelände zwischen Odenwaldstraße und Bahnhofstrasse sowie zwischen Lüderichstraße und Poll-Vingster Straße zu ermitteln und der Bezirksvertretung – ggf. im nichtöffentlichen Teil – darzustellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

### **Sachstand zum 30.04.2008:**

Hierzu erfolgt ein separater Sachstandsbericht in Form einer Mitteilung in der Bezirksvertretung.

### **Sachstand zum 31.07.2010:**

Am 02.09.2008 hat zur Thematik „Verbesserung der Lebensqualität in Humboldt/Gremberg“ ein ausführliches Informationsgespräch mit den betroffenen Dienststellen der Stadt Köln stattgefunden, zu der alle Mitgliedern der Bezirksvertretung Köln eingeladen worden sind. In diesem Gespräch wurden alle Punkte aus dem in Rede stehenden Beschluss erörtert.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesen Beschlüssen aufgrund des genannten Informationsgespräches erledigt.*

**Beschluss-Nr. 357**

**Sitzung vom 06.11.2007, TOP 7.2.12** (zuständige Dienststelle: 66)

**Verbesserung der verkehrlichen Situation in Humboldt/Gremberg  
Gemeinsamer Ersetzungsantrag**

1. Das Teilstück Odenwaldstraße zwischen Rolshover Straße und Poll-Vingster Straße möge mittels geeigneter Maßnahmen verkehrszuberuhigen sein, z.B. durch alternierendes Parken.
2. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit auf der Rolshover Straße an der Kreuzung Gremberger Straße in Fahrtrichtung Poll eine Beschilderung vorgenommen werden kann, die Fahrern, die links abbiegen wollen anzeigt, dass sie geradeaus weiterfahren sollen und auf der Höhe der Aral-Tankstelle eine Wendemöglichkeit nutzen sollen, die noch auf dem Asphalt aufgemalt werden müsste.
3. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie der Verkehr auf der Zufahrt zur Mülldeponie im Gremberger Wäldchen sicherer geregelt werden kann (z.B. durch Geschwindigkeitsbegrenzung und Markierung auf der Fahrbahn), zudem möge die Verwaltung sicherstellen, dass der LKW-Verkehr von und zur Müllstation im Gremberger Wäldchen nur über die Zufahrt unter dem Autobahnzubringer geführt wird und nicht durch die bewohnten Straßen Aggerstraße und Roddergasse erfolgt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Die Verwaltung prüft zurzeit den Sachverhalt und wird spätestens zum nächsten Halbjahresbericht eine Stellungnahme abgeben.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Zu 1.

Die Planung ist abgeschlossen. Unter Voraussetzung der Finanzierung wird die Markierung schnellstmöglich umgesetzt.

Zu 2.

Die Einrichtung einer Wendefahrt auf der Rolshover Straße ist nicht möglich.

Zu 3.

Sperrungen von Straßen sind nur mit der Ausnahme „Anlieger frei“ möglich. Die Mülldeponie ist Anlieger im Sinne der StVO. Ein Verbot für die Müllfahrzeuge ist daher nicht möglich.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*



**Beschluss-Nr. 358**

**Sitzung vom 11.12.2007, TOP 7.2.1 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Fußgängerbereich auf dem Fockerweg in Köln Rath/Heumar  
Prüfantrag der CDU-Fraktion**

Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung zu prüfen, durch welche Maßnahmen den Fußgängern auf dem Fockerweg mehr Sicherheit geboten werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Der Ausbau des Fockerweges ist im Erschließungsprogramm vorgesehen, sobald die dafür erforderliche Änderung des Bebauungsplanes rechtskräftig ist. Eine vorübergehende Sicherung des Fußgängerverkehrs mit geeigneten Mitteln ist nicht möglich.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Umsetzung des Beschlusses ist für das Jahr 2010 vorgesehen.

**Beschluss-Nr. 359**

**Sitzung vom 11.12.2007, TOP 7.2.2** (zuständige Dienststelle: 02-8)

**Wilde Müllkippe unter und an der Autobahnbrücke Gewerbegebiet  
Broichstraße**

**Prüfantrag der CDU-Fraktion:**

Die Verwaltung und die Fachverwaltung werden aufgefordert, unter Einbeziehung aller Beteiligten, insbesondere des Landesbetriebes Straßen NRW, der AWB, der KVB AG, der Polizei und Feuerwehr und eventuellen Privaten, Gespräche zu führen mit dem Ziel, Möglichkeiten zu finden, wie eine weitere Nutzung des Geländes unter der Autobahnbrücke Gewerbegebiet Broichstraße und der angrenzenden Grünflächen als „Wilde Müllkippe“ wirksam verhindert werden kann. Hierbei ist insbesondere zu prüfen, inwieweit die bestehenden Zufahrtsmöglichkeiten sowohl über die bestehenden Rad- und Fußwege als auch durch das Gewerbegebiet abgesperrt bzw. neu geregelt werden können.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Bei einem Ortstermin am 14.02.2008 hat die Verwaltung die nachstehenden Maßnahmen festgelegt:

1. Die zwischen der Olpener Straße und den ersten beiden Pfeilern der Autobahnbrücke abgekippten Erdwälle werden zu den Seiten hin aufgeschüttet, so dass eine Zufahrt nicht mehr möglich und somit ein weiteres Abkippen von Erdreich in diesen Bereich ausgeschlossen ist.
2. Damit der nördliche Bereich der Fläche nicht mehr angefahren werden kann, werden zwischen den beiden dort befindlichen Pfeilern der Autobahnbrücke und vor dem ersten Pfeiler aus Richtung Broichstraße gesehen entsprechend große Findlinge postiert.
3. Der vor der Fläche parallel zur Autobahn verlaufende Rad- und Gehweg wird nördlich der Broichstraße entweder mit einem Drängelgitter oder Absperrpfosten versehen, damit eine Zufahrt auf die Fläche auch von diesem Weg aus verhindert wird.
4. Der vorhandene Müll soll im Rahmen des Litterings durch die AWB beseitigt werden.

Die o. g. Maßnahmen zu den Ziffern 1 und 4 wurden inzwischen ausgeführt. Mit der Erledigung der noch offenen Punkte wird in Kürze gerechnet.

**Sachstand zum 31.07.2010:**

Die Maßnahmen zu den Ziffern 2 und 3 wurden inzwischen ausgeführt.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*

**Beschluss-Nr. 361**

**Sitzung vom 11.12.2007, TOP 7.2.5 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern auf dem Alten Deutzer Postweg in Ostheim**

**Antrag der SPD-Fraktion**

Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung und die zuständigen Ausschüsse noch vor Ausbau der Straße Alter Deutzer Postweg als Umgehung von Köln-Ostheim die Komplettierung des Rad-Fuß-Weges auf der Nordseite des Alten Deutzer Postweges vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich mit 16 Stimmen (CDU – Fraktion, SPD – Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke.Köln) gegen 2 Stimmen (pro Köln, NPD) zugestimmt.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Die Verwaltung hat eine Verkehrszählung mit Geschwindigkeitsmessung in Auftrag mitgegeben. Nach Vorlage der Ergebnisse werden Alternativen geprüft.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Das zum Bau einer durchgehenden Rad-/ und Gehwegverbindung notwendige Planungsrecht wird im Zusammenhang mit der Erstellung des B-Plans Waldbadviertel hergestellt.

**Beschluss-Nr. 362**

**Sitzung vom 11.12.2007, TOP 7.2.7 (zuständige Dienststelle: 02-8)**

**Bebauung des Grundstücks Ecke Frankfurter Straße/Höhenberger Straße  
(derzeitiger Bauhof der Stadt Köln)**

**Antrag der SPD-Fraktion:**

Der Stadtentwicklungsausschuss und der Ausschuss Bauen und Wohnen werden gebeten, die Verwaltung zu beauftragen,

1. die Voraussetzungen für eine Verlegung des Bauhofes vom bisherigen Standort in Höhenberg zu schaffen und
2. die planerische Voraussetzungen für die Errichtung von Wohnbebauung mit Ein- und Mehrfamilienhäusern auf dem derzeit als Bauhof genutzten Grundstück Ecke Frankfurter Straße/Höhenberger Straße zu schaffen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei einer Enthaltung (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) zugestimmt.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Die Verwaltung in der Sitzung am 11.12.2007, TOP 10.2.2, zu dem Antrag Stellung genommen; eine weitere Mitteilung zu dieser Thematik wurde in der Sitzung am 28.02.2008, TOP 10.2.6, vorgelegt.

Die Prüfung der Verwaltung für einen neuen Standort zur Verlagerung der städtischen Dienststellen ist noch nicht abgeschlossen.

**Sachstand zum 31.07.2010:**

Das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen und das Amt für Straßen und Verkehrstechnik haben die Gebäudewirtschaft beauftragt, mögliche Standorte für einen neuen gemeinsamen Betriebshof zu suchen und zu analysieren, da ein Standort im linksrheinischen Köln in den nächsten Jahren aufgegeben werden muss.

Im Zuge dieser Untersuchung wird die Möglichkeit einer Zentralisierung auf einem großen Betriebshof für das gesamte Stadtgebiet und damit auch die Aufgabe des Betriebshofes Frankfurter Straße in Mülheim geprüft.

**Beschluss-Nr. 363**

**Sitzung vom 24.01.2008, TOP 7.2.4 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Neubrücker Ring in Höhe der Hochhäuser Brück  
Antrag des Einzelvertreters Kirchner (NPD) vom 08.01.2008  
Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion vom 21.01.2008**

Die Verwaltung wird beauftragt, auf dem Rather Kirchweg aus Fahrtrichtung Neubrück kommend hinter der Einmündung Zufahrt Hochhäuser Hans-Schulten-Straße ein Hinweisschild Tempo 30 an dem gleichen Schildermast anzubringen, an dem auch die erneute Anordnung Überholungsverbot angebracht ist.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich mit 13 Stimmen (CDU - Fraktion, SPD – Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) gegen 2 Stimmen (NPD, pro Köln) zugestimmt.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Die Ergänzung der vorhandenen Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h ist angeordnet und wird in Kürze ausgeführt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Das Verkehrszeichen wurde installiert.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Beschluss-Nr. 364**

**Sitzung vom 24.01.2007, TOP 7.2.5 (zuständige Dienststelle: 40)**

**Erweiterung des Außengeländes der Förderschule „Der kleine Prinz“ durch die umliegenden Grünstreifen**

**Gemeinsamer Antrag der CDU–Fraktion, SPD–Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.01.2008**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob das Außengelände der Förderschule „Der kleine Prinz“ um die angrenzenden, hinter dem Gelände liegenden kleinen Grünflächen erweitert werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Der Antrag wird noch geprüft.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Schule hat den Grünstreifen Ende 2009 zum Schulgrundstück erhalten.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*

**Beschluss-Nr. 366**

**Sitzung vom 24.01.2008, TOP 7.2.8 (zuständige Dienststelle: 02-8)**

**Temporäre und dauerhafte Unterbringung des Musical Dome auf dem CFK-Gelände**

**Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.01.2008**

**Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion vom 24.01.2008**

1. Beschluss:

Die Fraktionen in der Bezirksvertretung 8 bitten den Oberbürgermeister, die zuständigen Verwaltungsstellen und Ausschüsse sowie den Rat, sich dafür einzusetzen, dass

A: der Musical Dome für die Übergangszeit auf dem Grundstück westlich des Polizeipräsidiums am Walter-Pauli-Ring errichtet wird.

Abstimmungsergebnis: Mit 9 Ja-Stimmen (CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) gegen 5 Nein-Stimmen (SPD-Fraktion, NPD) und 1 Enthaltung (pro Köln) zugestimmt.

2. Beschluss:

Die Fraktionen in der Bezirksvertretung 8 bitten den Oberbürgermeister, die zuständigen Verwaltungsstellen und Ausschüsse sowie den Rat, sich dafür einzusetzen, dass

B: das ursprünglich für das „Urban-Entertainment-Center“ vorgesehene Grundstück als dauerhafter Standort für das Musical bereitgestellt wird.

Abstimmungsergebnis: Mit 10 Ja-Stimmen (CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, pro Köln) gegen 1 Nein-Stimme (NPD) und 4 Enthaltungen (SPD-Fraktion) zugestimmt.

3. Beschluss:

Die Fraktionen in der Bezirksvertretung 8 bitten den Oberbürgermeister, die zuständigen Verwaltungsarbeiten und Ausschüsse sowie den Rat, sich dafür einzusetzen, dass

C: der S-Bahn-Haltepunkt „Deutzer Feld“ spätestens zu Beginn der möglichen Musical-Veranstaltungen eingerichtet wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung der SPD-Fraktion zugestimmt.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Zu den Punkten A und B hat die Verwaltung in der Sitzung am 17.04.2008, TOP 10.2.3, abschließend Stellung genommen; da die endgültige Entscheidung über den Musicalstandort noch nicht vorliegt, kann zu Punkt C noch keine Stellungnahme erfolgen.

**Sachstand zum 31.07.2010:**

Zu den Punkten A und B wurde bereits mit Sachstand 30.04.2008 abschließend Stellung genommen.

Zu Punkt C gibt es derzeit keinen neuen Sachstand.



**Beschluss-Nr. 368**

**Sitzung vom 28.02.2008, TOP 7.2.2 (zuständige Dienststelle: 02-8)**

**Barrierefreier Zugang an der KVB-Haltestelle in Vingst  
Antrag der CDU-Fraktion vom 11.02.2008**

Die Verwaltung wird gebeten, sich mit der KVB in Verbindung zu setzen und auf die Umsetzung der Installierung einer Rampe zwischen Bahnsteig und Rolltreppe an der KVB-Haltestelle in Köln-Vingst hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Enthaltung des Einzelvertreters Kirchner (NPD) zugestimmt.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Am 11.06.2008 hat der Verkehrsausschuss über weitere Prioritäten bei Aufzugseinbauten und Bahnsteiganhebungen entschieden. Die Haltestelle Vingst wird danach erst in mehreren Jahren Aufzüge erhalten können, da andere Haltestellen vorrangig ausgerüstet werden. In einem ersten Schritt sollen Rampen zwischen Fahrtreppen und Bahnsteigen eingebaut werden.

**Sachstand zum 31.07.2010:**

In der ersten Jahreshälfte 2010 wurden beide Bahnsteige mit einer Rampe versehen, so dass beim Benutzen der Haltestelle keine Stufen mehr zu überwinden sind.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Beschluss-Nr. 369**

**Sitzung vom 17.04.2008, TOP 7.2.2 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Sanierung des Rad- und Fußweges in der Straße „Am Grauen Stein“ in Humboldt/Gremberg**

**Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 20.03.2008**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 17.04.2008**

1. Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt aufgrund der vorliegenden Stellungnahme die Verwaltung, den Fuß- und Radweg in der Straße „Am Grauen Stein“ vor den Häusern Nummer 3 und 5 zu sanieren, möglichst ohne dass ein Schaden an den Straßenbäumen entsteht. Sie nimmt zur Kenntnis, dass die Ausführung verfahrenstechnisch erst ab Sommer 2008 realisierbar ist.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie der Fußweg und der Radweg in der Straße „Am Grauen Stein“ vor den Häusern Nummer 6 bis 14 saniert werden kann, möglichst ohne dass ein Schaden an den Straßenbäumen entsteht. Ferner bittet die Bezirksvertretung Kalk um eine Mitteilung, in welchem Zeitraum eine Sanierung erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

3. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie vernünftige Anschlüsse an die vorhandenen Radwege in der Straße „Am Grauen Stein“ realisiert werden können, soweit sie auf dem Gebiet der Stadt Köln liegen. In diese Prüfung ist auch die Anbindung an die Kreuzung Gremberger Straße/Taunusstraße selber aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Der Beschluss wurde in das Arbeitsprogramm der Verwaltung aufgenommen. Die kleineren Sanierungen erfolgen kurzfristig. Die Prüfung der Anschlüsse erfolgt langfristig.

**Sachstand zum 06.11.2008:**

Zu diesem Beschluss wurde bereits in der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am 06.11.2008, TOP 10.2.2, folgender Sachstand abgegeben:

Die Verwaltung teilte zunächst am 17.04.2008 (1678/2008) mit, dass aufgrund der Vergaberichtlinien mit einer Beseitigung der Schäden im Radweg nicht vor Ende Juli/Anfang August 2008 zu rechnen ist.

Ein weiterer Ortstermin ergab, dass eine punktuelle Sanierung im Bereich zwischen Östlichem Zubringer und Westerwaldstraße nicht zweckmäßig ist; vielmehr ist eine Generalinstandsetzung des gesamten Bereichs sinnvoll. Grundlage der Generalinstandsetzung wäre eine Überplanung des

Straßenabschnitts, um eine Verbesserung der Parksituation und des Radverkehrs zu erzielen.

Für die Planung sind bereits Bestandsunterlagen beim Amt für Liegenschaften und Kataster angefordert worden. Mit einer Ausführung ist nun erst Mitte 2009 zu rechnen. Der zunächst mitgeteilte Termin kann daher nicht eingehalten werden. Da sich die Schäden durch Wurzeln überwiegend im Radweg Richtung Gremberger Straße befinden, wurde als erster Schritt zur Gefährdungsbeseitigung hier die vorhandene Radwegbeschilderung provisorisch abgedeckt und durch ein Zusatzschild „Radwegschäden“ ergänzt. Hierdurch wird dem Radfahrer freigestellt, auch die Fahrbahn zu benutzen.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Planung ist abgeschlossen. Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt voraussichtlich im Jahr 2010.

**Beschluss-Nr. 371**

**Sitzung vom 17.04.2008, TOP 7.2.7** (zuständige Dienststelle: 69)

**Darstellung der Funktionsfähigkeiten von Aufzügen und Rolltreppen im ÖPNV  
Antrag der SPD – Fraktion vom 21.03.2008**

1. Die Verwaltung möge mit jeweiligen Begründungen darstellen, welche Haltestellen, Haltepunkte und Bahnhöfe im Stadtbezirk Kalk dem Grundsatz der Barrierefreiheit uneingeschränkt Rechnung tragen und welche nicht.
2. Darüber hinaus soll aufgezeigt werden, wie häufig die Aufzüge und Rolltreppen für die unter Punkt 1 genannten Einrichtungen im Jahr 2007 nicht funktionsfähig waren, wie lange die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit in Anspruch genommen hat, welche Kosten dafür entstanden sind und welcher Anteil der Kosten mittelbar Privaten zu erstatten waren.
3. Aus Sicht der Fachverwaltung sollen zu den unter Punkt 1 genannten Einrichtungen potentielle Lösungsvorschläge nebst einer Auflistung der Kosten dargestellt werden.
4. Die zuständigen Ausschüsse im Rat der Stadt Köln, insbesondere der Verkehrsausschuss, sollen ebenfalls mit diesem Antrag befasst werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Der Beschluss wird zurzeit in Abstimmung mit der KVB geprüft.

**Sachstand zum 31.03.2010:**

Am 11.06.2008 hat der Verkehrsausschuss eine Prioritätenliste für den barrierefreien Ausbau der Stadtbahnhaltestelle beschlossen. Hiervon sind auch alle noch nicht barrierefreien Stadtbahnhaltestellen im Stadtbezirk Kalk erfasst.

Auf Grund des hohen Fahrgastaufkommens wurde dabei vorgesehen, zuerst die Haltestelle Kalk Post mit Aufzügen auszustatten. Der Einbau soll ab Ende 2011 erfolgen.

**Beschluss-Nr. 372**

**Sitzung vom 17.04.2008, TOP 7.2.8 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Parksituation an der Ecke Olpener Straße/In der Handschaft in Köln-Brück**

**Antrag der SPD-Fraktion vom 02.04.2008**

**AN/0622/2008**

Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt die Stadtverwaltung zu prüfen

1. inwiefern auf der Olpener Straße in Köln-Brück stadtauswärts von der Ecke In der Handschaft/Olpener Straße bis hin zur Hausnummer 870 Möglichkeiten zu einer Verbesserung der jetzigen Park- und Verkehrssituation bestehen,
2. inwiefern der Verkehr durch diese Änderungen beeinflusst würde und
3. inwieweit mit etwaigen Änderungen auf die gesamte Parksituation in Brück zu rechnen sein wird.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 30.04.2008:**

Die Prüfung der Situation wurde in das Arbeitsprogramm der Verwaltung aufgenommen.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Verwaltung hat zu diesem Beschluss zur Sitzung der Bezirksvertretung am 06.11.2009, TOP 10.2.6., eine Mitteilung mit folgendem Text vorgelegt:

„Um den Engpass im Bereich der Olpener Straße zwischen der Straße „In der Handschaft“ und der Hausnummer 870 zu entschärfen, werden Gehweg, Radweg und Parkstreifen angepasst. Durch Umlegung der entsprechenden Pflasterung und Platten werden die Mindestbreiten für den Parkstreifen (2,00m) und für den Radweg (1,50 m) in diesem Bereich hergestellt. Die Breite des Gehweges bleibt erhalten. Die zusätzliche Fläche, die für den Parkstreifen benötigt wird, wird auf der Fahrbahn, die genügend Breite aufweist, abmarkiert. Der fließende Verkehr wird durch diese Maßnahme nicht beeinträchtigt.

Auf diese Weise ist gewährleistet, dass es keine Konflikte zwischen den Verkehrsteilnehmern, vor allem zwischen den Fahrradfahrern und den parkenden KFZ, gibt. Radweg und Gehweg sind weiterhin klar getrennt. Auf Grund der ausreichenden Stellplatzbreite ist ein Beparken des Radweges zukünftig nicht mehr erforderlich, so dass es auch nicht mehr zu den gefährlichen Ausweichmanövern vor Radfahrern auf dem Gehweg kommt.“

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Beschluss-Nr. 373**

**Sitzung vom 20.05.2008, TOP 7.2.1 (zuständige Dienststelle: 40)**

**Errichtung einer Mensa am Schulzentrum Köln-Ostheim**

**Antrag der CDU-Fraktion vom 25.03.2008**

**AN/0595/2008**

**Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion vom 19.05.2008**

**AN/1058/2008**

**Gemeinsamer Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.05.2008**

**AN/1065/2008**

1. Die Verwaltung wird gebeten, den Bau einer Mensa im Schulzentrum Köln-Ostheim kurzfristig zu planen und durchzuführen. Dabei soll eine reguläre Kochküche in die Planungen und den Bau aufgenommen werden.
2. Die Schul- und Jugendverwaltung wird gebeten, den Zeitraum der Planung und de Bauens mit der Konzeptionierung eines Modellversuches „Selbstgekochtes Essen an unserer Schule“ zu nutzen. Dabei sollen die im Sozialraum verfügbaren Ressourcen einbezogen werden wie etwa die Sozialraumkoordination für die Vernetzung und der Internationale Bund für die Umsetzungsideen. Ziel ist die Beteiligung möglichst vieler BürgerInnen an diesem Projekt, wobei explizit auch daran gedacht ist, Menschen ohne bezahlte Arbeit in diesen Modellversuch einzubinden.

Abstimmungsergebnis: Mit 10 Stimmen (CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, FDP, NPD) gegen 6 Stimmen (SPD-Fraktion) bei 1 Enthaltung (Die Linke.Köln) zugestimmt.

**Sachstand zum 31.07.2010:**

Die Gebäudewirtschaft wurde mit Planungsauftrag vom 19.06.2009 um die Realisierung des Mensaneubaus mit Aufenthaltsräumen gebeten. Die geplanten Küchen lassen generell jegliche Zubereitungsart von Essen zu. Die Zubereitungsart wird im weiteren Verfahren mit den beteiligten Dienststellen und dem Träger des Ganztags geprüft.

**Beschluss-Nr. 374**

**Sitzung vom 20.05.2008, TOP 7.2.2 (zuständige Dienststelle: 66 zu 1.)**

**Verbesserung der Situation an der Germaniastraße, insbesondere im Hinblick auf die Parksituation, in Köln-Höhenberg**

**Antrag der SPD-Fraktion vom 21.03.2008**

**Neufassung des Antrages vom 21.03.2008 der SPD-Fraktion**

**AN/1060/2008**

1. Die Bezirksvertretung begrüßt die beim Ortstermin am 14.05.2008 vorgestellten ersten Entwürfe der Verwaltung zur Neugestaltung der Germaniastraße und zur Verbesserung der dortigen Parkplatzsituation, bittet die Verwaltung aber im Rahmen der weiteren Ausbauplanung dafür Sorge zu tragen, dass geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen Berücksichtigung finden. Die endgültigen Planungen sind der Bezirksvertretung vor ihrer Umsetzung erneut vorzustellen.
2. Die Stadt Köln soll mit der Deutschen Bahn AG in Verbindung treten, um die Infrastruktur und vor allem die Einfriedung im genannten Bereich ordnungsgemäß instand zu halten oder abzureißen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Erstellung der Ausführungsplanung erfolgt im Jahr 2010. Die Umsetzung soll im Anschluss an die derzeit von der StEB durchgeführte Kanalsanierung (Bauzeit Februar 2010 bis März 2011) durchgeführt werden.

**Beschluss-Nr. 375**

**Sitzung vom 20.05.2008, TOP 7.2.3 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Ausfahrt an der Ortskaule auf die Rösrather Straße**

**Antrag der CDU – Fraktion vom 26.04.2008**

**AN/0915/2008**

**Gemeinsamer Änderungsantrag der CDU – Fraktion, SPD – Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.05.2008**

**AN/1059/2008**

Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung, die Sichtbeziehungen an der Einmündung An der Ortskaule/Rösrather Straße zu optimieren und das Parken zwischen den Baumstandorten zwischen dem Vz. 306 (Vorfahrtstraße) und Vz. 240 (gemeinsamer Fuß- und Radweg) mit geeigneten Mitteln, z. B. Pollern, zu verhindern.

Des Weiteren wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob die Zusätze „Traktoren dürfen überholt werden“ unter den Vz. 276 (Überholverbot für Kraftfahrzeuge aller Art) zwingend erhalten bleiben müssen, da diese Beschilderung nach Beobachtungen der Bezirksvertretung zu den gefährlichen Überholmanövern auch bei anderen langsameren Fahrzeugen führt. Zudem ist die tatsächliche Anzahl der Traktoren rückläufig.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 26.08.2008:**

Zu diesem Beschluss wurde bereits in der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am 26.08.2008, TOP 10.2.9, folgender Sachstand abgegeben:

Die von der Bezirksvertretung Kalk beschlossenen Maßnahmen wurden in Abstimmung mit der verkehrslenkenden Dienststelle der Polizei angeordnet.

Das sichtbehindernde Parken im Einmündungsbereich Rösrather Straße/An der Ortskaule wird durch das Setzen von Pfosten unterbunden.

Die Zusatzbeschilderungen unter den Überholverboten werden entfernt.

Die Ausführung erfolgt in Kürze.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die auf Grund des Beschlusses erforderlichen Maßnahmen wurden am 26.06.2008 angeordnet und am 09.07.2008 ausgeführt.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.



**Beschluss-Nr. 376**

**Sitzung vom 20.05.2008, TOP 7.2.4** (zuständige Dienststelle: 67)

**Freilaufflächen für Hunde Merheimer Heide (Nr. 82)**

**Antrag der CDU – Fraktion vom 28.04.2008**

Die Bezirksvertretung Kalk beschließt, die Freilauffläche für Hunde auf der Merheimer Heide (Nr. 82) nach Süden und zwar auf die andere Seite des Flack-Berges zu verlegen.

Abstimmungsergebnis: Mit 9 Stimmen (CDU – Fraktion, FDP, NPD) gegen 8 Stimmen (SPD – Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, PDS) zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Hundefreilauffläche (Nr. 82) befindet sich südlich hinter dem Flackberg. Eine Beschilderung der Hundefreilauffläche ist derzeit in der Beauftragung (stadtweit).

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Beschluss-Nr. 377**

**Sitzung vom 20.05.2008, TOP 7.2.7 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Ehemaliges Bundesbahngelände in Köln-Vingst, Kuthstraße  
Prüfantrag der CDU – Fraktion vom 05.05.2008**

1. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, die Einfahrt auf das ehemalige Bundesbahngelände in Vingst, Kuthstraße Richtung Alter Deutzer Postweg so zu sichern, dass Unbefugten ein Zugang nicht mehr möglich ist.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

2. Außerdem soll geprüft werden, ob dort eine Beleuchtung installiert werden kann.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung des Einzelvertreters Demirel (Die Linke.Köln) zugestimmt.

**Sachstand zum 26.08.2008:**

Zu diesem Beschluss wurde bereits in der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am 26.08.2008, TOP 10.2.1, folgender abschließender Sachstandsbericht abgegeben:

Im Rahmen der Prüfung der örtlichen Gegebenheiten wurde festgestellt, dass die Zufahrt über eine demontierte Toranlage verfügt hat, die Pfosten sind noch vorhanden. Diese Zufahrt dient ausschließlich der Erreichbarkeit des dortigen Bundesbahngeländes (mit Elektrohäuschen und Betriebshäuschen). Aus diesem Grunde sieht die Verwaltung die Sicherung der Zufahrt beim Grundstückseigentümer, hier der DB-AG. Daher müsste die DB-AG auch für zusätzliche Beleuchtung sorgen.

Die Verwaltung betrachtet die Errichtung einer zusätzlichen Beleuchtungsanlage als wenig wirksames und ebenso wenig geeignetes Instrument, ordnungswidrige Müllabladungen zu verhindern.

Die Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln wurden gebeten, den dort vorhandenen Müll zu entsorgen. Gleichzeitig wurde die DB-AG aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Sicherung ihrer Zufahrt zum Bahngelände zu treffen.

*Die Berichterstattung zu diesem Punkt ist aus Sicht der Verwaltung erledigt.*

**Beschluss-Nr. 378**

**Sitzung vom 20.05.2008, TOP 7.2.8 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Anlegung eines beidseitig befahrbaren Fahrradweges zwischen Olpener Straße und Kaufland am Kreisel Ostmerheimer Straße in Köln-Merheim  
Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 05.05.2008**

Die Verwaltung wird gebeten, die Möglichkeit zur Herstellung eines Radweges auf der östlichen Seite der Ostmerheimer Straße zwischen Olpener Straße und dem vor dem Supermarkt Kaufland gelegenen Kreisverkehr zu prüfen und erforderliche Maßnahmen einzuleiten. Das Befahren des Radweges soll in beiden Richtungen möglich sein.

Zur Bewerkstelligung ist mit der Eigentümerin des Grundstücks zwischen Olpener Straße und dem Supermarkt über eine Lösung zu verhandeln.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Verwaltung hat den Beschluss geprüft.

Die Einrichtung eines Zweirichtungsrads zwischen Olpener Straße und Kaufland ist aus verkehrstechnischer Sicht wegen fehlender Anbindung an das bestehende Radnetz nicht möglich.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Beschluss-Nr. 379**

**Sitzung vom 20.05.2008, TOP 7.2.9 (zuständige Dienststelle: 67)**

**Durchforstung des städtischen Wäldchens zwischen der Zufahrt zu den Häusern Hans-Schulten-Straße 10-14 (3 Zinnen) und dem Rather Kirchweg/Pohlstadtsweg in Köln-Neubrück  
Antrag der CDU-Fraktion vom 05.05.2008**

Das Grünflächenamt wird aufgefordert, kurzfristig mit der Durchforstung und Pflege des städtischen Wäldchens zwischen der Zufahrt zu den Häusern Hans-Schulten-Straße 10-14 (3 Zinnen) und dem Rather Kirchweg/Pohlstadtsweg zu beginnen, um dieses wieder in eine Grünanlage, die diesen Namen verdient, zu verwandeln.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimme des Einzelvertreters Kirchner (NPD) zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Verwaltung hat bereits zur Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am 28.04.2009, TOP 10.2.3, die nachfolgende abschließende Stellungnahme abgegeben:

In der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk vom 20.05.2008 wurde beschlossen, das Grünflächenamt aufzufordern, kurzfristig mit der Durchforstung und Pflege des städt. Wäldchens zwischen der Zufahrt zu den Häusern Hans-Schulten-Straße 10-14 (3 Zinnen) und dem Rather Kirchweg/Pohlstadtsweg zu beginnen, um dieses wieder in eine Grünanlage, die diesen Namen verdient, zu verwandeln.

Daraufhin wurde der Bezirksvertretung mitgeteilt, dass die zuständigen Mitarbeiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen sich bereits vor Ort einen Eindruck über den Umfang der notwendigen Arbeiten verschafft haben und diese nach der Vogelschutzzeit im September erfolgen sollten.

Aufgrund der umfangreichen Arbeiten musste eine Fremdfirma mit der Durchführung beauftragt werden. Bedauerlicherweise hatte sich die Ausschreibung für die Arbeiten in dem Bereich verzögert, so dass eine Durchforstung vor Ende der Vogelschutzperiode im Frühjahr 2009 nicht mehr durchgeführt werden konnte.

Daher werden die Arbeiten nach Beendigung des Vogelschutzes im kommenden Herbst 2009 durchgeführt.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*

**Beschluss-Nr. 380**

**Sitzung vom 19.06.2008, TOP 7.2.1 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Kostenloses Kurzparken auf der Kalker Hauptstraße  
Antrag der CDU-Fraktion vom 06.05.2008**

Die Verwaltung wird aufgefordert, auf der Kalker Hauptstraße und in den Stadtteilen des Stadtbezirks Kalk, in denen es schon eine Parkraumbewirtschaftung gibt, die Möglichkeit des kostenlosen Kurzparkens bis zu 15 Minuten einzuführen.

Der Bezirksvertretung ist nach einem Jahr ein Sachbestand vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Der Rahmenbeschluss des Verkehrsausschusses war für Ende 2009 vorgesehen. Aufgrund der gegenwärtigen prekären Haushaltslage konnte die Vorlage jedoch nicht realisiert werden. Eine neue zeitliche Perspektive ist abhängig vom Ergebnis der Haushaltsberatungen.

**Beschluss-Nr. 381**

**Sitzung vom 19.06.2008, TOP 7.2.3 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Öffnung der Einbahnstraße Sieversstraße in Kalk für Radfahrer in  
Gegenrichtung**

**Antrag der SPD-Fraktion vom 02.06.2008**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob in der Sieversstraße das Befahren durch Radfahrer auch gegen die Einbahnstraße zugelassen werden kann.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimmen des Einzelvertreters Kirchner (NPD) und der Einzelvertreterin Sobania (pro Köln) zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die erforderlichen Abstimmungen mit dem Polizeipräsidenten Köln sind noch nicht abgeschlossen.

**Beschluss-Nr. 382**  
**Sitzung vom 19.06.2008, TOP 7.2.5 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Ausbau des Radweges in der Poll-Vingster Straße in Köln-Humboldt/Gremberg  
bzw. –Vingst**  
**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.06.2008**  
**Ergänzungsantrag der CDU – Fraktion vom 19.06.2008**  
**AN/1381/2008**

Die Verwaltung wird gebeten, den in Humboldt/Gremberg abbrechenden Radweg auf der Poll-Vingster Straße in beiden Richtungen bis nach Vingst bzw. von Vingst zum jetzt bestehenden Radweg auszubauen.

Weiterhin soll eine Weiterführung des Radweges in Richtung Homarstraße und Kampgasse geprüft werden.

Die Verwaltung wird gebeten, auf der Poll-Vingster Straße, insbesondere im Bereich der Eisenbahnbrücke, für den Fall, dass aus Platzmangel kein Radweg ausgebaut werden kann, zumindest einen Radschutzstreifen einzuzeichnen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimme des Einzelvertreters Kirchner (NPD) zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Vorentwurfsplanung ist abgeschlossen. Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt in Abhängigkeit der Finanzierung.

**Beschluss-Nr. 383**

**Sitzung vom 19.06.2008, TOP 7.2.13** (zuständige Dienststelle: 67)

**Aufstellung von Abfallbehältern in der Flehbachau in Köln-Brück  
Antrag der CDU-Fraktion vom 04.06.2008**

Die Verwaltung wird gebeten, an den neu aufgestellten Bänken in der Flehbachau in Köln-Brück Abfallbehälter zu installieren und diese auch regelmäßig zu leeren.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, zukünftig an allen Stellen, an denen neue Bänke aufgestellt werden, grundsätzlich Abfallbehälter aufzustellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Mit den Mitteln, die speziell dem Amt für Landschaftspflege und Grünflächen im Rahmen des Bürgerhaushalts und aus der Aktion saubere Stadt zur Beschaffung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt wurden, soll zunächst die Ausstattung der Kinderspielplätze verbessert werden. Demnächst werden daher zuerst die Bänke und Papierkörbe auf Spielplätzen montiert.

Wenn der Bürgerhaushalt bestehen bleibt, werden dann weitere Bänke und Papierkörbe in den Grünanlagen aufgestellt.



**Beschluss-Nr. 384**

**Sitzung vom 19.06.2008, TOP 7.2.15 (zuständige Dienststelle: 40)**

**Unterbringung der Förderschule Martin-Köllen-Straße in dem von der Polizei noch genutzten Gebäude Kapellenstraße**

**Prüfantrag der CDU–Fraktion vom 04.06.2008**

**AN/1276/2008**

**Gemeinsamer Ersetzungsantrag der CDU–Fraktion, SPD–Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.06.2008**

**AN/1382/2008**

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob das Gebäude in der Kapellenstraße in Kalk, das im Augenblick noch von der Polizeiinspektion Südost genutzt wird, künftig für die Unterbringung der Förderschule Martin-Köllen-Straße ggf. nach entsprechenden Umbauten geeignet ist. Wir bitten die Verwaltung, entsprechende Sondierungsgespräche mit dem Liegenschaftseigentümer zu führen und dann die Kosten für die Umbauten und/oder Sanierungsarbeiten im Verhältnis zu einem Neubau zu prüfen. Die Schulkonferenzen der Schulen sind in das Verfahren mit einzubeziehen. Darüber hinaus soll in diese Planungen eine zwingend notwendige Schulhoffläche und eine Umgestaltung der angrenzenden Platzfläche zur allgemeinen Nutzung durch die Öffentlichkeit einbezogen werden. Hierbei soll die Aufenthaltsqualität und die Schaffung einer „grünen Insel“, die auch von den SchülerInnen genutzt werden kann, Priorität haben.

Über das Ergebnis der Prüfung ist die Bezirksvertretung vor der Einleitung weiterer Maßnahmen zu unterrichten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimme des Einzelvertreters Demirel (Die Linke.Köln) zugestimmt.

#### **Sachstand zum 31.07.2010:**

Im Zusammenhang mit der vom Rat der Stadt Köln am 13.07.2010 beschlossenen Auflösung von mehreren Hauptschulen bestehen seitens der Verwaltung Überlegungen, die Förderschule Martin-Köllen-Straße an den Schulstandort Hachenburger Straße zu verlegen. Somit ist eine Prüfung der Unterbringung im ehemaligen Polizeigebäude Kapellenstraße obsolet.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Beschluss-Nr. 386**

**Sitzung vom 26.08.2008, TOP 7.2.2 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Parkplatzausfahrt neben Haus Rösrather Straße 565 (u.a. REWE-Markt) in Rath/Heumar**

**Antrag der SPD-Fraktion vom 02.06.2008**

**AN/1253/2008**

Die Verwaltung wird beauftragt, durch bauliche Maßnahmen die Situation an der Parkplatzausfahrt zu verbessern.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die bauliche Verbesserung wurde durch Anlage eines gepflasterten Weges Anfang 2009 realisiert.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Beschluss-Nr. 387**

**Sitzung vom 26.08.2008, TOP 7.2.5 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Sicherungsmaßnahmen im Bereich der Querungshilfen auf dem Brücker  
Mauspfad in Höhe Siedlung „Im Langen Bruch“ nach Unfällen  
Antrag der CDU-Fraktion vom 06.08.2008  
An/1580/2008**

Die Verwaltung wird gebeten, in ihre Kompetenz fallende verkehrsrechtliche Maßnahmen kurzfristig umzusetzen, bzw. mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW erneut Kontakt aufzunehmen, mit dem Ziel, dass dieser zusätzliche verkehrssichernde Maßnahmen umsetzt. Hier ist z. B. die Versetzung des Schildes „Überholverbot aufgehoben“ hinter das Ortsausgangsschild in Richtung Dellbrück sinnvoll.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Nach erfolgtem Umbau des Brücker Mauspfades in Höhe der Einmündung Im langen Bruch durch den Landbetrieb NRW wurde die Beschilderung und die Markierung, die das Überholen verbieten, der neuen Verkehrssituation angepasst.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*

**Beschluss-Nr. 388**

**Sitzung vom 26.08.2008, TOP 7.2.6 (zuständige Dienststelle: 02-8/0)**

**Instandsetzung der Sitzgruppe auf dem Platz zwischen Kapellenstraße und Franklinstraße**

**Antrag der CDU-Fraktion vom 06.08.2008**

**AN/1581/2008**

Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung, die öffentliche Sitzgelegenheit auf dem Platz zwischen der Kapellenstraße und der Franklinstraße in Kalk wieder in einen Zustand zu versetzen, durch den die Bürgerinnen und Bürger an dieser Stelle wieder eine angemessene Aufenthaltsqualität erleben können.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Ein aktueller Sachstand liegt noch nicht vor, er wird zur nächsten Berichterstattung vorgelegt.

**Beschluss-Nr. 389**  
**Sitzung vom 26.08.2008, TOP 7.2.7 (zuständige Dienststelle: 61)**

**Hügelgrab in Köln-Rath/Heumar**  
**Antrag der CDU-Fraktion vom 06.08.2008**  
**AN/1582/2008**  
**Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion vom 26.08.2008**  
**AN/1700/2008**

Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung um Vorschläge, wie der Platz zwischen Rösrather Straße / Rather Mauspfad / Nerthusstraße in Köln-Rath/Heumar optisch aufgewertet werden kann und dem dort befindlichen Hügelgrab die Bedeutung zukommt, die ihm aus kulturhistorischen Gründen zusteht.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Enthaltung der SPD – Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Demirel (Die Linke.Köln) zugestimmt.

**Sachstand zum 31.03.2010:**

Nach Reaktivierung und Renovierung des Kiosks „Schmitze Bud“ besteht aus Sicht der Verwaltung kein Handlungsbedarf für die genannte Fläche.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Beschluss-Nr. 390**

**Sitzung vom 26.08.2008, TOP 7.2.8 (zuständige Dienststelle: 67)**

**Wiese an der Skater-Bahn Merheimer Heide/Frankfurter Straße**

**Antrag der CDU – Fraktion vom 06.08.2008**

**AN/1583/2008**

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Wiese hinter der Skater-Bahn Merheimer Heide/Frankfurter Straße durch weitere Poller oder Holzpfähle oder andere geeignete Maßnahmen vor dem Befahren zu schützen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Wiese an der Skater-Bahn weist bislang keine Fahrspuren auf. Bisher konnte kein rechtswidriges Parken beobachtet werden.

Die Angelegenheit wird weiterhin beobachtet und bei Bedarf werden umgehend Maßnahmen ergriffen um ein Befahren zu verhindern.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Beschluss-Nr. 391**

**Sitzung vom 26.08.2008, TOP 7.2.9 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Verkehrssicherungsmaßnahmen an Ortsausgangsbereichen  
Gemeinsamer Antrag der CDU – Fraktion, SPD – Fraktion und der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen vom 11.08.2008  
AN/1584/2008  
Gemeinsamer Änderungsantrag vom 26.08.2008  
AN/1708/2008**

Die Verwaltung wird gebeten, sich mit den entsprechenden Stellen, wie dem Landesbetrieb Straßenbau NRW, ins Benehmen zu setzen, um in den beiden Ortsausgangsbereichen,

- Brücker Mauspfad/Rather Mauspfad zwischen den Stadtteilen Brück und Rath/Heumar in Höhe der Erkermühle und
- Lützerathstraße zwischen dem Stadtteil Rath und Bensberg in Höhe des Wanderparkplatzes (Nähe Wildgehege)

sowie an ähnlichen Stellen im Stadtbezirk Kalk die gefährlichen Situationen für querende Fußgänger, Radfahrer und für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, die durch zu schnell fahrende PKW verursacht werden, durch geeignete Verkehrssicherungsmaßnahmen zu beseitigen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig gegen die Stimme des Einzelvertreters Kirchner (NPD) zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Maßnahme wird entsprechend der Priorisierung im Arbeitsprogramm voraussichtlich im Jahr 2010 bearbeitet.

**Beschluss-Nr. 392**

**Sitzung vom 26.08.2008, TOP 7.2.11 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Ersetzung der Querungshilfe auf dem Neubrücker Ring durch einen  
Zebrastreifen und Änderung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf einem  
Teilstück des Neubrücker Rings  
Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die  
Grünen vom 12.08.2008  
AN/1586/2008**

Die Verwaltung wird gebeten, die Voraussetzungen einer Ersetzung der Querungshilfe auf dem Neubrücker Ring in Höhe der Bushaltestelle Straßburger Platz durch einen Zebrastreifen zu prüfen und hierbei den Ermessungsspielraum weitestgehend auszunutzen. Hierbei ist auch zu überlegen, ob die derzeit vorhandene Fahrbahnverschwenkung, die schon häufig zu riskanten Fahrmanövern geführt hat, im Falle einer Umwandlung entfallen kann.

Im Falle eines positiven Prüfergebnisses soll die Ersetzung durch einen Zebrastreifen zügig umgesetzt werden.

Die Verwaltung wird weiter gebeten, noch mal die Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo 50 auf Tempo 30 auf dem ca. 500 m langen Teilstück zwischen den Bushaltestellen Europaring und Straßburger Platz, welches an völlig freier Strecke liegt, zu überprüfen mit dem Ziel, hier einheitlich Tempo 50 in beiden Fahrtrichtungen zuzulassen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Maßnahme wird entsprechend der Priorisierung im Arbeitsprogramm voraussichtlich im Jahr 2010 bearbeitet.



**Beschluss-Nr. 393**

**Sitzung vom 18.09.2008, TOP 7.2.1 (zuständige Dienststelle: 02-8/0)**

**Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Wiersbergstraße/Ecke Kantstraße  
in Köln-Kalk**

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.06.2008**

**An/1258/2008**

**Ersetzungsantrag zu TOP 7.2.1 in der Sitzung der Bezirksvertretung**

**Kalk am 18.09.2008**

**AN/1939/2008**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Platzsituation an der Wiersbergstraße/ Ecke Kantstraße im Hinblick auf Aufenthaltsqualität, die Pflanzung von Sträuchern und/oder Bäumen und die Möblierung neu zu gestalten. Integriert werden soll dadurch sowohl das Ecklokal „Trash-Chic“ mit seiner Außengastronomie als auch der angrenzende Kiosk. Dabei sind eine möglicherweise existierende Feuerwehrezufahrt, der Standort der Glascontainer, die Belastbarkeit der Schächte unterhalb der Beete vor dem Müllcontainer bzw. der Einfahrt zur Kantstraße wegen der angedachten Baumbepflanzung zu eruieren und angemessen in der Planung zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Ein aktueller Sachstand liegt noch nicht vor, er wird zur nächsten Berichterstattung vorgelegt.

**Beschluss-Nr. 394**

**Sitzung vom 18.09.2008, TOP 7.2.3 (zuständige Dienststelle: 66)**

### **Ausschilderung Odysseum**

**Antrag der SPD-Fraktion vom 04.09.2008**

**AN/1771/2008**

Die Verwaltung möge sicherstellen, dass das Odysseum angemessen ausgeschildert wird. Eine Ausschilderung ist vor allem vorzunehmen auf dem Kölner Autobahnring sowie an der Stadtautobahn. Orientieren möge man sich an der Ausschilderung zur KölnMesse.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

### **Sachstand zum 06.11.2008:**

Zu diesem Beschluss wurde bereits in der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am 06.11.2008, TOP 10.2.4, folgender Sachstandsbericht abgegeben:

Die Verwaltung befindet sich bezüglich der wegweisenden Beschilderung bereits in Abstimmungsgesprächen mit der SMG-Science Center Services Köln GmbH, dem Betreiber des Odysseum. Eine Beschilderung ab der Straße des 17. Junis sowie in der Weiterführung ist in Planung.

In einer Großstadt wie Köln wird jedoch die Ausschilderung einer Vielzahl von Zielen erforderlich, auf die trotz bedenklicher Häufung oft nicht verzichtet werden kann. Um dennoch dieser Flut Herr zu werden, ist die konsequente Anwendung der einschlägigen Richtlinien unumgänglich. Dies beinhaltet auch die Berücksichtigung der Maßgabe des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung "Weniger Verkehrszeichen - Bessere Beschilderung". Demnach sollen Verkehrszeichen nur dann angeordnet werden, wenn dies aus Gründen der Leichtigkeit oder Sicherheit des Verkehrs erforderlich wird. Hieraus leitet sich die Anwendung des Prinzips ab, zunächst übergeordnete Zielbezeichnungen, wie beispielsweise Stadtteile, Plätze oder Gewerbegebiete, zu verwenden und nach Erreichen des Oberzieles die unterordneten Ziele auszuschildern.

Im konkreten Fall ist eine Ausschilderung des Odysseum auf der Stadtautobahn nicht erforderlich beziehungsweise kann nicht erfolgen, da einerseits die gerade beschriebene Verfahrensweise praktiziert wird, nämlich ein Hinweis auf den Stadtteil Kalk an der Abfahrt Westumgehung gegeben ist und somit der Hinweis auf das hier gelegene Odysseum entfallen kann. Andererseits ist die maximal zugelassene Anzahl von Zielen pro Richtung an dieser Abfahrt bereits erreicht und kann nicht weiter ausgedehnt werden, denn auch der Verkehrsteilnehmer kann im bewegten Zustand nur eine begrenzte Anzahl von Informationen wahrnehmen. Nicht zuletzt sollten man von einem verantwortungsbewussten Verkehrsteilnehmer erwarten können, dass er sich mittels eines Stadtplans Orientierung verschafft.

### **Sachstand zum 31.12.2009:**

Aktuell wird an der B55a Ausfahrt Kalk-West auf mehrere Ziele hingewiesen. Der Wunsch des Odysseums zusätzlich dort ausgeschildert zu werden, wurde zunächst abgelehnt, da mit der Ansiedlung weiterer überregional bedeutender Einrichtungen (Musical-Spielstätte etc.) die Anzahl der Ziele zu groß wird und eine Gefährdung des Verkehrs bedeutet. Da davon ausgegangen wird, dass der Ausbau des Geländes in den nächsten 3 Jahren erfolgt, wurde vereinbart, die Anordnung der Schilder zunächst auf 3 Jahre zu befristen.

**Beschluss-Nr. 395**

**Sitzung vom 18.09.2008, TOP 7.2.5** (zuständige Dienststelle: 66 zu 1., 02-8 zu 2., 61 zu 3.)

### **Zukünftige Situation der Dieselstraße in Köln-Kalk**

**Antrag der SPD – Fraktion vom 04.09.2008**

**AN/1773/2008**

1. Die Verwaltung möge das Angebot an Parkraum in der Dieselstraße in Köln-Kalk mit dem Ziel überprüfen, mehr Parkfläche legal zur Verfügung zu stellen eingedenk des parklichen Miteinanders von Zweirädern und Automobilen.
2. Darüber hinaus sollen Gespräche mit der Bürgerstiftung KalkGestalten geführt werden mit dem Ziel, eine konsequente Bepflanzung der Baumscheiben in der Dieselstraße zu erreichen.
3. Aus Sicht der Fachverwaltung sollen rechtliche und tatsächliche Nutzungsmöglichkeiten für das Areal ehemals „Tapeten-Michel“ aufgezeigt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

### **Sachstand zum 31.07.2010:**

#### **zu 1.**

Zurzeit finden Abstimmungen mit den verschiedenen Interessengemeinschaften statt. Anschließend werden in diesem Zusammenhang Planungen erstellt, die der Bezirksvertretung zu gegebener Zeit vorgelegt werden.

#### **zu 2.**

Der Vorstand der Bürgerstiftung Kalk Gestalten hat am 05.11.2008 über diesen Punkt beraten und folgende Stellungnahme abgegeben:

„In der Dieselstraße sind 13 Baumscheiben vorhanden. Diese teilen sich wie folgt auf:

- Im Bereich zwischen Kalker Hauptstraße und Tumbstraße finden wir 06 Baumscheiben,
- zwischen Tumbstraße und Johann-Classen-Straße weitere 07 Baumscheiben.
- Im Bereich der Johann-Classen-Straße und Lilienthal Straße sind keine Baumscheiben vorhanden.

Bei den Baumscheiben handelt es sich um rechteckige Beete von 1m x 2m Größe. Alle Beete sind mit einem Anfahrerschutz aus Metall versehen. Hier ist eine teilweise Erneuerung notwendig, da hier beschädigte oder fehlende Metallelemente ersetzt werden müssen.

Eine Bepflanzung aller Beete ist grundsätzlich möglich und wurde scheinbar in der Vergangenheit auch durch Anwohner der Straße vorgenommen.

### Prinzip der Nachhaltigkeit

Die Projektgruppe KalkBlüht fördert bürgerliches Engagement im Rahmen der Satzung der Stiftung KalkGestalten.

Das Projekt "KalkBlüht" wirbt dafür, dass die Anwohner ein wenig eigene Verantwortung für das Straßenbild in unserem Viertel übernehmen, indem sie spenden, selber ein Beet anlegen, oder in der Projektgruppe KalkBlüht mitarbeiten. Eine Bepflanzung der Beete in der Dieselstraße kann daher aus unserer Sicht nur durch die Anwohner der Straße erfolgen. Hierbei unterstützen wir das Anliegen und können hierfür auch verstärkt werben.

### Durchführbarkeit, Kosten

Zurzeit werden alle unsere Beete durch ein Arbeitsprojekt des Internationalen Bundes im Bereich "Garten und Landschaftsbau" betreut. Eine Erweiterung der Arbeiten um ca. 30% ist durch diesen Träger nicht leistbar. Eine Erweiterung der Kapazitäten scheint ebenfalls nicht realisierbar.

Eine Kalkulation der zusätzlichen Arbeiten konnte durch den IB ebenfalls zurzeit nicht vorgelegt werden.

Wir gehen jedoch davon aus, dass folgende Kosten für die Errichtung der Beete, sowie der Pflege anfallen.

- Blechumrandung Edelstahl      150,-€/Beet
- Erstbepflanzung, Erdaustausch    200,-€/Beet
- Pflege, Nachbepflanzung        200,-€/Beet/Jahr

Somit ergeben sich Kosten in Höhe von ca. 4.550,- für die Errichtung und 2.600,-€/Jahr für die Pflege alle 13 Beete.

Eine Patenschaft für die Beete sollte mindestens für drei Jahre übernommen werden.

Nach den derzeitigen Vorgaben des Vorstandes der Stiftung müssen sich alle Projekte der Stiftung selber tragen, das heißt, eine Refinanzierung ist vor Aufnahme der Tätigkeit zu prüfen.“

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu dieser Ziffer des Beschlusses erledigt.*

### **zu 3.**

Für das Grundstück liegt kein Bebauungsplan vor. Die planungsrechtliche Beurteilung erfolgt nach § 34 Baugesetzbuch. Ein Vorhaben muss sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen. Aufgrund der näheren Umgebung ist städtebaulich eine Wohnbebauung mit das Wohnen nicht wesentlich störenden gewerblichen Nutzungen möglich. Aufgrund der bestehenden Blockrandbebauung ist es städtebauliches Ziel, den Blockrand zu schließen und zur Verbesserung der Wohnsituation im gesamten Blockbereich, die Überbauung des Blockinnenbereichs zu reduzieren.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu dieser Ziffer des Beschlusses erledigt.*

**Beschluss-Nr. 396**  
**Sitzung vom 06.11.2008, TOP 7.1.4 (zuständige Dienststelle: 67)**

**Sauberkeit am Höhenberger Kirchweg in Köln-Höhenberg**  
**Antrag der SPD-Fraktion vom 21.10.2008**  
**AN/2128/2008**

Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt die Stadtverwaltung Köln:

1. den Höhenberger Kirchweg regelmäßiger zu reinigen,
2. den Grünwuchs am Höhenberger Kirchweg regelmäßiger zurückzuschneiden,
3. weitere Abfallbehälter im Verlauf des Höhenberger Kirchwegs aufzustellen und dabei gegebenenfalls die bereits existierenden Behälter durch neue ersetzen und
4. zu überprüfen, ob sich die bestehenden Bänke noch in einem adäquaten Zustand befinden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 19.03.2009:**

Zu diesem Beschluss wurde bereits in der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am 19.03.2009, TOP 10.2.3, folgender Sachstand abgegeben:

zu 1.

Der Höhenberger Kirchweg gehört zu dem Bereich, der aufgrund eines mit der AWB abgeschlossenen Vertrages durch die AWB gereinigt wird. Die derzeitigen Reinigungsintervalle sind bedarfsorientiert und erfolgen i. d. R. wöchentlich in den Monaten April bis September und alle 2 Wochen in den Monaten Oktober bis März. Eine Information an die AWB, den Höhenberger Kirchweg regelmäßiger zu reinigen ist erfolgt.

zu 2.

Eine intensivere Pflege der Grünflächen durch eigenes Personal ist wegen des Personalmangels bei der Grünunterhaltung nicht möglich. Es ist jedoch angedacht, die Grünflächen am Höhenberger Kirchweg zu überarbeiten, um die künftige Pflege zu erleichtern. Eine Ausschreibung hierzu ist derzeit in der Vorbereitung.

zu 3.

Die Möglichkeiten der Aufstellung weiterer Abfallbehälter im Verlauf des Höhenberger Kirchweges sind abhängig von den künftig dafür zur Verfügung stehenden Mitteln und den Prioritäten für die Aufstellung von Behältern aus Mitteln des Bürgerhaushaltes.

zu 4.

Hier ist vorgesehen, die Bankgruppe an der Platzfläche Kreuzung Höhenberger Kirchweg/Germaniastraße aufgrund ihres desolaten Zustandes abzubauen.

Neue Bänke sowie Papierkörbe aus Mitteln des Bürgerhaushaltes sind zunächst vorrangig für die dringende Ausstattung von Kinderspielplätzen vorgesehen. Hierzu werden in Kürze Vorlagen mit entsprechenden Vorschlägen in die Bezirksvertretungen zur Entscheidung gegeben. Dabei wird auch ein Teil des jeweiligen Bankkontingents zur freien Verwendung bzw. Abarbeitung bezirksbezogener Prioritätenlisten vorgeschlagen.

Wegen der Vergabeverfahren bei der Beschaffung können die Bänke erst im Laufe des Jahres aufgestellt werden.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Sachstand zu 2

Eine intensivere Pflege der Grünflächen durch eigenes Personal ist wegen des Personalmangels bei der Grünunterhaltung nicht möglich.

Die Grünflächen am Höhenberger Kirchweg werden z. Zeit überarbeitet. Die gesamte Fläche wird transparenter und pflegeleichter gemacht.

Die Sachstände zu den übrigen Punkten sind unverändert.

**Beschluss-Nr. 397**

**Sitzung vom 06.11.2008, TOP 7.1.6 (zuständige Dienststelle: 52)**

### **Zukunft der Sportanlage An der Fock in Rath/Heumar**

**Antrag der SPD – Fraktion vom 21.10.2008**

**AN/2134/2008**

1. Die Bezirksvertretung Kalk spricht sich für den Erhalt der Sportanlage „An der Fock“ in Rath/Heumar aus.
2. Die Bezirksvertretung Kalk begrüßt daher das Vorhaben der Verwaltung, das Grundstück, auf dem sich die Anlage befindet, vom Land käuflich zu erwerben.
3. Die Bezirksvertretung Kalk fordert die Verwaltung auf, eine klare Zuständigkeitsregelung für die gesamte Anlage (Sportbereich, Grünanlage und Kinderspielplatz) zu finden.
4. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Sportanlage in das Programm „Sportplatzpflege“ aufzunehmen und darüber dauerhaft Mittel für Sanierung und Unterhaltung zur Verfügung zu stellen.
5. Die Verwaltung wird gebeten, den Sportbereich (Bahn, Bolzplatz, Sprunggrube) zu sanieren. Ggf. soll in einem ersten Schritt eine Instandsetzung in der Weise erfolgen, dass die Anlage wieder gefahrlos für sportliche Aktivitäten genutzt werden kann.
6. Soweit die Veranstaltung diesen Beschluss nicht oder nicht vollständig umsetzen kann, soll der Beschluss dem Sport- und dem Schulausschuss zur Entscheidung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

### **Sachstand zum 11.12.2008:**

Zu diesem Beschluss wurde bereits in der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am 11.12.2008, TOP 10.2.5, folgender Sachstandsbericht abgegeben:

Bekanntlich befindet sich das Grundstück im Eigentum der Forstbehörde Rhein-Sieg-Erft. Diese hat signalisiert, dass sie bereit ist, das Grundstück an die Stadt Köln zu veräußern. Die zuständige Fachverwaltung führt derzeit die erforderlichen Verhandlungen.

Bezüglich des weiteren Prozedere ist vorgesehen, dass das Amt für Kinder, Jugend und Familie in Abstimmung mit dem Sportamt eine Entwurfskonzeption erarbeitet. Daraus ist eine Maßnahmenplanung für alle Teilnutzungen des Geländes zu entwickeln. Es ist angestrebt, zukünftig die Pflege und den Unterhalt des Spielbereiches im Auftrag des Amtes für Kinder, Jugend und Familie durch das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen durchführen zu lassen und die der Sportflächen durch das Sportamt.



Sobald alle notwendigen Fakten geklärt sind, wird die zuständige Fachverwaltung eine Beschlussvorlage für den Planungsbeginn für den Jugendhilfeausschuss und für den Sportausschuss fertigen.

**Sachstand zum 30.04.2010:**

Dem zuständigen Landesbetrieb liegt ein von der Liegenschaftsverwaltung unterbreitetes konkretes Kaufangebot für das 1,3056 ha große Grundstück (Katasterbezeichnung Gemarkung Heumar, Flur 1, Flurstücke 625 und 626) im Bereich Erikaweg/Moosweg -"An der Fock"- in Köln-Rath/Heumar vor. Sobald die Kaufverhandlungen erfolgreich abgeschlossen sind, wird eine entsprechende abschließende Beschlussvorlage über den Grundstücksankauf für den Liegenschaftsausschuss als zuständigen Fachausschuss gefertigt. Ein Zeitpunkt hierfür kann gegenwärtig nicht angegeben werden, da dies selbstverständlich von den möglichen Forderungen usw. auf Landesseite abhängt. Seitens der Verwaltung wird in jedem Fall ein schnellstmöglicher Abschluss angestrebt.

**Beschluss-Nr. 398**

**Sitzung vom 06.11.2008, TOP 7.1.7 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Markt-/Festplatz in Köln-Ostheim**

**Antrag der CDU – Fraktion vom 23.10.2008**

**AN/2148/2008**

Die Bezirksvertretung Kalk beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, dass auf dem Festplatz in Köln-Ostheim an der Westseite der Abfluss von Regenwasser wieder gewährleistet ist. Seit einiger Zeit bilden sich dort, wenn es regnet, große Pfützen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Sicherstellung der Entwässerung erfolgte im 1. Quartal 2009 durch den Einbau eines Sinkkastens.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Beschluss-Nr. 399**

**Sitzung vom 06.11.2008, TOP 7.1.8 (zuständige Dienststelle: 57)**

**Verschmutzung der Frankfurter Straße in Köln-Ostheim zwischen dem  
Gewerbegebiet und der Rösrather Straße  
Antrag der CDU-Fraktion vom 23.10.2008  
AN/2150/2008**

Die Bezirksvertretung Kalk beschließt, die Verwaltung zu beauftragen zu prüfen, durch welche entsprechende Maßnahmen, wie z. B. das Aufstellen von mehr Abfallbehältern oder Änderung der Reinigungsintervalle, Sorge getragen werden kann, dass der Randstreifen in dem Bereich Frankfurter Straße in Köln-Ostheim zwischen dem Gewerbegebiet und der Rösrather Straße sauberer ist. Gegebenenfalls kann sich die Verwaltung mit den Betreibern der im Gewerbegebiet ansässigen Fast-Food-Ketten in Verbindung zu setzen, ob diese sich gegebenenfalls an den entstehenden Kosten beteiligen bzw. eine Ordnungspatenschaft übernehmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009**

Im angesprochenen Bereich der Frankfurter Straße findet die satzungsgemäße Straßenreinigung nur in der geschlossenen Ortslage vom Hardtgenbuscher Kirchweg bis zur Rösrather Straße 2x wöchentlich statt. Betroffen ist nur die Fahrbahn, die Gehwege sind von den Anliegern zu reinigen. Das vorhandene Straßenbegleitgrün wird nach der Straßenreinigungssatzung seit 2007 im zweimonatlichen Turnus gereinigt.

Das Aufstellen von Papierkörben würde hinsichtlich der Fastfoodverpackungen seine Wirkung verfehlen, weil diese in der Regel nicht von Fußgängern, sondern von vorbeifahrenden Autofahrern illegal entsorgt werden. Die Fastfoodrestaurants liegen mehrere hundert Meter von Ostheim entfernt im Stadtbezirk Porz und sind lediglich verpflichtet, ihnen zuzurechnenden Müll im Umkreis von 50 Metern zu entfernen.

Vom Gewerbegebiet Airport Business Park bis zum Hardtgenbuscher Kirchweg liegt die Frankfurter Straße außerhalb der geschlossenen Ortslage. Hierfür ist das Amt für Straßen und Verkehrstechnik zuständig, welches die Reinigung vertraglich der AWB übertragen hat.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Beschluss-Nr. 401**

**Sitzung vom 11.12.2008, TOP 7.2.3 (zuständige Dienststelle: 61)**

**Umgestaltung und Attraktivierung des Ottmar-Pohl-Platzes in Köln-Kalk**

**Antrag der CDU – Fraktion vom 21.10.2008**

**AN/2126/2008**

Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung um die Erstellung eines Konzeptes, das das ganze Areal des Ottmar-Pohl-Platzes in Kalk umfasst. Ziel soll die Verbesserung der Aufenthaltsqualität und die Integration der angrenzenden Gebäude, die Hallo Kalk und die neue Wohnbebauung sein. Dabei soll zum Beispiel das Aufstellen von Bänken, regelmäßiger Grünschnitt, Abtransport von Bau- und Müllcontainern und seine Eignung als Markt- und Festplatz geprüft werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Enthaltung des Einzelvertreters Kirchner (NPD) zugestimmt.

**Sachstand zum 31.03.2010:**

Die weitere Nutzung des Ottmar-Pohl-Platzes ist aus Sicht der Verwaltung von der Entwicklung des Umfeldes abhängig. Die den Platz fassende Bebauung wird in absehbarer Zeit fertig gestellt. Für das Grundstück Sieversstraße 19 konnte ein Investor gefunden werden. Die weitere Entwicklung ist vor allem von der Annahme der angebotenen Wohnungen und Einzelhandelsflächen abhängig. Schwerpunkt der weiteren Planung ist zurzeit der Bereich zwischen Neuerburgstraße und Wiersbergstraße, für den aufgrund der dringend notwendigen Erweiterung/Erneuerung des Gymnasiums Kantstraße vordringlicher Handlungsbedarf besteht.

**Beschluss-Nr. 402**

**Sitzung vom 11.12.2008, TOP 7.2.4** (zuständige Dienststelle: 02-8 zu 1. und 2. , 61 zu 3.)

**Freiwillige Feuerwehr Brück braucht eine Perspektive!**

**Antrag der SPD-Fraktion vom 21.10.2008**

**AN/2129/2008**

**Gemeinsamer Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion**

**Bündnis 90/Die Grünen vom 11.12.2008**

**AN/2554/2008**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Kalk einen Beschlusssentwurf einzubringen, der alternativ die drei in der Mitteilung aufgeführten Standorte „Eiskaulenweg/Oberer Bruchweg“, „Oberer Bruchweg“ und „Pohlstadtsweg“ als Vorschläge zur Abstimmung stellt. Zusätzlich zu den bisherigen Erläuterungen ist darzustellen, in welchem Zeitraum jeweils eine planerische und bauliche Realisierung möglich wäre. Hierbei sind auch soweit möglich die Risiken einer Verzögerung durch eventuelle Klagen betroffener Anwohner offen zu legen sowie die Auswirkungen einer Bebauung auf die unmittelbare Nachbarschaft und auf den Freiraum Brück/Rath/Heumar/Neubrück darzustellen.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, unverzüglich mit der Eigentümerin/Verpächterin des bisherigen Standortes der Freiwilligen Feuerwehr Brück Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, einen Verbleib der Freiwilligen Feuerwehr Brück bis zur Fertigstellung des neuen Standortes zu sichern.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert, unabhängig von der Standortentscheidung ein Änderungsverfahren zu dem Bebauungsplan „Oberer Bruch“ einzuleiten mit dem Ziel, gemäß den damaligen politischen Entscheidungen eine Bebauung östlich Eiskaulenweg auszuschließen und die dort gelegenen Baufelder dauerhaft zu entfernen.

**Abstimmungsergebnisse:**

Punkt 1:

Mehrheitlich gegen die SPD-Fraktion sowie die Einzelvertreter Demirel (Die Linke.Köln) und Kirchner (NPD) zugestimmt.

Punkt 2:

Einstimmig zugestimmt.

Punkt 3:

Mehrheitlich gegen die SPD-Fraktion und den Einzelvertreter Kirchner (NPD) zugestimmt.

## **Sachstand zum 31.07.2010:**

### zu 1. und 2.

Der Gesundheitsausschuss hat am 16.03.2010 die Verwaltung beauftragt, im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 GO, den Standort Hovenstraße 38 - 42 für den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses der Löschgruppe Brück zu entwickeln und mit der Planung des Feuerwehrgerätehauses mit geschätzten Gesamtkosten von 1.100.000 € ( davon 80.000 € Planungskosten und 60.000 € Einrichtungskosten) zu beginnen.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesen beiden Ziffern des Beschlusses erledigt.*

### zu 3.

Die Bebauungsplanänderung wurde eingeleitet.

**Beschluss-Nr. 403**

**Sitzung vom 11.12.2008, TOP 7.2.5 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Straßenausschilderung der Karl-Schüßler-Straße in Rath/Heumar**

**Antrag der SPD – Fraktion vom 25.11.2008**

**AN/2453/2008**

Die Verwaltung wird gebeten, kurzfristig an der Karl-Schüßler-Straße Schilder aufzustellen, die auf den Straßennamen hinweisen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Das VZ 437 StVO (Karl-Schüßler-Straße) wurde bereits am 10.10.2008 angeordnet und aufgestellt.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*

**Beschluss-Nr. 404**

**Sitzung vom 11.12.2008, TOP 7.2.6 (zuständige Dienststelle: 67)**

**Verbesserung der Situation im Bereich des Kollwitzweges in Neubrück**

**Antrag der SPD-Fraktion vom 25.11.2008**

**AN/2454/2008**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 04.12.2008**

**AN/2528/2008**

Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt die Stadtverwaltung Köln,

1. die Bank im Bereich des katholischen Kindergartens auf dem Bernanosweg bzw. Kollwitzweg zu entfernen;
2. am jetzigen Standort der Bank am Kollwitzweg eine robuste Hecke zu pflanzen, so dass verhindert werden kann, dass die Mauer weiterhin als Sitzgelegenheit und als Ablage für Müll (z. B. Bierflaschen) genutzt werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Bank wurde entfernt. Die Anpflanzung einer Hecke an dem ehemaligen Standort der Bank wurde nicht vorgenommen.

Eine Hecke in dem Bereich ist nicht zweckmäßig, weil dadurch Versteckmöglichkeiten für Drogen- und Alkoholkonsum vorhanden wären und somit ein Angstraum für die Bürger entstehen würde. Transparenz gibt dem Bürger hier mehr Sicherheit und verbessert so ebenfalls die Situation in dem Bereich.

Durch die Entfernung der Bank hat auch die Mauer als Sitzgelegenheit und Ablage ihre Attraktivität verloren.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*



**Beschluss-Nr. 405**

**Sitzung vom 11.12.2008, TOP 7.2.7 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Beleuchtungssituation im Bereich der Flehbachstraße in Brück**

**Antrag der SPD – Fraktion vom 25.11.2008**

**Änderungsantrag der CDU – Fraktion vom 09.12.2008**

**AN/2546/2008**

Die Bezirksvertretung Kalk beschließt:

1. Die Verwaltung möge prüfen, ob im Bereich der Flehbachstraße, insbesondere am Weg „Im Brücker Bruch“ die Beleuchtung verbessert werden kann.
2. Bei der Errichtung neuer Leuchten sollen möglichst Strom sparende und insektenfreundliche Straßenlaternen verwendet werden.
3. Die Verwaltung möge der Bezirksvertretung Kalk berichten, ob es weitere Bereiche im Bezirk gibt, an denen durch neue Straßenlaternen die Sicherheit erhöht werden kann.
4. Die Verwaltung wird gebeten, sich mit dem Pächter des Grundstücks westlich der Straße „Im Brücker Bruch“ in Verbindung zu setzen, damit dieser regelmäßig den Grünbewuchs so zurückschneidet, dass die bereits installierten Laternen in ihrer Effektivität nicht reduziert werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Der Ordnungs- und Verkehrsdienst wird vor Ort ermitteln, ob eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung besteht und die notwendigen Maßnahmen veranlassen.

**Beschluss-Nr. 406**

**Sitzung vom 11.12.2008, TOP 7.2.8 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Änderung der Verkehrsregelung Suhler Weg/Frankfurter Straße in Köln-Höhenberg**

**Antrag der SPD – Fraktion vom 25.11.2008**

**AN/2456/2008**

Die Verwaltung möge prüfen, inwiefern die Verkehrssituation in der Germaniasiedlung insbesondere an der Frankfurter Straße/Suhler Weg verbessert werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Maßnahme wird entsprechend der Priorisierung im Arbeitsprogramm voraussichtlich im Jahr 2010 bearbeitet.

**Beschluss-Nr. 407**

**Sitzung vom 11.12.2008, TOP 7.2.10 (zuständige Dienststelle: 37)**

**Weitere Entwicklung auf dem Gelände der ehemaligen CFK in Köln-Kalk.  
Mögliche Verlagerung der Feuerwache Giessener Straße  
Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen vom 27.11.2008  
AN/2464/2008**

Die Verwaltung wird aufgefordert,

1. darzustellen, warum eine Sanierung der Feuerwache Deutz entgegen früheren Planungen nicht auf dem bisherigen Standort erfolgen soll;
2. vor einer Standortentscheidung für eine Verlagerung der Feuerwache Deutz in den Stadtbezirk Kalk der Bezirksvertretung Kalk und den zuständigen Gremien des Rates darzustellen, welche Grundstücke für eine Verlagerung der Feuerwache anhand welcher Kriterien geprüft wurden und soweit Alternativen bestehen, diese den zuständigen Gremien auf jeden Fall rechtzeitig vorher zur Beschlussfassung vorzulegen; dabei ist auch ein Verbleib der Wache am bisherigen Standort mit zu betrachten sowie der in der Begründung dargestellte Wunsch der Bezirksvertretung Kalk zu berücksichtigen;
3. mit dem Land und dem Rektor der Fachhochschule Gespräche zu führen mit dem Ziel, eine eventuelle Erweiterung der Fachhochschule Deutz auf dem CFK-Gelände zu prüfen und somit das CFK-Gelände als Wissenschaftsstandort zu stärken. Dabei sind insbesondere Forschungseinrichtungen der FH in die Überlegung einzubeziehen, die eine Affinität zu den Angeboten des Odysseums oder zum Musical aufweisen und so einen erleichterten Theorie-Praxis-Transfer ermöglichen.

Abstimmungsergebnisse:

Punkt 1:

Einstimmig zugestimmt.

Punkt 2:

Einstimmig zugestimmt.

Punkt 3:

Einstimmig zugestimmt.

## Sachstand zum 25.06.2009:

Zu diesem Beschluss wurde bereits in der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am 25.06.2009, TOP 10.2.2, folgender Sachstand abgegeben:

### zu 1

Auf Anregung des Ausschusses für Umwelt, Gesundheit und Soziales wurde neben einer Sanierung der Feuerwache 10 auch der Neubau der Feuerwache untersucht. Hierbei wurde festgestellt, dass in Anbetracht der schlechten Bausubstanz ein Neubau die wirtschaftlichere Lösung darstellt. Der Planentwurf für den Neubau zeigte, dass das vorhandene Grundstück zwar für einen Neubau ausreichend ist, jedoch kaum noch Flächen für notwendige Einsatzübungen und Fahrzeugbewegungen zur Verfügung stehen sowie keine Flächenreserven für zukünftige Entwicklungen vorhanden sind. Hinzu kommt, dass bei einem Neubau der Feuerwache 10 auf altem Grundstück an der Giessener Straße eine provisorische Unterbringung mit Kosten in Höhe von mindestens 1,5 Mio € erforderlich wird und für dieses Grundstück auch andere Nutzungen denkbar sind.

Parallel zu dem Bauvorhaben Feuerwache 10 betreibt 37 derzeit Planungen für den Ersatz mehrerer räumlich unzureichend an verschiedenen Standorten untergebrachter Werkstätten. Außerdem laufen Planungen für ein neues Feuerwehrinformationszentrum, in dem Bürger über richtiges Verhalten im Gefahrenfall aufgeklärt werden sollen.

Es ist deswegen sinnvoll, im nahen Umfeld des bisherigen Standortes Feuerwache Deutz ein geeignetes Grundstück mit einer neuen Feuerwache sowie Werkstatt- und Informationsräumen zu bebauen.

Somit bedeutet eine Gesamtlösung an **einem** Standort nicht nur einer deutliche Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Kölner Feuerwehr sondern auch die insgesamt wirtschaftlichere Alternative.

### zu 2

Im Rahmen einer ersten Prüfung von Standortalternativen für die Feuerwache 10 in Kombination mit einem Technikzentrum der Feuerwehr wurden verschiedene Standorte unter folgenden Kriterien untersucht:

#### **Ausrückbereich**

- Westen: Rhein
- Osten: Güterbahn, Kalker Güterbahnhof
- Norden: Stadtautobahn 55A
- Süden: A 4
- Schwerpunkt Deutz, Messe

#### **Lage**

- direktes paralleles Ausrücken auf eine Straße muss möglich sein
- gute Anbindung ans überörtliche Straßennetz
- zentrale Lage im Ausrückebereich, um die zugewiesenen Einsatzorte in maximal 8 Minuten erreichen zu können

**Fläche** ca. 10.000 m<sup>2</sup>

## **Nutzung**

- FW 10 plus Technikzentrum
- Werkstätten (u.a. Atemschutz, Feuerlöscher)
- Rangierfläche

## **Bau**

- Schlauchturm: Höhe 22 m ü. Geländeoberfläche
- Funkmasten: keine Abdeckung, keine Funkstörung (z.B. durch Bahnoberleitungen)
- Kommunikation: Knoten liegt in Gießener Straße, muss mit verlegt werden, möglichst geringe Distanz zu vorhandenen Breitbandnetzen erforderlich
- Werkstätten ebenerdig

## **Umfeld**

- In WA zulässig
- zusätzlicher Verkehr durch Werkstätten
- Lärm durch Werkstätten größer als bei reiner FW

Aufgrund der Anforderungen beschränkt sich der Suchraum auf die Stadtteile Deutz, Kalk und den Süden von Mühlheim, Buchforst. Näher betrachtet wurden Flächen an der Dillenburger Straße, der Brügelmannstraße und im Bereich CFK. Im Stadtteil Deutz konnten keine Flächen nachgewiesen werden, welche den Standortkriterien entsprechen.

Da der Standort CFK aus einsatztaktischer Sicht (zentralste Lage im Ausrückbereich) den beiden alternativen Standorten vorgezogen wird, findet hier zurzeit eine vertiefte Prüfung statt, ob und wie eine Feuerwache städtebaulich verträglich integriert werden kann.

Es ist bereits jetzt absehbar, dass Planungsüberlegungen für den Bau der Feuerwache 10 im CFK-Gelände die Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplans erforderlich machen. Die räumlichen und baulichen Anforderungen der Feuerwache lassen sich nicht mit den Ergebnissen des städtebaulichen Ideenwettbewerbs, die ihren Niederschlag im rechtskräftigen Bebauungsplan gefunden haben, in Einklang bringen. Die Verwaltung erarbeitet derzeit Studien, die eine Ansiedlung der Feuerwache 10 an dem von der Feuerwehr favorisierten Standort berücksichtigen und in ein städtebauliches Gesamtkonzept einbinden. Dieses soll dann die Grundlage für die erforderliche Bebauungsplanänderung bilden.

Eine überschlägige Betrachtung hat ergeben, dass der Standort, aus verkehrlicher Sicht grundsätzlich geeignet erscheint. Aufgrund der verkehrlichen Anforderungen der Feuerwache (direktes paralleles Ausrücken) müssen eventuell erforderliche verkehrliche Maßnahmen im Rahmen einer detaillierten Verkehrsuntersuchung noch geprüft werden.

Die noch unbebauten Flächen im CFK-Gelände befinden sich sämtlich nicht in städtischem Eigentum. Die Verkaufsbereitschaft der heutigen Grundstückseigentümer ist noch abzuklären.

zu 3

Die Stadt Köln ist seit Jahren bemüht, durch Angebotsplanungen den Standort Kalk aufzuwerten. Investitionen sind hierbei auf dem ehemaligen CFK-Gelände zuletzt durch den Bau des Odysseums oder nunmehr die Ansiedlung eines Musical-Standorts erfolgversprechend. Gleichwohl sind Flächen für weitere Investitionen verfügbar.

Derzeit bereitet der Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) im Auftrag des Landes eine Neustrukturierung der Fachhochschullandschaft mit möglicher Verlagerung in die linksrheinische Südstadt vor. Über den Sachstand und das weitere Verfahren wird den zuständigen Ausschüssen und Bezirksvertretungen Bericht erstattet, sobald Gespräche mit den zuständigen Behörden geführt wurden.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Sanierung der Feuerwache Deutz wird aus Kostengründen nicht weiter verfolgt.

Stattdessen finden Vorplanungen für ein Feuerwehrzentrum Deutz statt, das neben der Feuer- und Rettungswache Deutz (incl. einer Einheit der Freiwilligen Feuerwehr) Werkstätten der Feuerwehr umfassen soll, die auf diese Art und Weise zentralisiert und modernisiert werden können. Ansonsten wären hier an unterschiedlichen Standorten erhebliche Investitionen erforderlich.

Derzeit bemüht sich die Verwaltung, ein geeignetes Gelände nördlich der Gummersbacherstraße und östlich der Bahnunterführung, zu erwerben.

gez. Neuhoff, 10.3.2010  
ausgefertigt Feyrer, 11.3.2010

**Beschluss-Nr. 408**

**Sitzung vom 11.12.2008, TOP 7.2.11** (zuständige Dienststelle: 15)

**Einrichtung des S-Bahnhaltepunktes Deutzer Feld/CFK  
Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen vom 27.11.2008  
AN/2473/2008**

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich mit der DB AG, den weiteren zuständigen Stellen und den ortsansässigen Unternehmen, Investoren und Behörden (Musical, Baumarkt, KölnArcaden, Polizei, Wohnungsbauunternehmen etc.) Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, kurzfristig die Voraussetzungen zur Realisierung des S-Bahnhaltepunktes Deutzer Feld/CFK zu schaffen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009**

Die Verwaltung steht diesbezüglich in Gesprächen mit dem für die Nahverkehrsplanung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) zuständigen Zweckverband Nahverkehr Rheinland (NVR).

Eine kurzfristige Einrichtung des Haltepunktes scheitert nach Auskunft des NVR daran, dass ein zusätzlicher Halt nicht in das Fahrplangefüge der S-Bahn-Strecken S 6 oder S 11 eingefügt werden kann. Grund sind die eingleisigen Streckenabschnitte für den Nahverkehr zwischen Leverkusen und Langenfeld sowie zwischen Köln-Dellbrück und Bergisch Gladbach. Durch die zusätzliche Haltezeit würden sich die Begegnungsverkehre in die einspurigen Streckenabschnitte verschieben. Die Einrichtung des Haltepunktes Deutzer Feld kann daher nur im Zusammenhang mit dem Ausbau der oben genannten Streckenabschnitte erfolgen.

Der zweigleisige Ausbau des Streckenabschnitts Köln-Dellbrück bis Bergisch Gladbach ist in der integrierten Gesamtverkehrsplanung (IGVP) des Landes bereits mit Zielhorizont 2015 berücksichtigt. Der zweigleisige Ausbau der Strecke zwischen Leverkusen und Langenfeld ist als notwendiger Bestandteil der Netzertüchtigung für den Rhein-Ruhr-Express (RRX) bereits vorgesehen, für den noch in 2010 das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden soll. Der Haltepunkt Deutzer Feld wurde zudem von der Verwaltung für den beim NVR in Überarbeitung befindlichen Plan des regionalen Schienenpersonennahverkehrs (Nahverkehrsplan SPNV) angemeldet.

Die Verwaltung wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die notwendigen Finanzmittel für den Haltepunkt Deutzer Feld rechtzeitig im Zuge der oben genannten Netzmaßnahmen in die entsprechenden Infrastruktur-Finanzpläne eingestellt werden.

**Beschluss-Nr. 410**

**Sitzung vom 22.01.2010, TOP 7.2.7 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Parken auf dem Europaring zwischen Straßburger Platz und  
Andreas-Hermes-Straße**

**Antrag der CDU-Fraktion vom 08.01.2009**

**AN/0002/2009**

Die Verwaltung wird beauftragt, durch geeignete Maßnahmen (Beschilderung, Markierungen, Kontrollen etc.) zu verhindern, dass weiterhin auf dem Europaring rechts vom Straßburger Platz kommend in Fahrtrichtung Andreas-Hermes-Straße außerhalb der Markierungen geparkt wird und hierdurch sowohl die Sicht für ausfahrende Fahrzeuge aus den Tiefgaragen als auch aus dem Straßburger Platz und der Begegnungsverkehr behindert werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Maßnahme wird zurzeit geprüft.



**Beschluss-Nr. 411**

**Sitzung vom 22.01.2010, TOP 7.2.8 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Sichtbehinderung durch Werbesäule auf der Rösrather Straße/Ecke**

**Neubrücker Ring in Köln-Neubrück**

**Antrag der CDU-Fraktion vom 08.01.2009**

**AN/0003/2009**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die auf der Ecke Rösrather Straße/Neubrücker Ring unmittelbar vor der Abbiegespur vom Neubrücker Ring rechts auf die Rösrather Straße in Fahrtrichtung Ostheim installierte Werbesäule zur Verbesserung der Sicht für abbiegende Fahrzeuge und zur Vermeidung von Unfallgefahren auf die gegenüberliegende Seite in bzw. vor das Gewerbegebiet versetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die SPD-Fraktion zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Verwaltung hat zu diesem Antrag bereits in der Sitzung der Bezirksvertretung am 22.01.2009 die folgende ablehnende Stellungnahme abgegeben:

„Die Litfaßsäule wurde beim Versetzen so positioniert, dass ein ausreichend großes Sichtdreieck für rechtsabbiegende Fahrzeuge zur Verfügung steht. Die geforderte Haltesichtweite für den Rechtsabbieger beträgt (bei Berücksichtigung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit 50 km/h) an dieser Stelle 35 m; die vorhandene Haltesichtweite beträgt circa 45 m. Das Abbiegen von der untergeordneten Straße Neubrücker Ring wird durch das Verkehrszeichen 205 "Vorfahrt gewähren" auf die übergeordnete Rösrather Straße geregelt; dies bedeutet, dass gegebenenfalls auch ein Halten beim Abbiegen erforderlich ist. Eine Unfallgefahr besteht an dieser Stelle durch die Litfaßsäule nicht.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*

**Beschluss-Nr. 412**  
**Sitzung vom 19.03.2009, TOP 7.1.1 (zuständige Dienststelle: 69)**

**Mehr Sicherheit am Fußgängerüberweg Ostmerheimer  
Straße/Straßenbahnlinie 1**  
**Antrag der CDU-Fraktion vom 21.10.2008**  
**AN/2125/2008**  
**Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 10.03.2009**  
**AN/0468/2009**

Die Verwaltung wird beauftragt zu überprüfen, ob eine zusätzliche Sicherung des Fußgängerüberweges an der Ostmerheimer Straße über die Gleise der KVB (Linie 1) erforderlich ist.

Denkbar wäre die Einrichtung einer rot-dunkel Schaltung, wie sie an anderer Stelle in Köln bereits realisiert ist.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

#### **Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Verwaltung hat bereits zur Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am 19.03.2009, zu TOP 7.1.1 die nachfolgende abschließende Stellungnahme abgegeben:

##### Antwort der Kölner Verkehrs Betriebe (KVB):

Es handelt sich hier um eine Strecke auf „unabhängigem Bahnkörper“ außerhalb öffentlicher Straßen. Die Sicherung hat hier nach § 20 der Bau- und Betriebsordnung für Straßenbahnen (BOStrab) zu erfolgen. Die Richtlinien für die Anlage von Lichtsignalanlagen (RiLSA) gelten für Lichtsignalanlagen des Straßenverkehrs und finden somit hier keine Anwendung.

Es handelt sich hier um einen Bahnübergang ohne technische Sicherung. Dies ist zulässig für Fuß- und Radwege, wenn die Übersicht auf die Strecke gewährleistet ist.

Der Überweg ist ortsüblich wie an vielen anderen Stellen im Kölner Stadtgebiet mit Drängelgittern versehen, die die Aufmerksamkeit auf die Züge in der jeweiligen Fahrtrichtung lenken.

Die Absicherung von Fuß- und Radwegen mit Drängelgittern und Übersicht auf die Strecke weist nach gutachterlichen Untersuchungen im Vergleich mit signalisierten Überwegen im öffentlichen Straßenraum deutlich geringere Unfallhäufigkeiten auf. So sind auch an der Ostmerheimer Straße in den letzten Jahren keine Unfälle aufgetreten.

Gelbe Springlichter entsprechen zudem nicht den Vorschriften der BOStrab für Bahnübergänge auf freier Strecke (unabhängiger Bahnkörper). In Bereichen öffentlicher Straßen, wo die RiLSA gilt, gab es solche Anlagen, die jedoch nach schweren Unfällen wieder beseitigt wurden. Eine Anordnung von gelben

Springlichtern ist somit weder sinnvoll für die Verkehrssicherheit noch genehmigungsfähig.

Der Stellungnahme der KVB schließt sich das Amt für Straßen und Verkehrstechnik inhaltlich an.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*

**Beschluss-Nr. 413**

**Sitzung vom 19.03.2010, TOP 7.1.4 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Zufahrt zum Parkhaus der KölnArcaden an der Barcelona-Allee**

**Antrag der CDU-Fraktion vom 08.01.2008**

**AN/0001/2009**

Die Bezirksvertretung Kalk beschließt, die Verwaltung zu veranlassen, sich mit dem Betreiber der KölnArcaden ins Benehmen zu setzen, dass die Zufahrt zum Parkhaus von der Barcelona-Allee aus durch Änderung der Fahrbahnmarkierung an der Parkhauseinfahrt insoweit geregelt wird, dass es für Linksabbieger zwei Einfahrmöglichkeiten gibt und für Rechtsabbieger nur die Einfahrt an der rechten Schranke möglich ist.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Das Amt für Straßen und Verkehrstechnik wird erneut Kontakt mit dem Betreiber des Parkhauses aufnehmen, um eine Prüfung der Markierung und ggf. deren Anpassung zu erreichen.

**Beschluss-Nr. 414**

**Sitzung vom 19.03.2010, TOP 7.1.6 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Antrag auf Einführung eines Zweirichtungsweges auf der Olpener Straße  
zwischen Ostmerheimer Straße und Einmündung Madausstraße, südliche Seite  
Antrag der SPD-Fraktion vom 03.03.2009  
AN/0395/2009**

Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob auf der Südseite der Olpener Straße zwischen Ostmerheimer Straße und Hans-Schulten-Straße die Einrichtung eines Zweirichtungsweges möglich ist.

Bei einem positiven Ergebnis wird die Verwaltung gebeten, das Fahrradfahren in zwei Richtungen möglichst zeitnah zuzulassen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimme des Einzelvertreters Kirchner (NPD) zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Nach Prüfung der Örtlichkeit hat sich herausgestellt, dass auf die Olpener Straße aufgrund zu geringer Fahrbahnbreite nicht für einen Zweirichtungsweg geeignet ist.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Beschluss-Nr. 415**

**Sitzung vom 19.03.2010, TOP 7.1.7 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Fahrradständer im Bereich der Wochenmarktplätze**

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.03.2009**

**AN/0396/2009**

1. Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung, im Zuge der Instandsetzung des Fußweges zum Vingster Markt weitere Radständer zu installieren, die nicht nur dem sicheren Abstellen der Fahrräder, sondern auch der Raumordnung dienen (z. B. linker Seite des Eingangs zum Markt, ggf. auch Versetzung der Wertstoffcontainer).
2. Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung darüber hinaus, auf dem Marktplatz Humboldt/Gremberg und/oder entlang der Straßen um den Platz sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder zu errichten, die den MarktbesucherInnen und den AnwohnerInnen zu Gute kommen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

**Zu1:**

Der Antrag ist in die verwaltungsinterne Prüfliste aufgenommen. Im Rahmen der notwendigen Ortsbegehung werden auch die Standorte der Auf- und Einbauten im genannten Bereich überprüft und gegebenenfalls optimiert.

**Zu2:**

Der Antrag ist in die verwaltungsinterne Prüfliste aufgenommen. Bei der Orts- und Bedarfsprüfung wird den besonderen Belangen der Marktbesucher und Anwohner im Bezug auf das Fahrradparken Rechnung getragen.

**Beschluss-Nr. 416**

**Sitzung vom 19.03.2010, TOP 7.1.8 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Schaffung zusätzlicher Parkplätze im Stadtteil Brück**

**Antrag der CDU-Fraktion vom 04.03.2009**

**AN/0398/2009**

**Ersetzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.03.2009**

**AN/0564/2009**

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob durch effizienteres Aufstellen von PKW in der Flehbachstraße und den angrenzenden Bereichen mehr Parkraum geschaffen werden kann.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Kirchner (NPD) bei Enthaltung des Einzelvertreters Demirel (Die Linke.Köln) zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Zur Parksituation auf der Olpener Straße und dem Brücker Mauspfad in Brück wurde eine Beurteilung zu den Möglichkeiten einer Bewirtschaftung vorgenommen, die auf Initiative der dortigen Bürger- und Interessengemeinschaft erfolgte. Die Ergebnisse sollen der Bezirksvertretung in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt werden.

**Beschluss-Nr. 417**

**Sitzung vom 28.04.2009, TOP 7.1.1 (zuständige Dienststelle: 67, Rheinenergie)**

**Umgestaltung des Schulweges von der KVB–Haltestelle Autobahn zum Schulzentrum Ostheim**

**Antrag der CDU–Fraktion vom 04.03.2009**

**AN/0399/2009**

**Ersetzungsantrag der CDU–Fraktion vom 28.04.2009**

**AN/0809/2009**

Die Verwaltung wird gebeten, die im Rahmen des Ortstermins erörterten nachfolgenden Maßnahmen zügig umzusetzen:

- a) In einem mindestens 3 bis 5 m breiten Randbereich des Fußweges zwischen Rösrather Straße und Haltestelle soll geprüft werden, ob die bestehenden Sträucher entfernt und durch Rasen ersetzt werden können, um mehr Übersichtlichkeit und Offenheit zu erreichen und so den subjektiv bestehenden Angstraum zu beseitigen.
- b) Darüber hin aus soll ein 3 bis 5 m breiter Bereich des Weges von der Haltestelle zum Schulzentrum auf der Seite zu den Schienen hin entsprechend von Strauchbewuchs befreit und durch Rasen ersetzt werden. Die Bäume, die wie festgestellt besonders stark den „Tunneleffekt“ verursachen und die Bäume, welche eine Rasenpflege durch Maschinen beeinträchtigen, sind zu entfernen.
- c) Die bestehenden Leuchten sind großflächig freizuschneiden.
- d) Mit der Rheinenergie sind Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, die Beleuchtungswirkung durch den Austausch der bestehenden Leuchten gegen Bogenlampen (gegen Tunneleffekt) und durch zusätzliche Leuchten zu verbessern.

Abstimmungsergebnis:

Punkt 1 a)

Einstimmig bei Enthaltung Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

Punkt 1 b)

Mehrheitlich gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

Punkt 1 c)

Einstimmig zugestimmt.

Punkt 1 d)

Einstimmig zugestimmt.



**Sachstand zum 31.12.2009:**

Zu Punkt a)

Die Grundstücke entlang des Fußweges sind keine Grünanlagen und befinden sich nicht in der Unterhaltung des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen, es handelt sich hier um private Grundstücksflächen.

Zu den Punkten b) und c)

Die Arbeiten werden derzeit durchgeführt.

Zu Punkt d)

Die Gespräche mit der Rheinenergie wurden noch nicht geführt; bis zur nächsten Berichterstattung wird ein Ergebnis vorgelegt.

**Beschluss-Nr. 418**

**Sitzung vom 28.04.2009, TOP 7.1.2 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Erweiterung der Fahrbahnverengung in der Fußballstraße vor der KGS**

**Antrag der SPD – Fraktion vom 25.03.2009**

**AN/0623/2009**

Die Verwaltung wird gebeten, die bestehende Fahrbahneinengung (derzeitige Durchfahrbreite 6 m) in der Fußballstraße vor der KGS sinnvoll zu verändern. Hierdurch soll zum einen eine wirksame Geschwindigkeitsreduzierung erreicht, zum anderen das Überqueren der Straße für die Schulkinder gesichert und erleichtert werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 25.06.2009:**

Zu diesem Beschluss wurde bereits in der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am 25.06.2009, TOP 10.2.3, folgender Sachstand abgegeben:

Die Fußballstraße weist im Bereich der Schule eine Fahrbahnbreite von 8,00 m auf. Die bestehende bauliche Einengung auf 6,00 m Breite führt nicht zu einer merklichen Geschwindigkeitsverringerung, da sie durch parkende Fahrzeuge meist verdeckt wird und damit nur schlecht wahrgenommen wird. Die bauliche Ausführung der vorhandenen Einengung ist als "provisorisch" zu bezeichnen und Bedarf einer baulichen Nachbesserung. Die Verwaltung wird hier schnellstmöglich Abhilfe schaffen. Eine bauliche Anpassung auf 4,00 m bis 5,00 m Durchfahrbreite kann jedoch nur innerhalb der Schulferien (Sommer- oder Herbstferien) erfolgen.

**Sachstand zum 31.03.2010:**

Die Verwaltung verweist auf die Mitteilung (4287/2010) aus der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am 25.03.2010:

„Die vorhandene provisorische Fahrbahneinengung wird zurückgebaut. Um eine wirksame Geschwindigkeitsreduzierung zu erzielen, wird die Fahrbahn künftig beidseitig eingeengt. Die Einengungen werden so ausgebildet, dass den Schülern eine Querung erleichtert wird, die Kinder gebündelt an einer Stelle queren können und die Querungslänge erheblich reduziert wird. Zur Verbesserung der Sichtverhältnisse wird die Querungsstelle unter Berücksichtigung der vorhandenen Zufahrten in Höhe der vorhandenen Beleuchtung angeordnet. Die genaue Lage ist dem anhängenden Plan zu entnehmen.“

**Beschluss-Nr. 419**

**Sitzung vom 28.04.2009, TOP 7.1.4 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Beschilderung Krankenhaus Merheim in der Ostmerheimer Straße**

**Antrag der SPD – Fraktion vom 25.03.2009**

**AN/0626/2009**

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie die Zuwege zum Krankenhaus Merheim / LVR-Klinik Köln aus Richtung Holweide und Ostheim besser ausgeschildert werden können und ggf. die Maßnahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Eine in früheren Jahren erstellte umfangreiche Ausschilderungsplanung mit Kostenschätzung liegt dem Krankenhaus Merheim vor. Leider erhielt die Verwaltung nie eine Antwort, dass unsere Planung akzeptiert ist und die Kosten vom Krankenhaus übernommen werden.

Im Zuge der Neubeschilderung der Olpener Straße wurden seitens der Fachverwaltung zahlreiche neue Wegweiser zum Krankenhaus Merheim aufgestellt bzw. erneuert. Bereits im September 2009 wurde die Bezirksvertretung über die nun ausreichende Beschilderung informiert.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*

**Beschluss-Nr. 420**

**Sitzung vom 28.04.2009, TOP 7.1.5 (zuständige Dienststelle: 67)**

**Versetzung einer Bank vom Bernanosweg**

**Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 03.04.2009**

**AN/0627/2009**

Die Verwaltung wird gebeten, die Bank vom Bernanosweg auf die Grünfläche am Rather Kirchweg (gegenüber den Hochhäusern Hans-Schulten-Straße) zu versetzen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Bank wurde versetzt

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.

**Beschluss-Nr. 421**

**Sitzung vom 28.04.2009, TOP 7.1.6 (zuständige Dienststelle: 51)**

### **Prüfantrag Errichten eines Mehrgenerationenplatzes**

**Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 03.04.2009  
AN/0628/2009**

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen und der Bezirksvertretung Kalk zu berichten, ob der Spielplatz an St. Adelheid zu einem Mehrgenerationen Platz erweitert werden kann und mit dem Bürgerverein Neubrück über eine Kostenbeteiligung Gespräche zu führen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

### **Sachstand zum 30.04.2010**

Der Spielplatz An St. Adelheid in Neubrück eignet sich aufgrund seiner besonderen Lage (Mehrzweckplatz inmitten dichter Wohnbebauung) nicht für eine Erweiterung zu einem Mehrgenerationenplatz.

Im Zuge der Umwidmung des Kinderspielplatzes zu einem Mehrgenerationenplatz könnte der Sonderstatus Kinderspielplatz mit seinen besonderen rechtlichen Privilegien nicht aufrechterhalten werden.

Sobald die auf einem Spielplatz installierten Geräte offiziell auch zur Nutzung durch Erwachsene zugelassen sind, ist ein grundlegend veränderter Nutzungscharakter gegeben. Der Spielplatz ist in diesem Fall als Freizeitanlage zu betrachten, wodurch sich die vorgeschriebenen Abstandsflächen zur Wohnbebauung deutlich erhöhen. Die besondere Schutzwürdigkeit des Spielplatzes verliert also im Zuge der Erweiterung des Kreises der Nutzungsberechtigten ihre rechtliche Grundlage, was sich nicht zuletzt auch bei evtl. gerichtlichen Auseinandersetzungen mit Anwohnern - z. B. wegen im Zusammenhang mit dem Spielplatz auftretender Lärmbelästigung durch spielende Kinder - negativ auswirkt.

Das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen sowie das Amt für Kinderinteressen befinden sich bezüglich der Gestaltungsmöglichkeiten des vorhandenen Kinderspielplatzes mit dem Bürgerverein Neubrück in ständigem Austausch. In die Gespräche soll nun auch das Amt für Straßen und Verkehrstechnik als Grundstückseigentümer eingebunden werden.

Die Möglichkeiten einer Kostenbeteiligung seitens der Stadt Köln an einer Umgestaltung des Spielplatzes werden geprüft, sobald konkrete Gestaltungsvorschläge vorliegen.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*

**Beschluss-Nr. 422**

**Sitzung vom 28.04.2009, TOP 7.1.8 (zuständige Dienststelle: 66)**

### **Informationsschreiben in Neubaugebieten**

**Antrag der Fraktion Bündnis/ 90/Die Grünen vom 04.04.2009**

**AN/0655/2009**

1. Die Verwaltung wird gebeten, durch geeignete Maßnahmen (z.B. Benennung einer festen Ansprechperson, Internetangebot) die Information von Anwohnern in Neubaugebieten zu Fragen wie z.B.

- Wann wird die Straße befestigt?
- Wann wird von wem die Straße gereinigt?
- Wann werden die Laternen angeschlossen?
- Wird die Straße verkehrsberuhigt und falls ja, wie?

zu verbessern.

Gleichzeitig wird die Verwaltung gebeten, in Verträgen mit Erschließungsträgern einen Passus aufzunehmen, der diese verpflichtet, in ähnlicher Weise vorzugehen.

2. Die Verwaltung wird gebeten, oben genanntes im Neubaugebiet Madausgelände für die Fragen nachzuholen, die noch offen sind (z.B. Reinigung und Verkehrsberuhigung) und an die AnwohnerInnen zu verteilen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimme des Einzelvertreters Kirchner (NPD) zugestimmt.

### **Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Anregung über eine verbesserte Information der betroffenen Anwohner wird derzeit von der Verwaltung geprüft. Dies gestaltet sich jedoch schwierig, da bei den genannten bzw. gewünschten Informationen verschiedene Organisationseinheiten - auch außerhalb der Verwaltung - betroffen sind und dies somit einen hohen Abstimmungsaufwand erfordert.

Der Erschließer wird die Öffentlichkeit zu den Zeitabläufen und der Durchführung der anstehenden Erschließungsarbeiten in geeigneter Weise informieren (z.B. Schaukästen, Schilder oder Internet). Dort wird er eine von ihm beauftragte Person bekanntgeben, die während der gesamten Bauausführung der Öffentlichkeit als Ansprechpartner zur Verfügung steht.

**Beschluss-Nr. 424**

**Sitzung vom 25.06.2009, TOP 7.1.1 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Schrägparken in der Warendorfer Straße (Ecke Kieskauler Weg)**

**Antrag der SPD-Fraktion vom 25.03.2009**

**AN/0625/2009**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 28.04.2009**

**AN/0803/2009**

**Gemeinsamer Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 24.06.2009**

**AN/1185/2009**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die im Zuge der Bebauung des Ortsmittelpunktes Merheim wegfallenden PKW- und Taxi-Stellplätze im Nahbereich ersetzt werden können.

In die Prüfung ist mit einzubeziehen, ob die Rasenfläche in der Warendorfer Straße parallel der Straßenbahnfläche in Parkplätze umwandelbar ist.

Hierbei ist auch der Bedarf der Anwohner nach Stellplätzen zu berücksichtigen.

Um auch für Berufspendler attraktive Stellflächen vorzuhalten, ist zeitgleich zu prüfen, ob in der Hohensyburgstraße (Haltestelle Kalker Friedhof) Parkraum geschaffen werden kann.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimme des Einzelvertreters Kirchner (NPD) bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Einzelvertreterin Sobania (pro Köln) zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Maßnahme wird zurzeit bearbeitet.

**Beschluss-Nr. 425**

**Sitzung vom 25.06.2009, TOP 7.1.5 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Einrichtung eines "grünen Pfeils" an der Einmündung Nohlenweg/Olpener Straße in Köln-Höhenberg**

**Antrag der CDU-Fraktion vom 10.06.2009**

**AN/1083/2009**

Die Bezirksvertretung Kalk beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, zu prüfen, ob die Lichtsignalanlage an der Ecke Nohlenweg/Olpener Straße in Köln-Höhenberg mit einer verkehrsabhängigen Steuerung ausgestattet werden kann. Sollte dies nicht möglich sein, ist ein Abschalten dieser Anlage in den Nachtstunden zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimme von Frau Dr. Behring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Lichtsignalanlage wird bereits seit März 1994 verkehrsabhängig mit mehreren tageszeitabhängigen Programmen betrieben.

Nachts erhält die Olpener Straße Dauergrün. Nur bei einer Anforderung in den Nebenrichtungen werden diese entsprechend freigegeben.

Die Einrichtung eines Grünpfeils von der Olpener Straße in den Nohlenweg ist nicht möglich, da der Linksabbieger aus der Gegenrichtung eine eigene Signalisierung erhält. Aus Gründen der Verkehrssicherheit untersagen die Verwaltungsvorschriften in solchen Fällen die Einrichtung eines Grünpfeils.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*



**Beschluss-Nr. 426**

**Sitzung vom 25.06.2009, TOP 7.1.6 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Gehweggestaltung Ecke Westerwaldstraße/Vallendarer Straße in Köln-Humboldt/Gremberg**

**Antrag der CDU-Fraktion vom 10.06.2009**

**AN/1084/2009**

Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung zu prüfen, ob und wie eine durchgehende Fußwegverbindung im nördlichen Bereich der Vallendarer Straße/Ecke Westerwaldstraße in Humboldt/Gremberg zwischen dem von der GAG neu errichteten Wohnhaus und dem bereits vorhandenen Fußgängerstichweg im Kreuzungsbereich hergestellt werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Einzelvertreterin Sobania (pro Köln) zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Der Gehwegausbau ist im Sommer 2009 erfolgt.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*

**Beschluss-Nr. 427**

**Sitzung vom 03.09.2009, TOP 7.1.3 (zuständige Dienststelle: 02-8/0)**

**Sanierung der Lärmschutzwand entlang der Stadtautobahn zwischen  
Germaniastraße und Gothaer Platz in Köln-Höhenberg**

**Antrag der CDU-Fraktion vom 18.08.2009**

**AN/1367/2009**

Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt die Verwaltung, zu veranlassen, dass die Lärmschutzwand entlang der Stadtautobahn zwischen Germaniastraße und Gothaer Platz in Köln-Höhenberg repariert und saniert wird.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Ein aktueller Sachstand liegt noch nicht vor, er wird zur nächsten Berichterstattung vorgelegt.

**Beschluss-Nr. 428**

**Sitzung vom 03.09.2009, TOP 7.1.5 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Baustelle der Rheinenergie AG in der Rösrather Straße in Rath/Heumar  
Antrag der SPD-Fraktion vom 18.08.2009  
AN/1370/2009**

Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt die Verwaltung,

1. sich bei der Rheinenergie AG für einen unverzüglichen Abschluss der noch durchzuführenden Bauarbeiten auf der Baustelle in der Rösrather Straße zwischen Röttgensweg und Mauspfad einzusetzen;
2. gegenüber der Bezirksvertretung Kalk darzustellen, wie das Anzeige bzw. Genehmigungsverfahren zum Bauablauf und zur Verkehrsführung zu der o.g. Baustelle abgelaufen ist und ob und wenn ja welche Auflagen der Rheinenergie AG im Hinblick auf Bauzeit und Baufortschritt, Verkehrsführung, Beschilderung und Umleitungen erteilt worden sind und in welcher Weise Anwohner und Gewerbetreibende beteiligt bzw. informiert wurden;
3. darzustellen unter welchen Voraussetzungen Gewerbetreibende aufgrund von Umsatzeinbußen durch Straßenbauarbeiten die Stadt oder den jeweiligen Bauträger in Regress nehmen können;
4. der Bezirksvertretung Kalk unter Einbeziehung der Rheinenergie AG vor der Durchführung weiterer Bauarbeiten Vorschläge vorzulegen, wie zukünftige Baumaßnahmen auf der Rösrather Straße bzw. auf anderen wichtigen Durchgangsstraßen im Stadtbezirk zügiger durchgeführt werden können und die Belange der Anwohner und der örtlichen Gewerbetreibenden (z. B. Standort- und Interessengemeinschaften) besser berücksichtigt werden können;
5. die Bezirksvertretung Kalk sowie die Anwohner, die örtlichen Gewerbetreibenden und ggf. vorhandene Standort- und Interessengemeinschaften vor der Durchführung von größeren Straßenbaumaßnahmen im Stadtbezirk grundsätzlich in geeigneter Weise über Art der Arbeiten, Dauer der Maßnahme und etwaigen Verkehrseinschränkungen zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 28.05.2010:**

Zu 1:

Nachdem die Arbeiten von der RheinEnergie beendet wurden ist, wie vor Beginn der Arbeiten zwischen der Verwaltung und der RheinEnergie abgestimmt, die Oberfläche der Fahrspur stadteinwärts zwischen dem Mauspfad und Röttgensweg von der Verwaltung instand gesetzt worden.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu dieser Ziffer des Beschlusses erledigt.

#### Zu 2:

Vor Beginn der Baumaßnahme fand eine Besprechung mit der Straßenverkehrsbehörde der Stadt Köln, der Verkehrs lenkenden Dienststelle der Polizei und der Projektleitung der RheinEnergie AG mit Beteiligung der IG Gewerbe und Handwerk Rath/Heumar e.V. statt. In dieser Besprechung wurde eine Verkehrsführung festgelegt, die den Verkehr, die Anwohner und die Gewerbetreibenden möglichst wenig belasten sollte.

Als Auflage sollte der erste Bauabschnitt Zwischen Kellereiweg und Mauspfad in den Sommerferien ausgeführt werden, da in diesem Bereich aufgrund der hohen Verkehrsbelastung eine Einbahnstraße eingerichtet werden musste.

Hier sollte eine Woche vor Beginn der Arbeiten auf die geänderte Verkehrsführung hingewiesen werden. Eine Umleitung ist über den Heumarer Mauspfad bzw. die Bensberger Straße erfolgt. Vor den Arbeiten musste von der RheinEnergie eine Information an die Verkehrsleitzentrale gegeben werden. Sperrungen von Zufahrten durften nur in Absprache mit den Eigentümern und Nutzern erfolgen.

Eine weitere Auflage der Verwaltung war, dass die Bürger von der RheinEnergie über die Baumaßnahmen informiert werden mussten. Bezüglich einer Tankstelle und eines Autohauses gab es gesonderte Abstimmungen.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu dieser Ziffer des Beschlusses erledigt.*

#### Zu 3:

Dieser Punkt wird derzeit noch geprüft.

#### Zu 4:

Vor größeren Baumaßnahmen werden Absprachen zwischen den Verursachern der Baumaßnahmen, der Verwaltung und ggf. Interessengemeinschaften geführt, die möglichst geringe Einschränkungen für die Anwohner und den Verkehr zum Ziel haben.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu dieser Ziffer des Beschlusses erledigt.*

#### Zu 5:

Versorgungsträger haben die Auflage die Anwohner vor Baumaßnahmen zu informieren. Bei größeren Baumaßnahmen gibt die Verwaltung eine Information an die Bezirksvertretung.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu dieser Ziffer des Beschlusses erledigt.*

**Beschluss-Nr. 429**

**Sitzung vom 12.11.2009, TOP 7.1.4 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Umgestaltung des Einmündungsbereiches der Karl-Schübler-Straße in die Rösrather Straße in Rath/Heumar**

**Antrag der SPD-Fraktion vom 27.10.2009**

**AN/1593/2009**

Die Verwaltung wird beauftragt, den Einmündungsbereich der Karl-Schübler-Straße in die Rösrather Straße in Köln-Rath/Heumar durch geeignete Maßnahmen (z. B. Markierung, kleine bauliche Änderungen, Beschilderung) kurzfristig sicherer und übersichtlicher zu gestalten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Zur besseren Einsicht auf den bevorrechtigten Verkehr auf der Rösrather Straße wurde das bisher zulässige Gehwegparken links neben der Einmündung der Karl-Schübler-Straße durch die Aufstellung von Pfosten bzw. „Fahrradnadeln“ unterbunden. Weitere Verbesserungen sind nur im Rahmen des endgültigen Ausbaues möglich.

*Aus Sicht der Verwaltung ist die Berichterstattung zu diesem Beschluss erledigt.*

**Beschluss-Nr. 430**

**Sitzung vom 12.11.2009, TOP 7.1.5 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Gehwegbeleuchtung Ecke Westerwaldstraße/Vallendarer Straße in Köln-Humboldt/Gremberg**

**Antrag der CDU-Fraktion vom 27.10.2009**

**AN/1594/2009**

Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung zu prüfen, ob eine durchgehende Fußwegbeleuchtung entlang des Fußweges von der Westerwaldstraße bis zum Deutzer Ring in Köln-Humboldt/Gremberg eingerichtet werden kann, insbesondere auf dem Teilstück von der Einmündung der Vallendarer Straße bis zum Abzweig des Bendorfer Weges.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 28.01.2010:**

Zu diesem Beschluss wurde in der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am 28.01.2010, TOP 10.2.1, folgender abschließender Sachstandsbericht abgegeben:

Gemäß dem Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Grün vom 29.01.2004 werden Parkanlagen und Grünflächen grundsätzlich nicht beleuchtet.

Die andauernde prekäre Haushaltssituation erfordert es, dass der Beleuchtungsetat nochmals deutlich gesenkt werden musste. Dies bedeutet weiterhin erhebliche Einschnitte bei der öffentlichen Beleuchtung. Neue Projekte sind aus diesem Grunde derzeit nicht zu realisieren.

Nach Prüfung der RheinEnergie AG würde der von der Bezirksvertretung gewünschte komplette Ausbau ca. 18.000 € (zzgl. MwSt.) betragen. Beschränkt man sich auf den Abschnitt Vallendarer Straße bis zur Einmündung Bendorfer Weg, würden Kosten in Höhe von ca. 12.600 € (zzgl. MwSt.) anfallen.

Die Folgekosten für Strom und Wartung würden sich bei dem Komplettausbau auf 310 € (zzgl. MwSt.) pro Jahr belaufen. Für den reduzierten Ausbau würden diese 217 € (zzgl. MwSt.) pro Jahr betragen.

Sofern die Bezirksvertretung aus eigenen, bezirksorientierten Mitteln sowohl für die Investition als auch für die Folgekosten eine Finanzierungsmöglichkeit anbietet, wird die Verwaltung eine Ausnahme von der Grundsatzentscheidung beim zuständigen Fachausschuss beantragen.

*Die Berichterstattung zu diesem Punkt ist aus Sicht der Verwaltung erledigt.*

**Beschluss-Nr. 431**

**Sitzung vom 12.11.2009, TOP 7.1.6 (zuständige Dienststelle: 66)**

**Hinweisschilder für das Kinder- und Jugendhaus im Stadtteil Neubrück**

**Antrag der CDU-Fraktion vom 27.10.2009**

**AN/1596/2009**

Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung zu prüfen, ob zur besseren Auffindung des Kinder- und Jugendhauses Neubrück entsprechende Hinweisschilder auf dem Neubrücker Ring sowohl im Bereich Rösrather Straße als auch Rather Kirchweg sowie direkt an der Einrichtung angebracht werden können.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.12.2009:**

Die Maßnahme wird zurzeit geprüft

**Beschluss-Nr. 432**

**Sitzung vom 12.11.2009, TOP 7.1.7 (zuständige Dienststelle: 15)**

**Finanzielle Sicherung der Gründung der Immobilien Standortgemeinschaft  
Kalk in Köln-Kalk  
Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2009  
AN/1697/2009**

Die Verwaltung, an der Spitze insbesondere der zuständige Dezernent Bernd Streitberger und der Kämmerer Dr. Norbert Walter-Borjans, wird aufgefordert, den für die Gründung der Immobilien Standortgemeinschaft Kalk (ISG) erforderlichen Anteil der Stadt Köln in Höhe von 25.040,00 Euro der ISG zur Verfügung zu stellen und auf die Einsparung dieses Betrages zu verzichten, da ansonsten die mit der Bewilligung zusammenhängende Ausfinanzierung der Gründung nicht möglich ist.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**Sachstand zum 31.07.2010**

Im März 2010 hat die Verwaltung die erforderlichen Beschlüsse im Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsausschuss sowie in der Bezirksvertretung Kalk zur Bedarfsanerkennung und zur Finanzierung des Projektes herbeigeführt. Die Bezirksregierung hat als Fördergeber aufgrund der Auflagen im Bewilligungsbescheid diese Beschlüsse inzwischen bestätigt. Damit sind die Voraussetzungen für eine Vergabe des Projektmanagements gegeben, die von der Verwaltung derzeit vorbereitet wird.